



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 04 | 2016



Die Themen

Die Gesundheit der Bevölkerung Bayerns
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte
Ein ausreißerrobuster Algorithmus zum
regionalen Vergleich der Gründungsdynamik

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 147 (70)

Bestell-Nr. Z10001 201604
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Bildnachweis

Titel: © BillionPhotos.com über, fotolia.com

Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdiens

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Statistiken bilden Ausschnitte der Realität ab. Wie es zum Beispiel um die Gesundheit der Bevölkerung Bayerns steht, beleuchtet ein Artikel in dieser „Bayern in Zahlen“-Ausgabe. Im Mikrozensus werden im vierjährigen Turnus in einem freiwilligen Zusatzprogramm die Gesundheitsmerkmale abgefragt. Neben Krankheiten und Unfallverletzungen werden im Rahmen dieser freiwilligen Erhebung auch Angaben bezüglich der Rauchgewohnheiten und der Körpermaße der Bevölkerung erfasst. Mithilfe dieser Werte können Aussagen über den Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung nicht nur im Erhebungsjahr, sondern auch zu früheren Befragungen bis zurück ins Jahr 1992 dargestellt werden.

Ein weiterer Beitrag stellt Befunde zu den Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in Bayern vor. Unter dem Motto „Wo bleibt mein Geld?“ wurde die Bevölkerung vor rund drei Jahren zur Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 aufgerufen. Die Ergebnisse führen vor Augen, wie sehr sich die materiellen Lebensverhältnisse zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (auch) in Bayern voneinander unterscheiden.

Abgerundet wird diese Ausgabe durch einen methodischen Aufsatz über den ausreißerrobusten Algorithmus zum regionalen Vergleich der Gründungsdynamik in Bayern. Anhand von Zeitreihen des Gründungssaldos in den forschungsintensiven Industriebranchen Bayerns, die als Indikator für Innovationsprozesse in einer Region gelten können, werden hier erste Ergebnisse vorgestellt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst



Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für Statistik



	Statistik aktuell
178	Kurzmitteilungen
	Nachrichten
190	Kindertagesbetreuung in Deutschland
	Beiträge aus der Statistik
191	Die Gesundheit der Bevölkerung Bayerns – Ergebnisse des Mikrozensus 2013
199	Wo bleibt mein Geld? Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Bayern im Jahr 2013
216	Ein ausreißerrobuster Algorithmus zum regionalen Vergleich der Gründungsdynamik in Bayern
	Historische Beiträge aus der Statistik
229	Aussagewert, Merkmale und Zusammenhänge der Krankenstandsentwicklung in Bayern (1951 bis 1968)
	Bayerischer Zahlenspiegel
237	Tabellen
246	Graphiken
	Neuerscheinungen
	3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

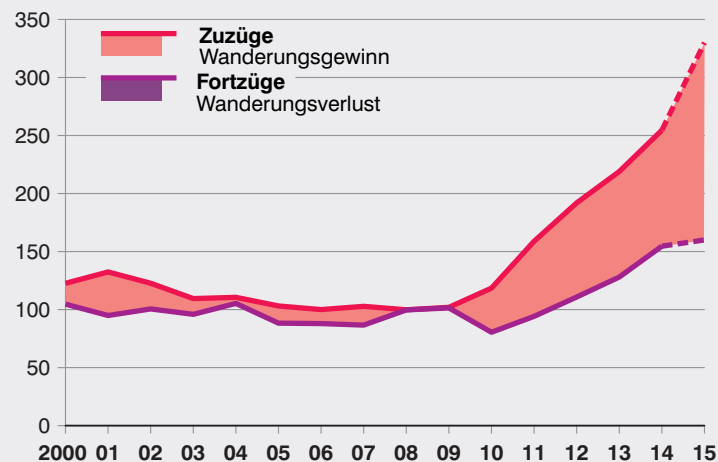
Bayerns Bevölkerung im Jahr 2015 durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland um 170 000 Personen angewachsen

Das Jahr 2015 war durch eine außergewöhnlich hohe Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern nach Bayern geprägt. Die Wanderungsbilanz Bayerns mit dem Ausland wies einen Überschuss von 170 000 Personen auf. Damit nahm das Wanderungsplus Bayerns im Jahr 2015 gegenüber dem Ausland nach dem Rekordwert des Vorjahres (2014: 99 917 Personen) noch einmal deutlich zu. Der Saldo des Jahres 2015 resultierte aus insgesamt 330 000 Zuzügen aus dem Ausland und 160 000 Fortzügen in das Ausland.

Im Jahr 2014 lagen sowohl das Niveau der Zuzüge (254 547 Personen) als auch das der Fortzüge (154 630 Personen) niedriger. Die Zahl der Zuzüge ist damit gegenüber dem Vorjahr um rund 30% angestiegen, während die Zahl der Fortzüge lediglich um rund 3% zugenommen hat. In diesen Zahlen nicht enthalten und für die Gesamtwanderungsbilanz des Jahres 2015 noch zu berücksichtigen sind die Wanderungsgewinne, die Bayern regelmäßig gegenüber den anderen Bundesländern erzielt. Im Jahr 2014 betrug das Wanderungsplus aus dem Bundesgebiet 6 700 Personen, im Jahr 2013 rund 14 100 Personen.

Der für 2015 im Rahmen der Wanderungsstatistik ermittelte Wanderungssaldo beruht auf einer erstmals durchgeführten Schnellschätzung, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder entwickelt wurde. Diese ba-

Wanderungen zwischen Bayern und dem Ausland von 2000 bis 2015
in Tausend



Ergebnisse einer Schnellschätzung, basierend auf endgültigen Ergebnissen der Monate Januar bis August 2015 und auf geschätzten Daten für die Monate September bis Dezember 2015.

Wanderungen Bayerns zwischen Bayern und dem Ausland von 2000 bis 2015

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
2000	122 635	104 700	17 935
2001	132 433	94 901	37 532
2002	122 696	100 563	22 133
2003	109 482	95 908	13 574
2004	110 572	105 318	5 254
2005	103 125	88 305	14 820
2006	100 009	87 924	12 085
2007	102 805	86 627	16 178
2008	99 823	99 705	118
2009	101 943	101 441	502
2010	118 491	80 466	38 025
2011	158 841	94 160	64 681
2012	191 945	110 832	81 113
2013	218 954	128 037	90 917
2014	254 547	154 630	99 917
2015 ¹	330 000	160 000	170 000

¹ Ergebnisse einer Schnellschätzung, basierend auf endgültigen Ergebnissen der Monate Januar bis August 2015 und auf geschätzten Daten für die Monate September bis Dezember 2015.

siert auf bereits vorliegenden geprüften Ergebnissen für die Monate Januar bis August 2015 und auf geschätzten Daten für das Wanderungsgeschehen von Ausländerinnen und Ausländern (Zuzüge

und Fortzüge) für die Monate September bis Dezember 2015. Für diesen Zeitraum wurden Auszählungen der eingegangenen Rohdaten der kommunalen Meldebehörden vorgenommen. Die Differenzen zwi-

schen diesen Auszählungen und den geprüften Monatsergebnissen wurden anhand vergangener Monate modelliert und mithilfe dieses Modells auf die Monate August bis Dezember 2015 übertragen.

Die amtliche Bevölkerungsstatistik erfasst Wanderungsbewegungen unabhängig vom Status der zu- bzw. fortziehenden Personen. Somit sind in den genannten Zahlen auch Flüchtlinge und Asylbewerber enthalten.

Es ist aber zu beachten, dass in Bayern für die Dauer des Aufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen eine Anmeldung von Schutzsuchenden bei den gemeindlichen Meldebehörden nicht durchzuführen ist und Schutzsuchende erst nach ihrer Weitervermittlung als Zuzüge aus dem Ausland an die amtliche Statistik gemeldet werden. Auch ist davon auszugehen, dass eine zeitnahe Erfassung aller Schutzsuchenden durch die kommunalen Meldebehörden nicht flä-

chendeckend möglich war. Momentan dürfte es daher bei dieser Personengruppe eine Untererfassung geben, die nicht quantifiziert werden kann.

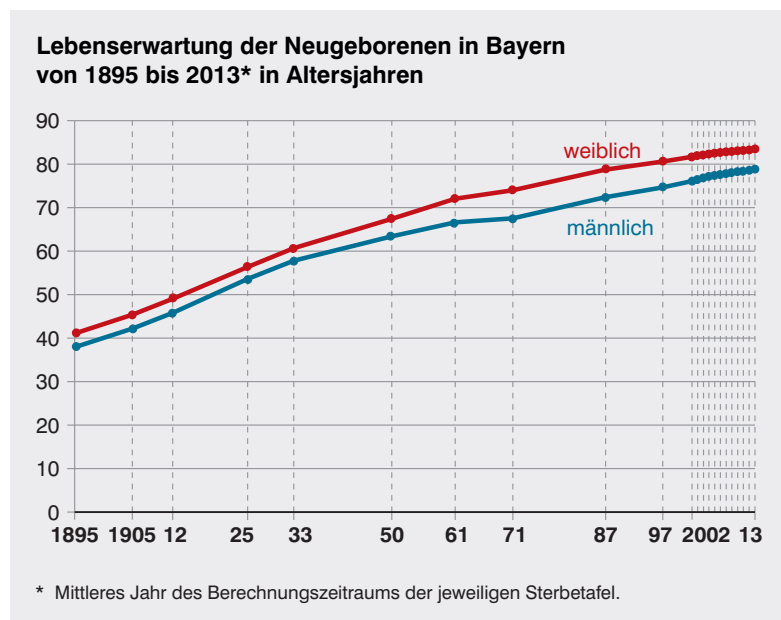
Hinweis
Endgültige, regionalisierte und nach Staatsangehörigkeiten differenzierte Wanderungsergebnisse für das Jahr 2015 werden voraussichtlich im September 2016 zur Verfügung stehen. Daten zu den Wanderungen in Bayern bis zum Jahr 2014 in der Datenbank GENESIS über www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/logon

Lebenserwartung in Bayern weiter angestiegen

Nach den neuesten Berechnungen hat die Lebenserwartung der bayrischen Bevölkerung weiter zugenommen. Sie beträgt nach der aktuellen Sterbetafel 2012/2014 für neugeborene Buben 78,9 Jahre und für neugeborene Mädchen 83,5 Jahre. Dies entspricht einem Zuwachs von 0,3 Jahren (Buben) bzw. 0,2 Jahren (Mädchen) gegenüber der letzten Sterbetafel 2011/2013.

Mädchen haben bei der Geburt bekanntermaßen eine höhere Lebenserwartung als Jungen. Diese Differenz in der Lebenserwartung zwischen Jungen und Mädchen hat sich jedoch seit der Sterbetafel 1986/1988, die auf Basis der Volkszählung 1987 berechnet wurde, langsam, aber kontinuierlich verringert: Damals betrug die Differenz 6,3 Jahre, derzeit sind es nur noch 4,6 Jahre.

Auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung geringfügig angestiegen. So liegt z. B. die fernere Lebenserwartung 65-jähriger Männer nach der aktuellen Sterbetafel bei 18,0 Jahren – gegenüber 17,9 Jahren nach der Sterbetafel 2011/2013. Für 65-jährige Frauen ergeben sich statistisch weitere 21,1 Lebensjahre gegenüber zuvor 20,9 Jahren.



Der Trend der steigenden Lebenserwartung in Bayern lässt sich bereits seit der ersten allgemeinen Sterbetafel von 1891/1900 beobachten. So betrug damals die Lebenserwartung für einen neugeborenen Buben 37,9 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 41,1 Jahre. Damit hat sich die Lebenserwartung Neugeborener im Vergleich zu damals mehr als verdoppelt.

Hinweis
Die amtlichen Sterbetafeln basieren auf den Daten über die Gestorbenen und die Durchschnittsbevölkerung des Berechnungszeitraums (2012 bis 2014). Es handelt sich um eine Momentaufnahme der Sterblichkeitsverhältnisse der gesamten Bevölkerung in diesem Zeitraum. Die fernere Lebenserwartung gibt somit die Zahl der weiteren Lebensjahre an, die Menschen eines bestimmten Alters nach den im aktuellen Berechnungszeitraum beobachteten Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt noch leben könnten.

Zusammen mit der Sterbetafel 2012/2014 wird auch die gleichzeitig berechnete Sterbetafel 2011/2013 veröffentlicht.

Unter www.statistik.bayern.de/statistik/bevoelkerungsbewegung sind für Bayern Sterbetafeln ab 1891/1900 verfügbar.



Erwerbstätigkeit

Weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit in Bayern 2015

Die Beschäftigung in Bayern erhöhte sich im Jahr 2015 weiter. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 1,2% an und erreichte einen neuen Rekordwert von 7,27 Millionen. Damit hat sie seit dem Jahr 2010 von damals 6,78 Millionen um 7,3% zugenommen.

Von den 7,27 Millionen Erwerbstätigen befanden sich 0,88 Millionen in marginalen Beschäftigungsverhältnissen. Zu diesen zählen geringfügig entlohnte Beschäftigte (450-Euro-Jobs), kurzfristig Beschäftigte (weniger als 2 Monate bzw. 50 Tage im Jahr) sowie die in

Bayern in nur sehr geringer Zahl vorhandenen 1-Euro-Jobs. Diese Beschäftigungsverhältnisse nahmen 2015 in Bayern um 1,6% ab. Seit 2010 gab es hier einen Rückgang um insgesamt 2,8%. Der Anteil der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen sank im

Erwerbstätige und marginal Beschäftigte in den Bundesländern und in Deutschland im Jahr 2015					
Land	Erwerbstätige		Marginal Beschäftigte		Anteil marginal Beschäftigter an allen Erwerbstätigen in Prozent
	in Tausend	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	in Tausend	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	
Baden-Württemberg	6 071,9	0,9	785,9	- 2,7	12,9
Bayern	7 271,9	1,2	877,2	- 1,6	12,1
Berlin	1 846,3	2,0	167,7	- 4,6	9,1
Brandenburg	1 080,4	- 0,1	108,2	- 8,2	10,0
Bremen	419,9	0,4	52,7	- 4,4	12,5
Hamburg	1 202,0	0,8	114,1	- 4,6	9,5
Hessen	3 343,6	1,0	420,2	- 1,8	12,6
Mecklenburg-Vorpommern	739,9	0,2	77,5	- 5,5	10,5
Niedersachsen	3 963,2	0,8	574,2	- 3,0	14,5
Nordrhein-Westfalen	9 181,5	0,7	1 387,1	- 3,3	15,1
Rheinland-Pfalz	1 984,0	0,7	305,1	- 1,7	15,4
Saarland	520,3	0,2	76,9	- 3,0	14,8
Sachsen	2 015,7	- 0,2	185,8	- 9,1	9,2
Sachsen-Anhalt	1 000,2	- 0,8	97,7	- 7,8	9,8
Schleswig-Holstein	1 349,2	0,9	199,2	- 2,8	14,8
Thüringen	1 042,1	- 0,5	92,5	- 6,4	8,9
Deutschland	43 032,0	0,8	5 522,0	- 3,3	12,8
Nachrichtlich:					
Alte Bundesländer					
ohne Berlin	35 307,5	0,9	4 792,5	- 2,7	13,6
einschließlich Berlin	37 153,7	0,9	4 960,3	- 2,7	13,4
Neue Bundesländer					
ohne Berlin	5 878,3	- 0,3	561,7	- 7,8	9,6
einschließlich Berlin	7 724,5	0,2	729,5	- 7,1	9,4

Erwerbstätige in Bayern und in Deutschland im Jahr 2015 nach Wirtschaftszweigen							
Wirtschaftszweiggliederung (WZ 2008)		Erwerbstätige		Anteil an allen Erwerbstätigen		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		Bayern	Deutschland	Bayern	Deutschland	Bayern	Deutschland
		Personen		%			
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	137 935	635 000	1,9	1,5	- 3,1	- 2,5
B bis F	Produzierendes Gewerbe	1 997 986	10 511 000	27,5	24,4	0,7	0,0
	darunter						
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 503 968	7 514 000	20,7	17,5	1,3	0,3
F	Baugewerbe	419 836	2 431 000	5,8	5,6	- 0,9	- 0,5
G bis T	Dienstleistungsbereiche	5 135 993	31 886 000	70,6	74,1	1,6	1,1
	Insgesamt	7 271 914	43 032 000	100	100	1,2	0,8

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).

selben Zeitraum von 13,3% auf 12,1%.

Am stärksten expandierte die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen mit einer Zunahme von 1,6%. Von den 7,27 Millionen Erwerbstätigen arbeiteten 5,14 Millionen im Dienstleistungssektor, was einem Anteil von 70,6% an allen Erwerbstätigen entspricht. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau-

gewerbe) nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,2% zu. Hier arbeiteten insgesamt 1,58 Millionen Personen bzw. 21,7% aller Erwerbstätigen.

Einen Beschäftigungsrückgang um 0,9% gab es hingegen im Baugewerbe. In der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei lag die Zahl der Erwerbstätigen sogar um 3,1% unter ihrem Vorjahreswert.

Hinweis

Die hier vorgelegten Daten beruhen auf einer aktualisierten Berechnung der Erwerbstätigkeit 2015 des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören.

Weitere Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit können auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Statistik unter www.statistik.bayern.de/statistik/vgr sowie auf der Homepage des AK ETR unter www.ak-etr.de abgerufen werden.

Erwerbstätige in Bayern leisteten 2015 erstmals über 10 Milliarden Arbeitsstunden

Das Arbeitsvolumen der bayerischen Erwerbstätigen überschritt im Jahr 2015 erstmals die Grenze von 10 Milliarden Stunden. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme um 1,7%. In Deutschland nahm das Arbeitsvolumen um 1,1% zu. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen betrug in Bayern 1 381 Stunden. Da sich 2015 auch die Zahl der Erwerbstätigen erhöht hat, stieg die Arbeitszeit je Erwerbstätigen lediglich um

0,4% an. Mittel- und langfristig arbeiten die Erwerbstätigen jedoch weniger: Im Jahr 2000 betrug ihre Arbeitszeit 1 452 Stunden, im Jahr 2010 nur noch 1 397 Stunden. Die Entwicklung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird maßgeblich durch den anhaltenden Trend zur Teilzeitbeschäftigung beeinflusst. In konjunkturellen Krisenphasen spielt auch das Ausmaß der Kurzarbeit eine wichtige Rolle. Zwischen den einzelnen Wirt-

schaftszweigen weichen die Arbeitszeiten je Erwerbstätigen teils deutlich voneinander ab: So arbeiteten die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Durchschnitt 1 798 Stunden im Jahr, im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 1 451 Stunden, im Baugewerbe 1 614 Stunden und in den Dienstleistungsbereichen 1 329 Stunden. Die verhältnismäßig niedrige Stundenzahl in den Dienstleistungsbereichen deutet auf eine ho-

Arbeitsvolumen und Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in den Bundesländern und in Deutschland 2015				
Land	Arbeitsvolumen 2015		Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen 2015	
	in Milliarden Stunden	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	in Stunden	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Baden-Württemberg	8,31	1,2	1 368	0,3
Bayern	10,04	1,7	1 381	0,4
Berlin	2,58	2,2	1 399	0,2
Brandenburg	1,56	0,7	1 444	0,8
Bremen	0,56	1,7	1 336	1,3
Hamburg	1,68	1,1	1 399	0,3
Hessen	4,57	1,1	1 367	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,06	1,1	1 428	0,9
Niedersachsen	5,37	1,1	1 354	0,3
Nordrhein-Westfalen	12,26	1,0	1 335	0,3
Rheinland-Pfalz	2,66	0,7	1 341	0,0
Saarland	0,69	0,9	1 335	0,7
Sachsen	2,88	0,2	1 428	0,5
Sachsen-Anhalt	1,43	-0,1	1 431	0,7
Schleswig-Holstein	1,84	0,9	1 360	0,0
Thüringen	1,52	0,2	1 454	0,7
Deutschland	59	1,1	1 371	0,3
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer				
ohne Berlin	47,97	1,2	1 359	0,3
einschließlich Berlin	50,56	1,2	1 361	0,3
Neue Bundesländer				
ohne Berlin	8,44	0,4	1 436	0,6
einschließlich Berlin	11,02	0,8	1 427	0,5

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).

he Teilzeitquote bei den dort beschäftigten Erwerbstätigen hin. Dies dürfte mit dem hohen Frauenanteil in den Dienstleistungsberufen zusammenhängen, da Frauen überproportional häufig in Teilzeit arbeiten.

Hinweis

Die hier vorgelegten Daten beruhen auf einer Berechnung des Arbeitsvolumens 2015 des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische

Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Weitere Ergebnisse zum Arbeitsvolumen können auf der Homepage des AK ETR unter <http://www.ak-etr.de/> abgerufen werden.



Handel und Dienstleistungen

Umsatz des bayerischen Großhandels im Jahr 2015 um 1,5 % gestiegen

Der Umsatz im bayerischen Großhandel (einschl. der Handelsvermittlung) erhöhte sich nach vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr nominal um 1,5% und real um 2,4%. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,3% zu, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,3% und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,1% stieg.

Im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen (Produktionsverbindungshandel) sank der nominale Umsatz um 0,3% (real: +2,7%). Im Großhandel mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel) stieg der nominale Umsatz um 3,4% (real: +2,3%). In der Handelsvermittlung nahm der

nominale Umsatz um 2,1% und der reale Umsatz um 0,8% zu.

Die höchsten Umsatzsteigerungen unter den Wirtschaftsgruppen des Großhandels verzeichnete im Jahr 2015 der Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (nominal: +12,1%; real: +8,7%). Auch die Zunahme der Zahl der Beschäftigten war in dieser Wirtschaftsgruppe am höchsten (+3,5%). Mit Ausnahme des Umsatzes des sonstigen Großhandels (nominal: -6,5%; real: -0,4%) und des nominalen Umsatzes des Großhandels ohne ausgeprägten Schwerpunkt (nominal: 0,8%; real: +0,7%) lagen die Umsätze aller Wirtschaftsgruppen des Groß-

handels im Jahr 2015 über dem Stand des Jahres 2014. Die Zahl der Beschäftigten war nur im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (-0,9%) und im Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt (-0,5%) rückläufig.

Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Die monatliche Großhandelsstatistik wird im Mixmodell durchgeführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern. Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Dezember 2015“ (Bestellnummer: G1200C 201512, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte der Handelsvermittlung und des Großhandels in Bayern im Jahr 2015
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis Dezember				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent					
Handelsvermittlung und Großhandel insgesamt	1,5	2,4	1,3	1,3	1,1
dav. Handelsvermittlung	2,1	0,8	2,4	3,6	0,7
Großhandel (mit)					
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	0,8	5,1	-0,9	-0,3	-1,8
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,1	1,7	2,5	2,7	1,7
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	4,3	2,9	1,3	1,2	1,7
Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	12,1	8,7	3,5	3,6	2,7
sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	2,6	1,5	0,9	1,0	0,6
sonstiger Großhandel	-6,5	-0,4	0,4	0,1	1,4
ohne ausgeprägten Schwerpunkt	-0,8	0,7	-0,5	0,0	-1,8
Großhandel zusammen (ohne Handelsvermittlung)	1,4	2,5	1,2	1,2	1,1
dav. mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen ²	-0,3	2,7	0,9	0,9	0,9
mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel)	3,4	2,3	1,4	1,4	1,3

1 In Preisen des Jahres 2010.

2 Produktionsverbindungshandel.



Traumstart für Bayerns Beherbergung im Jahr 2016

Die Zahl der Gästeankünfte erhöhte sich in den gut 11 400 geöffneten Beherbergungsbetrieben* Bayerns im Januar 2016 nach vorläufigen Ergebnissen gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,5% auf knapp 2,0 Millionen, die Zahl der Übernachtungen stieg um 4,7% auf über 5,3 Millionen. Die Gästezahlen stiegen sowohl im Inländerreiseverkehr (Gästeankünfte und Übernachtungen: jeweils +4,1%) als auch im Ausländerreiseverkehr (Gästeankünfte: +5,7%; Übernachtungen: +7,3%).

Alle Regierungsbezirke Bayerns meldeten für den Januar 2016 mehr Gästeankünfte und Über-

nachtungen als im Vorjahresmonat. Zweistellig wuchs die Zahl der Gästeankünfte (+11,7%) und der Übernachtungen (+10,1%) in Schwaben. In Oberfranken stieg die Zahl der Gästeankünfte ebenfalls zweistellig (+10,3%), in Mittelfranken nahm die Zahl der Übernachtungen um 12,4% zu.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, stieg die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen bei der Mehrzahl der Betriebsarten des Beherbergungsgewerbes in Bayern. Mit einer Zunahme von 41,8% bei den Gästeankünften und 10,3% bei den Übernachtungen verzeichneten die 220 geöffneten

Campingplätze den höchsten Anstieg. Deutlich über dem Durchschnitt lag die Zunahme der Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen auch bei den rund 2 200 Hotels, den 235 Jugendherbergen und Hütten sowie bei den rund 2 600 Feriencentren, -häusern und -wohnungen.

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Januar 2016“ (Bestellnummer: G41003 201601, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*

Bayerns Fremdenverkehr im Januar 2016						
Vorläufige Ergebnisse						
Betriebsart ----- Herkunft ----- Gebiet	Geöffnete Betriebe	Angebotene Betten	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
			insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent
Hotels	2 194	213 814	1 093 548	6,6	2 377 816	8,1
Hotels garnis	1 957	77 177	331 452	0,3	758 120	0,8
Gasthöfe	2 380	68 280	181 570	- 0,2	403 908	1,8
Pensionen	1 251	33 199	82 562	0,8	247 564	- 0,9
Hotellerie zusammen	7 782	392 470	1 689 132	4,3	3 787 408	5,2
Jugendherbergen und Hütten	235	16 904	57 089	6,6	143 321	7,3
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	433	33 659	110 647	- 2,2	329 763	- 0,7
Feriencentren, -häuser, -wohnungen	2 603	64 439	82 965	12,5	427 405	7,5
Campingplätze	220	x	18 608	41,8	83 300	10,3
Vorsorge- und Reha-Kliniken	168	26 539	32 459	2,3	571 878	1,3
Insgesamt	11 441	534 011	1 990 900	4,5	5 343 075	4,7
davon aus dem						
Inland	x	x	1 520 565	4,1	4 297 612	4,1
Ausland	x	x	470 335	5,7	1 045 463	7,3
davon						
Oberbayern	3 891	210 573	966 335	0,2	2 320 174	0,7
dar. München	405	66 091	433 818	- 1,3	888 551	- 0,7
Niederbayern	1 784	76 311	175 217	9,1	701 599	6,1
Oberpfalz	875	37 611	107 064	5,1	279 260	5,1
Oberfranken	834	33 715	98 729	10,3	254 702	7,8
Mittelfranken	922	47 092	207 014	9,2	452 913	12,4
dar. Nürnberg	155	17 280	103 001	18,6	208 816	21,5
Unterfranken	874	41 198	141 065	4,3	373 572	4,0
Schwaben	2 261	87 511	295 476	11,7	960 855	10,1



Verkehr

Verkehrsunfälle auf Bayerns Straßen im Januar 2016 gestiegen

Im Januar 2016 stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um 2,5%. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 29 780 Unfälle (Januar 2015: 29 053). Bei diesen Unfällen kamen in 3 126 Fällen Personen zu Schaden – gegenüber Januar 2015 war dies ein leichter Rückgang um 0,4%.

Überwiegend traten lediglich Sachschäden (26 654 Unfälle) auf, und hierbei mit einem Anteil von rund 95% (25 327 übrige Sachschadensunfälle) Bagatellschäden. Verglichen mit Januar 2015 ergab sich damit eine Zunahme der Sachschadensunfälle um 2,8%, es wurden aber 17,0% weniger Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel polizeilich aufgenommen.

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Januar 2016 Vorläufige Ergebnisse				
Unfälle — Verunglückte	Januar		Veränderung	
	2016	2015		
	Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	29 780	29 053	727	2,5
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 126	3 113	13	0,4
Unfälle mit nur Sachschaden	26 654	25 940	714	2,8
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	1 190	1 067	123	11,5
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel ..	137	165	- 28	- 17,0
übrige Sachschadensunfälle	25 327	24 708	619	2,5
Verunglückte insgesamt	4 302	4 328	- 26	- 0,6
dav. Getötete	48	26	22	84,6
Verletzte	4 254	4 302	- 48	- 1,1
dav. Schwerverletzte	559	644	- 85	- 13,2
Leichtverletzte	3 695	3 658	37	1,0

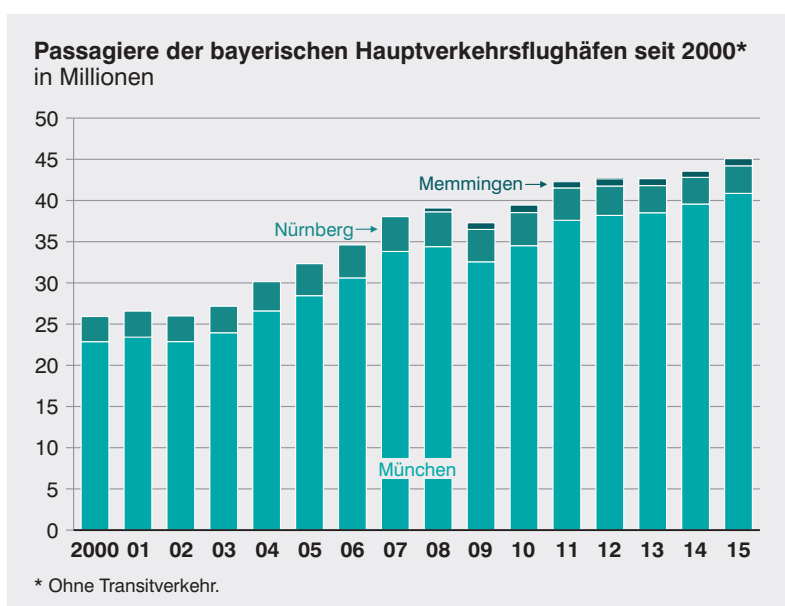
Die Zahl der Verunglückten sank im Januar 2016 um 0,6% auf 4 302 Menschen. Die Zahl der Getöteten stieg um 84,6% auf 48 Unfallopfer (Januar 2015: 26). Es wurden 559 Verkehrsteilnehmer schwer (-13,2%) und 3 695 leicht verletzt (+1,0%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Januar 2016“ (Bestellnummer: H1101C 201601, nur als Datei).*

3,5% mehr Passagiere an bayerischen Flughäfen im Jahr 2015

Im Jahr 2015 starteten bzw. landeten insgesamt 421 714 Flugzeuge auf den drei bayerischen Großflughäfen* München, Nürnberg und Memmingen. Das waren 1,7% mehr als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt flogen 45,2 Millionen Passagiere von diesen drei Flughäfen ab oder landeten dort (einschl. Durchgangsverkehr). Dies entspricht einer Steigerung um 3,5% gegenüber 2014. Das Fracht- und Postaufkommen stieg an diesen Flughäfen insgesamt um 9,5% auf 363 429 Tonnen.

An Bayerns größtem Flughafen München stieg im Jahr 2015 die



Bayerns Hauptverkehrsflughäfen im Jahr 2015								
Starts/Landungen ----- Passagiere ----- Fracht/Post	Flughafen							
	München		Nürnberg		Memmingen		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent
Starts und Landungen insgesamt	370 219	1,8	41 350	- 3,0	10 145	18,8	421 714	1,7
davon Starts	185 212	1,8	20 538	- 2,7	5 062	18,5	210 812	1,7
Landungen	185 007	1,9	20 812	- 3,4	5 083	19,1	210 902	1,7
Passagiere an Bord in 1 000	40 969	3,3	3 365	3,4	881	17,7	45 215	3,5
davon Einsteiger	20 392	3,3	1 677	3,5	434	16,4	22 504	3,5
davon ins Inland	4 796	2,7	534	- 0,9	10	- 24,1	5 340	2,3
ins Ausland	15 597	3,4	1 143	5,6	424	17,9	17 165	3,9
Aussteiger	20 468	3,3	1 675	3,6	435	16,1	22 577	3,5
aus dem Inland	4 754	2,4	527	- 2,1	10	- 19,0	5 291	1,9
aus dem Ausland	15 714	3,5	1 148	6,5	424	17,3	17 286	4,0
Transitverkehr ¹	108	1,1	13	- 25,4	12	x	x	x
Fracht und Post an Bord (In to)	356 320	10,2	7 109	- 18,7	-	-	363 429	9,5
davon Einladung	201 610	10,8	3 262	- 13,2	-	-	204 872	10,3
Ausladung	134 516	5,7	2 281	- 15,9	-	-	136 797	5,2
Transitverkehr ¹	20 193	44,1	1 566	- 31,1	-	-	21 759	33,6

1 Direkter Durchgangsverkehr (gleiche Flugnummer).

Zahl der Fluggäste an Bord um 3,3% auf rund 41 Millionen bei 370 219 Starts und Landungen (+1,8%). Über drei Viertel der Ein- und Aussteiger (76,6%) kamen aus dem Ausland oder flogen ins Ausland. Das Fracht- und Postaufkommen erhöhte sich um 10,2% auf rund 356 320 Tonnen (einschl. Transitverkehr).

In Nürnberg sank die Zahl der Starts und Landungen um 3,0% auf rund 41 350. Die Passagierzahlen erhöhten sich um 3,4%

Millionen. 68,4% der Fluggäste in Nürnberg waren Auslandspassagiere (Ein- und Aussteiger). Das Fracht- und Postaufkommen fiel um 18,7% auf rund 7 100 Tonnen. Von den über 880 000 Passagieren in Memmingen (+17,7%) waren 97,7% Auslandsreisende. Memmingen meldete insgesamt 10 145 Starts und Landungen und damit 18,8% mehr als im Jahr 2014.

Quelle:
Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verkehr – Luftverkehr – Fachserie 8 Reihe 6.1 – Dezember 2015: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/TransportVerkehr/Luftverkehr/Luftverkehr.html

Hinweis
Die monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr beruht auf dem Verkehrsstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004 (§ 12, 1 VerkStatG).

* Hauptverkehrsflughäfen mit mehr als 150 000 Fluggasteinheiten (Einsteiger- und Aussteiger, je 100 kg Fracht und Post) im Jahr.

Güterumschlag in Bayerns Häfen im Jahr 2015 um 14% gesunken

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 7,38 Millionen Tonnen Güter und somit 14,3% weniger als im Vorjahr in den bayerischen Häfen der Bundeswasserstraßen von Passau über Nürnberg bis Aschaffenburg umgeschlagen. Es wurden rund 3,05 Millionen Tonnen eingeladen und über 4,33 Millionen Tonnen Güter ausgeladen. Der Güterumschlag im Maingebiet lag bei 4,13

Millionen Tonnen und entsprach einem Anteil von rund 56%.

Der Güterumschlag an der Donau ging 2015 um 19,2% auf 3,26 Millionen Tonnen zurück, in den Mainhäfen sank er um 10,0%. Die umschlagstärksten Häfen waren Regensburg mit 1,58 Millionen Tonnen und Aschaffenburg mit 0,80 Millionen Tonnen. Insgesamt

meldeten sich 9 493 Schiffe mit Umschlagsgütern an und ab, davon befuhren mit 52,8% etwas mehr als die Hälfte der Schiffe (5 015) die Donau.

Zu Wasser wurden von den 7,38 Millionen Tonnen Güterumschlag hauptsächlich „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei“ (23,5%) und „Erze,

Steine und Erden sowie sonstige Bergbauerzeugnisse“ (21,4%) transportiert. Weitere 11,8% entfallen auf Schüttgüter der Abteilung „Chemische Erzeugnisse“.

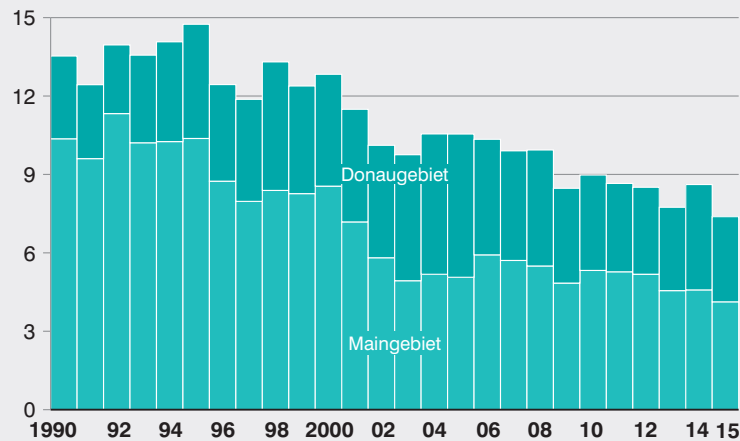
Möglicherweise setzt sich mit dem Rückgang des Güterumschlags im Jahr 2015 ein Abwärtstrend fort, der sich bereits über viele Jahre beobachten lässt. Das Jahr 2014 hatte mit einem Güterumschlag von 8,6 Millionen Tonnen nach einer Trendwende ausgesehen. Die Daten des Jahres 2015, die nun deutlich unter der 8-Millionen-Tonnen-Marke liegen, deuten eher auf einen allgemeinen Rückgang hin.

Hinweis

Die Ausweisung der in der Binnenschifffahrt transportierten Güter erfolgt nach der NST-2007.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Binnenschifffahrt in Bayern im Dezember und im Jahr 2015“ (Bestellnummer: H2100C 201512, nur als Datei).*

Entwicklung des Güterumschlags der Binnenschifffahrt in Bayern seit 1990 im Donau- und Maingebiet in Millionen Tonnen



Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis Dezember 2014 und 2015 nach Verkehrsgebieten und ausgewählten Häfen

Verkehrsgebiet Hafen	Güterumschlag Januar bis Dezember		Veränderung gegenüber 2014 in Prozent
	2014	2015	
	Tonnen		
Maingebiet	4 583 229	4 126 518	- 10,0
dar. Nürnberg	379 245	301 946	- 20,4
Bamberg	341 862	308 411	- 9,8
Schweinfurt	350 132	231 333	- 33,9
Würzburg	277 316	210 054	- 24,3
Karlstadt	340 732	324 654	- 4,7
Lengfurt	578 390	482 547	- 16,6
Aschaffenburg	781 230	800 996	2,5
Donaugebiet	4 030 992	3 256 967	- 19,2
dar. Kelheim	457 171	406 841	- 11,0
Regensburg	2 198 446	1 579 249	- 28,2
Straubing - Sand	654 626	538 693	- 17,7
Deggendorf	239 675	257 710	7,5
Passau	360 281	365 316	1,4
Bayern insgesamt	8 614 221	7 383 485	- 14,3



Verdienste

Arbeitnehmerverdienste in Bayern im vierten Quartal 2015 um 1,7% gestiegen

In Bayern lag der Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im vierten Quartal 2015 im Durchschnitt bei 3 788 Euro. Dies waren 1,7% mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Die Anzahl der im Wochendurchschnitt bezahlten Arbeitsstunden ging von

39,2 auf 39,1 Stunden zurück. Der Bruttostundenverdienst erhöhte sich um 1,9% auf 22,31 Euro.

Im Dienstleistungsbereich stiegen die Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer binnen Jahresfrist im Durchschnitt um 1,9% auf monat-

lich 3 691 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit blieb im Vergleich zum Vorjahresquartal unverändert bei 39,5 Stunden.

Im Produzierenden Gewerbe erhöhten sich die Bruttomonatsverdienste auf 3 925 Euro, was ei-

ner jährlichen Steigerungsrate von 1,4% entspricht. Dies ging mit einem Zuwachs der Bruttostundenverdienste auf 23,49 Euro (+1,8%) einher. Die durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit ging gegenüber dem Vorjahresquartal von 38,6 auf 38,5 Stunden zurück.

Hinweise
Diese Daten sind Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung. Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft.
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2015“.*

Reallöhne in Bayern im Jahr 2015 um 2,7% gestiegen

In Bayern lag der Bruttoverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) aller Arbeitnehmer, also der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie der geringfügig Beschäftigten, im Jahr 2015 durchschnittlich real um 2,7% höher als im Jahr 2014. Die Nominallöhne stiegen um 3,0% und damit etwas stärker als im bundesweiten Durchschnitt (2,7% gemäß Berechnungen des Statistischen Bundesamts).

Entwicklung der Real- und Nominallöhne* sowie der Verbraucherpreise in Bayern seit 2008			
Jahr	Reallohnindex	Nominallohnindex	Verbraucherpreisindex
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
2008	0,8	3,5	2,7
2009	- 1,1	- 0,6	0,5
2010	1,9	3,1	1,1
2011	1,4	3,5	2,1
2012	0,5	2,7	2,2
2013	0,2	1,6	1,4
2014	2,5	3,3	0,8
2015	2,7	3,0	0,4

* Bruttomonatsverdienste der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie geringfügig Beschäftigten.

Bereits im Jahr 2014 konnten die Arbeitnehmer sowohl nominal (3,3%) als auch real (2,5%) deutliche Verdienstzuwächse erzielen. Im Jahr 2015 fiel der Anstieg des Reallohnindex mit 2,7% wegen der sehr niedrigen Inflationsrate (0,4%) noch etwas höher aus.

Hinweis
Die Daten zur Verdienstentwicklung sind Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung. Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Die Nominal- und Reallohnindizes werden ab dem Berichtsjahr 2007 berechnet.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2015“ (Bestellnummer: N1100C 201544, nur als Datei).*



Öffentliche Finanzen, Steuern, kommunaler Finanzausgleich

Kommunale Steuereinnahmen in Bayern stiegen 2015 um 6,0%

Nach den Ergebnissen der kommunalen Kassenstatistik verzeichneten im Jahr 2015 die bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Steuereinnahmen ein Plus von 6,0% auf 16 818,0 Millionen Euro.

Dabei sind die Einnahmen der Kommunen aus ihrer bedeutend-

sten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer, im Vorjahresvergleich um 4,0% auf 7 239,8 Millionen Euro angestiegen.

Vom Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 8 842,4 Millionen Euro führten die Kommunen 1 602,6 Millionen Euro Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund ab, so-

dass in den Gemeindekassen netto besagte 7 239,8 Millionen Euro verblieben. Gegenüber dem Jahr 2014 ergibt das ein Plus von 278,0 Millionen Euro.

Die Einnahmen aus dem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer, der vom Volumen her zweitwichtigsten Steuerquelle der baye-

rischen Städte und Gemeinden, lagen mit 7 002,9 Millionen Euro um 8,1 % über dem Ergebnis des Vorjahres.

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergab sich 2015 mit 762,3 Millionen Euro ein Zuwachs von 20,6%.

Zugenommen hat auch das Steueraufkommen aus den Grundsteuern. Während die kommunalen Einnahmen aus der Grundsteuer B um 1,4% auf 1 675,2 Millionen Euro anstiegen, lagen die Einnahmen aus der Grundsteuer A bei 84,7 Millionen Euro und damit um 0,6% über dem Vorjahresergebnis.

Die übrigen Gemeindesteuern wie Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer und sonstige Steuern erhöhten sich im Vorjahresvergleich um gut 1,4 Millionen Euro bzw. 2,7% auf 53,1 Millionen Euro.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 2015“ (Bestellnummer: L22003 201544, Preis der Druckausgabe: 13,60 €).*



Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

5,2% mehr Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern im Jahr 2015

Nach vorläufigen Ergebnissen der Baugenehmigungsstatistik meldeten die Bauämter in Bayern von Januar bis Dezember 2015 insgesamt 61 870 Wohnungsbaufrei-

gaben (einschließlich Genehmigungsfreistellungen). Dies entspricht einem Plus an Wohnungsbaugenehmigungen gegenüber dem Vorjahr von 3 084 bzw. 5,2%.

Dieses positive Gesamtergebnis resultiert aus einer im Jahresverlauf uneinheitlichen Entwicklung, wobei das jeweilige Genehmigungsvolumen immerhin bei sechs

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern von Januar bis Dezember 2014 und 2015				
Bezeichnung	Wohnungsbaugenehmigungen ¹			
	Januar bis Dezember 2014	Januar bis Dezember 2015	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	Anzahl		%	
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	57 287	60 530	3 243	5,7
davon				
in neuen Wohngebäuden zusammen	51 321	52 659	1 338	2,6
davon				
in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	18 735	20 081	1 346	7,2
in Wohngebäuden mit 2 Wohnungen	4 380	4 262	- 118	- 2,7
in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen	24 432	25 583	1 151	4,7
in Wohnheimen	3 774	2 733	- 1 041	- 27,6
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Wohngebäuden	5 966	7 871	1 905	31,9
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	1 499	1 340	- 159	- 10,6
davon				
in neuen Nichtwohngebäuden	1 258	1 166	- 92	- 7,3
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Nichtwohngebäuden	241	174	- 67	x
Insgesamt	58 786	61 870	3 084	5,2
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	24 982	24 879	- 103	- 0,4
Niederbayern	5 552	6 427	875	15,8
Oberpfalz	4 790	5 514	724	15,1
Oberfranken	3 132	3 143	11	0,4
Mittelfranken	7 052	7 977	925	13,1
Unterfranken	4 982	4 641	- 341	- 6,8
Schwaben	8 296	9 289	993	12,0
Bayern	58 786	61 870	3 084	5,2
Kreisfreie Städte	21 086	21 255	169	0,8
darunter Großstädte ²	17 013	16 316	- 697	- 4,1
Landkreise	37 700	40 615	2 915	7,7

1 Einschließlich Genehmigungsfreistellungen.

2 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

Monaten gut über Vorjahresniveau lag. So wurden 2015 monatsdurchschnittlich insgesamt 5 138 Wohnungsbaufreigaben erteilt, während es im Vorjahr vergleichsweise gut 200 Wohnungsbaufreigaben weniger waren (2014: 4 897 Wohnungsbaufreigaben). Der Großteil der im Jahr 2015 zum Bau genehmigten Wohnungen, und zwar 85,1 % (2014: 87,3%), ist in neuen Wohngebäuden projektiert (+2,6% gegenüber 2014), darunter 20 081 in Einfamilienhäusern (+7,2%). Durch Um- oder Ausbau bestehender Wohngebäude sollen 7 871 Wohnungen entstehen (+31,9%).

Ausgenommen Oberbayern (-0,4% auf 24 879 Wohnungen) und Unterfranken (-6,8% auf 4 641 Wohnungen) haben alle Regierungsbezirke zur positiven Jahresbilanz 2015 beigetragen. Während Oberfranken dabei unter dem Landesmittel punktete (+0,4%), verzeichneten die vier anderen bayerischen Regierungsbezirke überdurchschnittliche Genehmigungszuwächse zwischen 12,0% (Schwaben) und 15,8% (Niederbayern). Das Gesamtergebnis auf Kreisebene betrachtet, ist festzustellen, dass die Wohnungsnachfrage in den kreisfreien Städ-

ten insgesamt leicht um 0,8% und in den Landkreisen zusammen überdurchschnittlich um 7,7% zugenommen hat. Die meisten Wohnungsbaufreigaben unter den 25 kreisfreien Städten in Bayern verzeichneten die Stadt München (8 445; -1,4%) und die Stadt Nürnberg (2 447; +16,5%), wogegen die Stadt Hof (68; -1,4%) und die Stadt Amberg (124; unverändert) die schwächste Wohnungsnachfrage zu verbuchen hatten.

Ausführliche Ergebnisse zum aktuellen Monatsabschluss enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2015“ (Bestellnummer: F21013 201512 Preis der Druckausgabe: 7,70 €).*

57,7 Millionen Tonnen Abfall im Jahr 2014 in bayerischen Entsorgungsanlagen

Das Gesamtaufkommen an Abfällen lag in den 4 351 aktiv in Bayern betriebenen Abfallentsorgungsanlagen im Jahr 2014 bei insgesamt 57,7 Millionen Tonnen. Gegenüber dem Jahr 2013 war ein geringer Anstieg des Gesamtaufkommens um 0,4 Millionen Tonnen bzw. 0,6% zu verzeichnen. Rund 5,6% bzw. 3,2 Millionen Tonnen des angelieferten Abfalls waren Sekundärabfälle, wie z. B. Schlacken, Schlämme, Sortierreste oder Aschen, die nach einer Behandlung von Abfällen in Abfallbehandlungsanlagen entstehen.

93,9% des Gesamtabfallaufkommens (54,1 Millionen Tonnen) kamen aus Bayern selbst, wovon 13,5% (7,3 Millionen Tonnen) betriebseigene Abfälle waren.

Den größten Anteil am Gesamtaufkommen wiesen mit 63,3% bzw. 36,5 Millionen Tonnen die Bau- und Abbruchabfälle auf, wie z. B. Boden, Steine oder Bauschutt. Ebenfalls stark ins Gewicht fielen die Siedlungsabfälle mit insgesamt 15,4% (8,9 Millionen Tonnen). Darunter waren 2,9 Millionen Tonnen Restmüll, wie z. B. Hausmüll, hausmüllähnlicher Gewerbemüll, 3,3 Millionen Tonnen getrennt gesammelte Fraktionen, darunter wiederum 1,9 Millionen Tonnen Papier, Pappe und Karton (einschließlich Verpackungen). Die übrigen rund 2,7 Millionen Tonnen der 2014 entsorgten Siedlungsabfälle waren Bioabfall und Grüngut (1,7 Millionen Tonnen) sowie andere Siedlungsabfälle, wie z. B. Sperrmüll, Straßenkehrschutt oder gemischte Verpackungen.

Gut vier Fünftel (82,8%) der in Bayern im Jahr 2014 entsorgten Abfälle (47,7 Millionen Tonnen) wurden in Abfallbehandlungsanlagen verwertet und konnten der Kreislaufwirtschaft damit erneut zugeführt werden. Die restlichen 17,2% wurden in Abfallverbrennungsanlagen (3,7 Millionen Tonnen) thermisch entsorgt oder auf Deponien (6,3 Millionen Tonnen) abgelagert.

Weitere Informationen dazu finden Sie in der Tabelle "Abfallentsorgung in Entsorgungsanlagen 2014" <https://www.statistik.bayern.de/statistik/umwelt/>.*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Kindertagesbetreuung in Deutschland

Der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur von Kindern gilt als zentraler Baustein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Auch die Aspekte einer Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und einer generellen frühkindlichen Sozialisation rücken zunehmend in den Fokus.

Seit dem 1. August 2013 hat in Deutschland jedes Kind ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen gesetzlichen Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion steht seit einiger Zeit der Ausbaustand für die Altersgruppe der unter 3-jährigen Kinder. Auf dem Krippengipfel von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 wurde als Zielmarke für das Jahr 2013 eine bundesweite Betreuungsquote von 35 % für Kinder unter 3 Jahren vereinbart. Die damalige Planungsgröße wurde auf 750 000 Plätze beziffert. Mittlerweile wird der Bedarf sogar auf rund 780 000 Plätze für unter 3-Jährige geschätzt, was einer Betreuungsquote von gut 39% entspricht.

Wie die Kinderbetreuung in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland derzeit aufgestellt ist, lässt sich der Gemeinschaftsveröffentlichung „Kindertagesbetreuung regional 2015“ entnehmen. Der inhaltliche Schwerpunkt wird dabei auf die Altersgruppe der unter 3-Jährigen gelegt. Im Tabellenanhang sind zusätzlich die Ergebnisse für Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren dargestellt.

Neben den „klassischen“ Betreuungsquoten werden auch Ganztagsbetreuungsquoten ausgewiesen. Außerdem werden Informationen zu Kindern, die in Kindertagesbetreuung sind und einen Migrationshintergrund haben, geboten.

Die Publikation kann kostenlos als PDF-Dokument im Statistikportal heruntergeladen werden (www.statistik-portal.de > Veröffentlichungen > Thematische Veröffentlichungen).



Die Gesundheit der Bevölkerung Bayerns – Ergebnisse des Mikrozensus 2013

Dipl.-Soz. Britta Heiles

Wie steht es um die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland? Diese Frage stellte der Mikrozensus in einem speziellen Zusatzprogramm zu den Gesundheitsmerkmalen letztmalig im Jahr 2013. Neben Krankheiten und Unfallverletzungen werden im Rahmen dieser freiwilligen Erhebung auch Angaben bezüglich der Rauchgewohnheiten und der Körpermaße der Bevölkerung erfasst. Mithilfe dieser Werte können Aussagen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht nur im Erhebungsjahr, sondern auch zu früheren Befragungen bis zurück ins Jahr 1992 dargestellt werden. In diesem Artikel werden im Speziellen die bayerischen Daten der im Rahmen des Mikrozensus erfassten Gesundheitsmerkmale näher dargestellt und erläutert.

Im Mikrozensus werden seit 1957 jährlich die wichtigsten bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Strukturdaten erhoben. Im Jahr 2013 nahmen an der Befragung des Mikrozensus allein in Bayern rund 125 000 Personen aus etwa 1 600 Gemeinden teil. Damit ist der Mikrozensus die größte jährlich stattfindende amtliche Haushaltserhebung in Deutschland.

Für die durch ein spezielles Zufallsverfahren ausgewählten Teilnehmer besteht für die meisten Fragen Auskunftspflicht, d. h. diese Fragen müssen vollständig, wahrheitsgemäß und fristgerecht beantwortet werden. Freiwillig sind dagegen die aktuell vierjährlich stattfindenden Zusatzprogramme, die Fragen etwa zum Pendlerverhalten, zu Krankenversicherungen oder auch zur Gesundheit der Bevölkerung beinhalten. Bereits seit den 1970er-Jahren wird im Rahmen des Mikrozensus in unregelmäßigen Abständen und mit wechselndem Fragekatalog die Gesundheit der Bevölkerung abgefragt. Seit dem Jahr 1992 liegen vergleichbare Werte zum Rauchverhalten und dem Krankenstand (mit Ausnahme der Erhebung 1999) vor; die Körpermaße der Bevölkerung wurden dagegen erstmals 1999 erhoben.^{1, 2}

Erhoben wurden im freiwilligen Zusatzprogramm Angaben zu:

- Krankheiten und Unfallverletzungen
- Dauer der Krankheit und Unfallverletzung
- Körpermaße (Körpergröße und -gewicht)
- Rauchgewohnheiten

- Behinderungen (werden in diesem Artikel nicht behandelt)

Bei den in diesem Artikel dargestellten Auswertungen handelt es sich um die individuelle Selbsteinschätzung der Befragten. Im Rahmen des Mikrozensus wird keine medizinische Einschätzung oder Untersuchung beispielsweise über den tatsächlichen Krankenstand erhoben.

Teilnahmebereitschaft sinkend

Im Jahr 2013 beantworteten insgesamt 78 % der Auskunftspflichtigen in Bayern die freiwilligen Fragen zu den Gesundheitsmerkmalen. 1995 gaben noch knapp 91 % der Befragten Auskunft. Die Teilnahmebereitschaft variierte im Jahr 2013 je nach Regierungsbezirk. Besonders niedrig war diese in Oberbayern bzw. Unterfranken (73 % und 76 %), während Personen aus der Oberpfalz (85 %) und Oberfranken (83 %) auskunftswilliger waren.

Krankenstand im Jahr 2003 am niedrigsten

Alle Angaben, die die befragten Personen im Rahmen der Mikrozensusbefragung bezüglich Krankheiten und Unfallverletzungen tätigten, bezogen sich auf die letzten vier Wochen vor dem Erhebungszeitpunkt.

Im Jahr 2013 war im Berichtszeitraum jede siebte Person in Bayern (rund 15 %) unfallverletzt oder krank. Der größte Teil der angegebenen Unfallverletzungen ist durch Freizeitunfälle (31 %), häusliche Unfälle (26 %) oder Arbeits- und Dienstunfälle (23 %) entstanden.

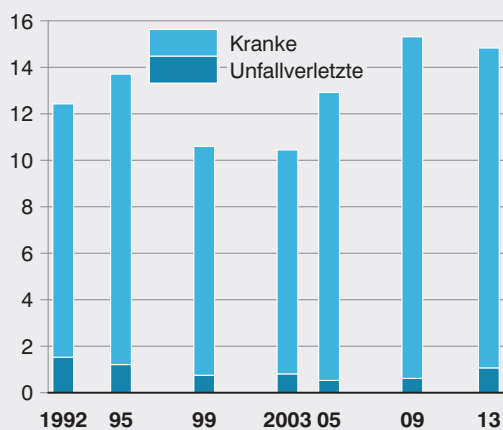
¹ Die vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus 2013 wurden auf einen neuen Hochrechnungsrahmen umgestellt. Grundlage hierfür sind die aktuellen Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung, die auf den Daten des Zensus 2011 (Stichtag 9. Mai 2011) basieren. Die Mikrozensus-Hochrechnung bis 2012 basiert hingegen auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987. Daher ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse des Mikrozensus 2013 mit vorherigen Erhebungen nur eingeschränkt möglich.

² Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bevölkerung in Bayern 2013 nach Gesundheitsmerkmalen“ (Bestellnummer A6250D 201351). Dieser sowie die vorangehenden Berichte aus den Jahren 2005 und 2009 können im Internet unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen als Datei kostenlos heruntergeladen werden.

Bei Betrachtung der Werte im Zeitverlauf gilt es zu berücksichtigen, dass sich die Ergebnisse des Mikrozensus bis zum Jahr 2004 auf eine feste Berichtswche im April oder Mai des jeweiligen Jahres bezogen haben und seit 2005 ein unterjähriges Befragungskonzept durchgeführt wird, sodass die Erhebung gleichmäßig auf alle Wochen des Jahres verteilt ist.

Die Anteile der unfallverletzten oder kranken Personen in Bayern lassen keine klare Entwicklung seit 1992 erkennen (vgl. Abbildung 1). Während der Anteil der Unfallverletzten mit knapp 2% im Jahr 1992 am höchsten war, zeigt sich beim Krankenstand, dass dieser im Jahr 2009 den Erhebungshöchststand mit 15%, also 1,5 Millionen Kranken, erreichte. Der Anteil der Unfallverletzten war mit knapp 1% im Jahr 2005 am niedrigsten, während der niedrigste Krankenstand mit 10% in den Jahren 1999 und 2003 erreicht wurde.

Abb. 1
Anteil der Erkrankten und Unfallverletzten in Bayern von 1992 bis 2013 in Prozent



2013 gaben zwei Drittel (67%) der erkrankten Personen an, ambulant behandelt worden zu sein, 13% waren in stationärer Behandlung. Jeder Fünfte (19%) hat dagegen keine Behandlung in Anspruch genommen, 1% der Befragten wollte keine Angaben zur Art der Behandlung machen.

Im gesamtdeutschen Vergleich ist Bayern im Jahr 2013 mit einem Krankenstand von 14% im unteren Bereich der Statistik wiederzufinden. Lediglich in Sachsen-Anhalt war der Krankenstand noch geringer (knapp 14%). Der Stadtstaat Berlin wies prozentual mit 17% vor

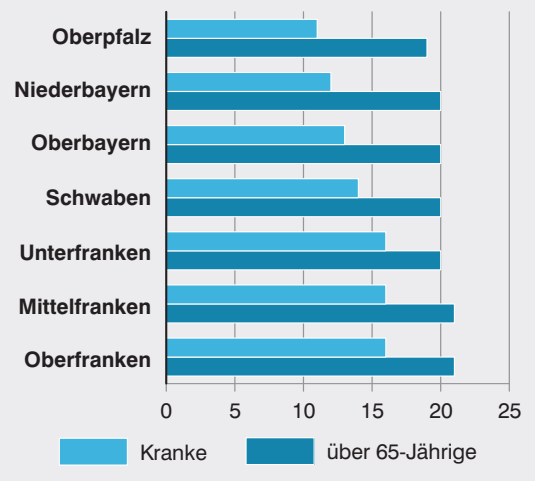
Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Baden-Württemberg (je 16%) die meisten Kranken auf. Der gesamtdeutsche Durchschnitt betrug 15%, im Jahr 1992 lag dieser Wert noch 5 Prozentpunkte niedriger.

Bevölkerung Frankens häufiger krank

Innerhalb Bayerns unterschied sich im Jahr 2013 auf Regierungsebene der Anteil der im Berichtszeitraum erkrankten Personen deutlich (vgl. Abbildung 2).

Während in der Oberpfalz der Krankenstand bei 11% lag, war dieser in Ober-, Unter-, und Mittelfranken mit 16% besonders hoch. Wie man Abbildung 2 entnehmen kann, fällt der Krankenstand im fränkischen Teil Bayerns höher aus als im restlichen Freistaat. Werden in diesem Zusammenhang die Altersklassen betrachtet, fällt auf, dass der Anteil der über 65-Jährigen in den fränkischen Regierungsbezirken ebenfalls – wenn auch nur in geringerem Maße – am höchsten ist.

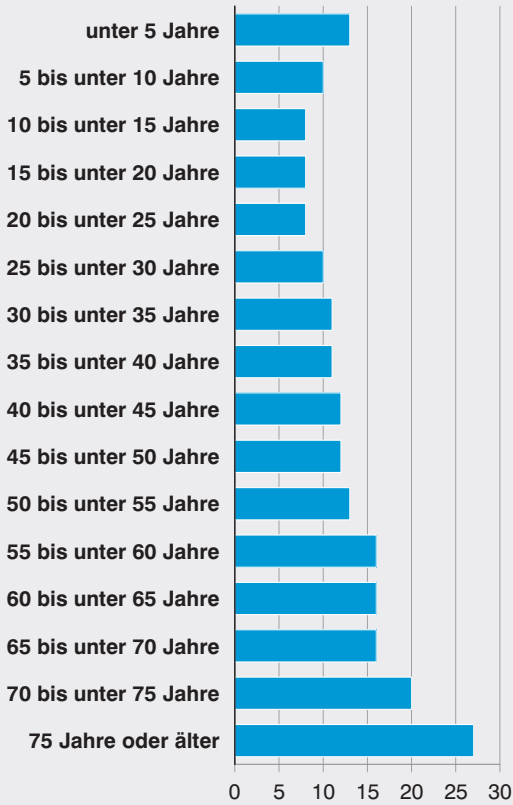
Abb. 2
Anteil der Erkrankten und der Bevölkerung über 65 Jahren in Bayern 2013 nach Regierungsbezirken in Prozent



Alter korreliert mit dem Krankenstand

Generell zeigen die im Rahmen des Mikrozensus 2013 erhobenen Angaben zu Gesundheitsmerkmalen, dass der Krankenstand stark mit dem Alter der jeweiligen Person zusammenhängt. Pauschal kann bei der volljährigen Bevölkerung festgestellt werden, dass eine Person im Berichtszeitraum umso eher krank gewesen ist, je älter sie war (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3
Anteil der Erkrankten in Bayern 2013 nach Altersgruppen
 in Prozent



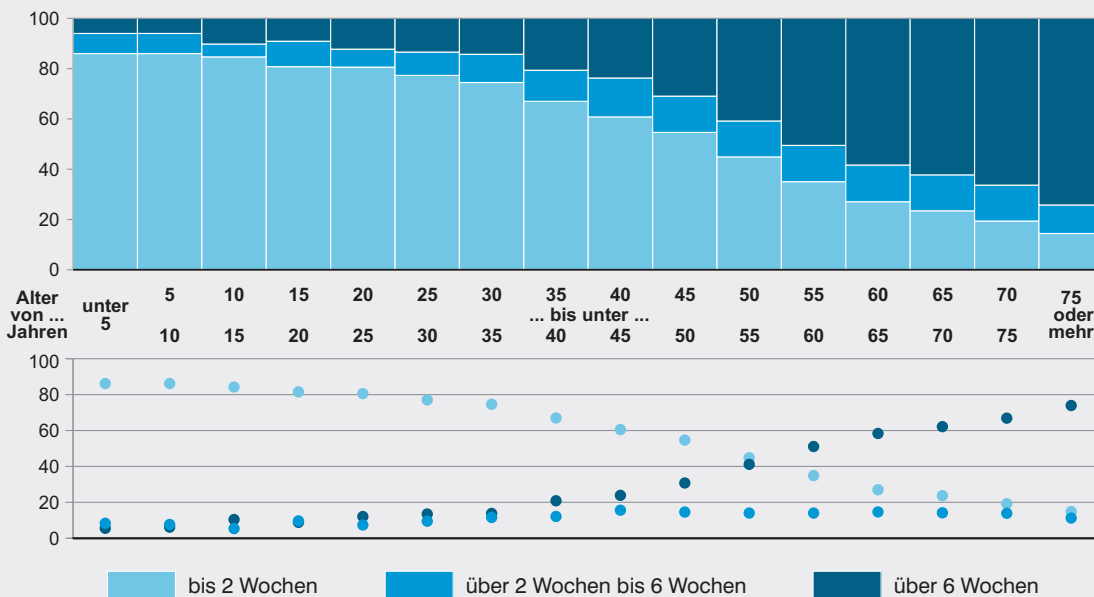
Bei der jüngeren Bevölkerung war der Krankenstand bei den unter Fünfjährigen mit 13% am höchsten. In den darauffolgenden Altersklassen sinkt der Krankenstand kontinuierlich, bis dieser mit 8% in der Altersklasse der 15- bis 20-Jährigen den niedrigsten Wert im Altersvergleich erreicht. Insbesondere ab der Altersklasse der 55- bis 60-Jährigen ist ein klarer Knick nach oben hin zu erkennen (16%). Bei den über 75-Jährigen war im Durchschnitt jeder Vierte (26%) im Berichtszeitraum erkrankt. Dies ist zugleich der höchste Wert der Befragung im Jahr 2013.

Auch die Daten der vorangegangenen Befragungen zeigten einen Zusammenhang bezüglich des Krankenstands und das Alters der Befragten. Es konnte dagegen kein Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und dem relativen Krankenstand festgestellt werden.

Fast ein Drittel seit über einem Jahr erkrankt

Im Jahr 2013 waren 14% der Kranken in Bayern ein bis drei Tage erkrankt, 19% über drei Tage bis zu einer Woche und 12% litten zwischen einer und zwei Wochen an einer Krankheit. Eine längere Krankheitsdauer als zwei Wochen gaben mehr als die Hälfte der Erkrankten an. Hier waren 12% zwischen zwei und

Abb. 4
Anteil der Erkrankungen in Bayern 2013 nach Altersgruppen und Dauer der Erkrankung
 in Prozent



sechs Wochen erkrankt, 11% bis zu einem Jahr und beinahe ein Drittel der Erkrankten (31%) länger als ein Jahr.

Mit zunehmendem Alter steigt nicht nur die Wahrscheinlichkeit an einer Erkrankung zu leiden, sondern es verlängert sich gleichzeitig auch deren Dauer (vgl. Abbildung 4). Während die Krankheitsdauer von zwei bis sechs Wochen in allen Altersklassen annähernd ähnlich oft vertreten ist (Werte zwischen 7% und 15%), zeigen die Daten, dass die Krankheitsdauer von unter zwei Wochen und über sechs Wochen sehr stark mit dem Alter der Personen zusammenhängt. Während Personen unter 15 Jahren zu 85% eine Erkrankungsdauer von maximal zwei Wochen aufwiesen, traf dies bei Personen zwischen 45 und 50 Jahren nur noch auf 53% zu. Personen in der Altersklasse der ab 75-Jährigen waren nur noch zu 14% von kurzzeitigen Krankheiten von bis zu zwei Wochen betroffen, zu 72% dauerte bei ihnen eine Krankheit länger als sechs Wochen an.

Seit 1999 ist die Krankheitsdauer von über sechs Wochen in allen Altersklassen ab 25 Jahren bis zu 22 Prozentpunkte (Altersklasse der 50- bis 55-Jährigen) gesunken. Der Anteil der zwischen zwei und sechs Wochen Erkrankten sank bei den 25- bis 50-Jährigen, während ältere Jahrgänge häufiger als früher von dieser Krankheitsdauer betroffen waren. Gleichzeitig stieg in allen Altersklassen der Anteil der Personen, die lediglich bis zu zwei Wochen erkrankten.

Kranke weniger erwerbstätig

Neben dem Alter gab es noch andere Faktoren, die mit dem Krankenstand korrelierten. So zeigen die Daten, dass Erwerbstätige mit zunehmendem Alter einen geringeren Krankenstand als Nichterwerbspersonen oder Erwerbslose aufzeigten. Dies liegt vor allen Dingen darin begründet, dass eine Erwerbstätigkeit vorwiegend von gesunden Personen ausgeführt wird.

Während Personen zwischen 20 und 35 Jahren unabhängig von einer Erwerbstätigkeit einen Krankenstand von 10% aufwiesen, zeigt sich bei den 35- bis 50-Jährigen, dass die Erwerbstätigen weiterhin einen Krankenstand von 10% hatten, wohingegen der Wert bei den Nichterwerbspersonen und Erwerbslosen mit 20% doppelt so hoch war. Bei den 50- bis 65-Jäh-

rigen ergibt sich ein ähnliches Bild. Hier lag der Krankenstand der Erwerbstätigen bei 12% und bei 22% bei den Nichterwerbspersonen und Erwerbslosen.

Jeder Fünfte in Bayern ist Raucher

Neben Erkrankungen wurden im Rahmen des Zusatzprogramms des Mikrozensus weitere Merkmale erfasst, die mit der Gesundheit in Zusammenhang stehen. Ein weithin sich negativ auf die Gesundheit auswirkendes Verhalten ist das Rauchen. Zu dieser Thematik wurden im Sonderprogramm des Mikrozensus Daten bei Personen ab 15 Jahren erhoben.

In Bayern bezeichnete sich 2013 mehr als jeder Fünfte (22%) als Raucher. Dabei lag der Raucheranteil bei den Männern mit knapp 27% deutlich vor dem der Frauen mit 18%. Das durchschnittliche Alter des Rauchbeginns lag bei knapp 18 Jahren. In Bayern und in Baden-Württemberg (beide 22%) fanden sich die wenigsten Raucher deutschlandweit. Dagegen rauchten in Berlin knapp 29%. Mit jeweils 28% Raucherquote folgten Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen.

Bayernweit waren in Unterfranken mit knapp 20% die wenigsten und in Oberfranken mit 24% die meisten Raucher anzutreffen. Insgesamt bezeichneten sich 3% als gelegentliche und 19% als regelmäßige Raucher, wobei darunter auch etwa 2% starke Raucher zu finden sind (Tabakkonsum von über 20 Zigaretten am Tag). 78% der bayerischen Bevölkerung waren 2013 Nichtraucher. Bayernweit gab es 18% ehemalige Raucher.

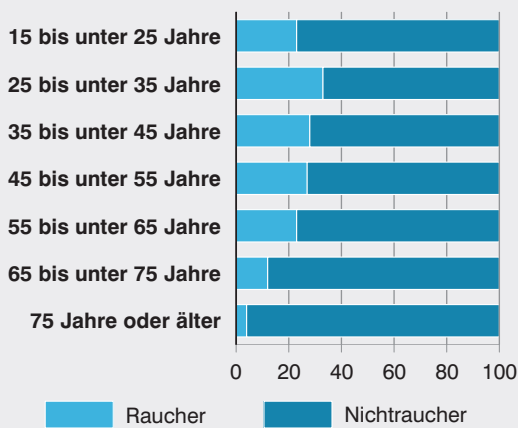
Raucherquote leicht rückläufig

Seit 2003 ist die Raucherquote in Bayern leicht zurückgegangen. Damals rauchten noch 25% der Bevölkerung, 2009 waren es nur noch knapp 24%, im Jahr 2013 wurde mit 22% der vorläufig niedrigste Wert gemessen. Dieser Rückgang zeigt sich bei gelegentlichen, regelmäßigen und starken Rauchern ähnlich ausgeprägt. Inwieweit diese Entwicklung mit den ab dem Jahr 2007 verabschiedeten Nichtraucherschutzgesetzen in Verbindung zu bringen ist, kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Allerdings zeigten die vorangegangenen Erhebungen in den Jahren 1992 bis 2003 eine fast gleichbleibende Raucherquote zwischen 24% und 25%.

Rauchen im Alter unattraktiver

Im Jahr 2013 war der Anteil der Raucher an der Bevölkerung abhängig vom Alter (vgl. Abbildung 5). Während im Jahr 2013 jeder Dritte in Bayern zwischen 25 und 35 Jahren rauchte (33%), fällt dieser Anteil kontinuierlich mit zunehmendem Alter ab. So lag der Anteil der rauchenden Bevölkerung in der Altersklasse der 55- bis 65-Jährigen bei 23% und war demnach genauso hoch wie bei den 15- bis 25-Jährigen. Bei den über 75-Jährigen rauchte dagegen nur noch jeder Fünfundzwanzigste (4%).

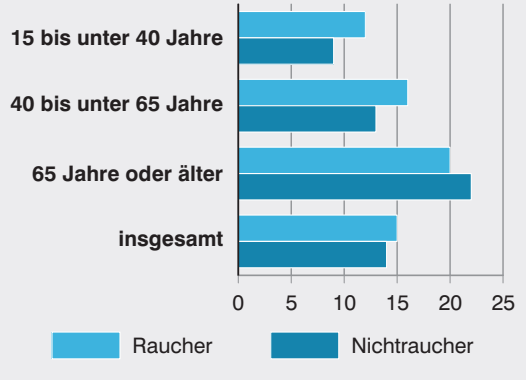
Abb. 5
Anteil der Raucher in Bayern 2013 nach Altersgruppen
in Prozent



Raucher in Bayern im Durchschnitt genauso häufig krank wie Nichtraucher

Der Zusammenhang zwischen Rauchgewohnheiten und dem Anteil der Kranken wurde im Rahmen der Erhebung ebenfalls erfasst. In den Altersklassen der 15- bis unter 40-Jährigen bzw. der 40- bis unter 65-Jährigen wiesen Raucher einen um circa 3 Prozentpunkte höheren Krankenstand als Nichtraucher auf (vgl. Abbildung 6). Bei den Senioren aber zeigte sich, dass der Krankenstand von Rauchern niedriger war als der von Nichtrauchern. Während 22% der Nichtraucher in der Altersklasse der mindestens 65-Jährigen im Berichtszeitraum erkrankt waren, war dies bei den Rauchern nur bei knapp 20% der Fall. Dies ist allerdings nicht nur in der Erhebung von 2013 zu beobachten. Jede der seit 1999 durchgeführten Erhebungen zeigte, dass der Krankenstand der ab 65-jährigen Nichtraucher im Durchschnitt höher als der der Raucher war. Unabhängig vom Alter haben

Abb. 6
Anteil der Erkrankten in Bayern 2013 nach Rauchgewohnheiten und Altersgruppen
in Prozent



Nichtraucher (über 14%) einen fast identisch hohen Krankenstand wie Raucher (knapp 15%).

Bevölkerung Bayerns unter den deutschen Leichtgewichten

Neben dem Rauchen wurden Angaben zu den Körpermaßen, also der Körpergröße (in cm) und dem Gewicht (in kg) erhoben. Die Ergebnisse im Jahr 2013 zeigten, dass die Männer in Bayern im Durchschnitt 178 cm groß sind und ein Gewicht von 83,7 kg aufweisen. Die Frauen waren durchschnittlich 165 cm groß und 67,3 kg schwer. Der Durchschnittsmann zeigte in Deutschland eine Durchschnittsgröße von ebenfalls 178 cm und ein Körpergewicht von 84,3 kg. Durchschnittliche Frauen aus Gesamtdeutschland waren bei gleicher Körpergröße etwas schwerer als die Damen in Bayern (68,4 kg). Die schwersten Deutschen kamen aus Mecklenburg-Vorpommern (Männer 86,2 kg und Frauen 71,0 kg), die dünnsten Männer dagegen aus Berlin (82,8 kg) und die leichtesten Frauen aus Hamburg (66,5 kg). Die Größten fanden sich in Schleswig-Holstein und Hamburg (Männer 180 cm und Frauen 166 cm) wieder. Die Kleinsten dagegen kamen aus dem Saarland und Sachsen mit einer durchschnittlichen Größe der Männer von 177 cm und der Frauen von 164 cm.

Innerhalb Bayerns waren die Unterschiede weniger groß; in allen Regierungsbezirken waren die Männer im Schnitt 178 cm groß und das Gewicht lag zwischen 82,8 (Oberbayern) und 85,4 kg (Oberfranken). Bei den Frauen lag der Unterschied mit 66,2 kg (Oberbayern) und 68,8 kg (Oberfranken) bei nur 2,6 kg.

Bezüglich der Körpergröße waren lediglich die Damen aus Oberbayern mit durchschnittlich 166 cm einen Zentimeter größer als in den restlichen Regierungsbezirken des Freistaates.

Die von den Befragten angegebenen Körpermaße werden mithilfe des Body-Mass-Indexes (BMI) zur Bestimmung von Über- und Untergewicht verwendet (vgl. Infokasten).

So lag der Anteil an untergewichtigen Personen (BMI unter 18,5) in Bayern im Jahr 2013 bei 2%, was auch dem deutschen Mittelwert entspricht. Die Hälfte der Bevölkerung (47%) war normalgewichtig (BMI zwischen 18,5 und 25) und unterschied sich damit kaum vom deutschen Durchschnitt mit 46%. Die meisten Normalgewichtigen fanden sich mit 55% in Hamburg, die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 39%). Dem gegenüber steht der Anteil der Übergewichtigen (BMI zwischen 25 und 30), der mit 36% in Bayern ungefähr dem deutschen Mittelwert von 37% entsprach. In Thüringen und Brandenburg war dieser Wert mit knapp 40% am höchsten, in Hamburg mit 31% am niedrigsten. Einen BMI über 30 und somit ein starkes Übergewicht wies jede siebte Person in Bayern auf (15%). In Hamburg war es dagegen nur jeder Neunte (11%), wohingegen in Mecklenburg-Vorpommern anteilmäßig mit 21% mehr als jeder Fünfte fettleibig war. Männer wiesen in allen Bundesländern im Durchschnitt einen höheren BMI-Wert als Frauen auf.



Body-Mass-Index

Ein international anerkanntes Maß zur Beurteilung von Über- und Untergewicht ist der sogenannte Body-Mass-Index (BMI). Er errechnet sich aus dem Körpergewicht in Kilogramm dividiert durch die Körpergröße in Metern im Quadrat ($BMI = \text{kg}/\text{m}^2$). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem BMI unter 18,5 als untergewichtig, zwischen 18,5 und unter 25 als normalgewichtig und bei einem BMI von 25 bis unter 30 als übergewichtig bzw. ab 30 als stark übergewichtig oder fettleibig ein. Allerdings bleiben das Geschlecht und das Alter bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

Bevölkerung Oberbayerns am schlanksten

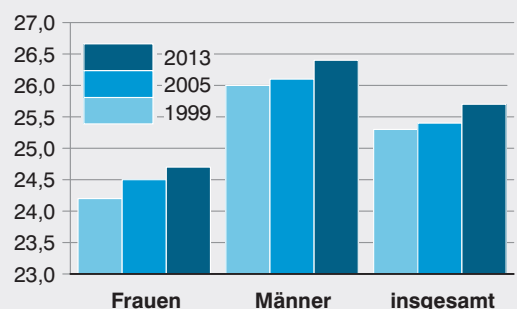
Ähnlich wie bei den Körpermaßen sind beim Body-Mass-Index die Unterschiede zwischen den bayerischen Regierungsbezirken gering. Der durchschnittliche Body-Mass-Index war in Oberbayern mit 25,2 am niedrigsten, während Oberfranken mit einem Wert von 26,3 die Spitze stellte. So lag der Anteil der untergewichtigen Personen in allen Regierungsbezirken zwischen 2% und 3%, der der normalgewichtigen zwischen 41% (Oberfranken) und 51% (Oberbayern). Übergewicht war 2013 am häufigsten in der Oberpfalz zu finden (39%), am seltensten in Oberbayern mit nur 34%. 12% der Oberbayern hatten starkes Übergewicht, während in Oberfranken dagegen knapp 19% zu den Fettleibigen gehörten. Auch innerhalb Bayerns wiesen in allen Regierungsbezirken die Männer einen höheren durchschnittlichen BMI-Wert auf als die Frauen.

Das Gewicht der bayerischen Bevölkerung steigt seit Jahren

Auffallend ist, dass sich die durchschnittliche Körpergröße der Bevölkerung Bayerns seit 1999 mit einem Wachstum von zwei Zentimetern nur geringfügig verändert hat, das Durchschnittsgewicht dagegen verstärkt angestiegen ist. Während die Männer im Jahr 1999 durchschnittlich 80,6 kg wogen, sind dies acht Jahre später 3,1 kg mehr. Bei den Frauen liegt die Differenz des durchschnittlichen Gewichts im selben Zeitraum bei 1,3 kg.

Diese Gewichtszunahme zeigt sich auch bei dem durchschnittlichen Body-Mass-Index (vgl. Abbildung 7). Während dieser in Bayern im Jahr 1999 bei

Abb. 7
Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung in Bayern in den Jahren 1999, 2005 und 2013



Frauen einen Wert von 24,2 und bei Männern einen Wert von 26,0 aufwies, stieg er bis ins Jahr 2013 auf 24,7 bzw. 26,4 an. Insgesamt wuchs der durchschnittliche Body-Mass-Index für die gesamte Bevölkerung Bayerns von 25,3 im Jahr 1999 auf 25,7 im Jahr 2013 an.

Mit dem Alter steigt das Gewicht

Je älter die Personen waren, desto höher war auch deren Gewicht. Der durchschnittliche BMI-Wert lag bei den 18- bis 20-Jährigen bei 22,2. So wächst er bis zur Altersklasse der 40- bis 45-Jährigen auf 25,6 und bei Personen ab 65 Jahren auf 26,7. Diese Gewichtszunahme zeigte sich bei beiden Geschlechtern. 18- bis 20-jährige Männer wiesen einen BMI von 22,8 auf, während dieser bei den mindestens 65-jährigen Herren bei 27,1 liegt. Bei den Damen hatten die 18- bis 20-Jährigen einen durchschnittlichen BMI von 21,3, dieser stieg bis ins Rentenalter auf 26,2 an.

Wird das Geschlecht nach dem Alter und den unterschiedlichen Gewichtsklassen (Untergewicht, Normalgewicht, Übergewicht und Fettleibigkeit) aufgeschlüsselt, werden bei Männern und Frauen im Jahr 2013 unterschiedliche Tendenzen sichtbar (vgl. Ab-

bildungen 8 und 9). Während der prozentuale Anteil der Normalgewichtigen bei den Frauen in allen Altersklassen am häufigsten vertreten war, zeigt sich bei den Männern, dass ab einem Alter zwischen 35 und 40 Jahren der Anteil der Übergewichtigen höher als der der Normalgewichtigen war. Untergewicht findet sich vor allem bei Frauen der jüngeren Jahrgänge. 18- bis 20-jährige junge Frauen waren zu 17% untergewichtig, bei den 25- bis 30-Jährigen sind dies nur noch 7%. Ähnliche Tendenzen zeigte der Anteil der Fettleibigen. Bis ins Renteneinstiegsalter nahm dieser kontinuierlich zu und flacht dann ab (Frauen) oder geht sogar zurück (Männer).

Die Beteiligung am Erwerbsleben sowie der Familienstand zeigten dagegen keinen Zusammenhang mit dem durchschnittlichen Body-Mass-Index.

Übergewichtige sind häufiger krank

Ebenso wie das Rauchen, wird Über- bzw. Untergewicht für eine Reihe von Krankheiten verantwortlich gemacht. So zeigt sich, dass die im Befragungszeitraum erkrankten Personen in Bayern einen höheren durchschnittlichen BMI von 26,5 gegenüber den Nichtkranken von 25,5 über alle Altersklassen hinweg

Abb. 8
Durchschnittlicher Body-Mass-Index (BMI) der erwachsenen Männer in Bayern 2013 nach Altersgruppen
in Prozent

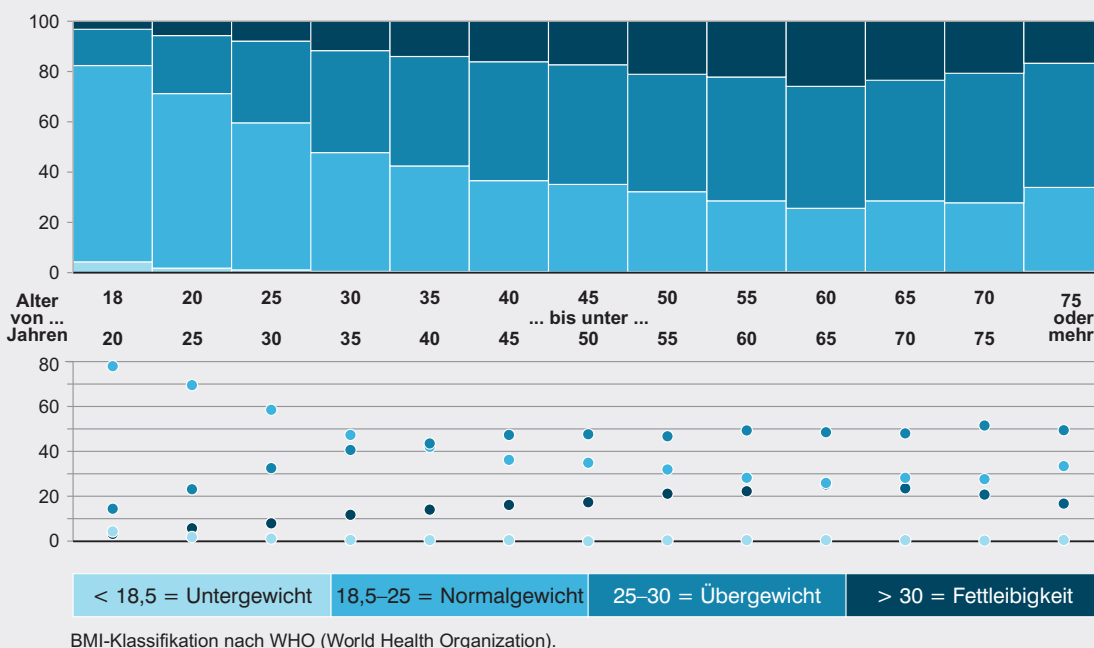
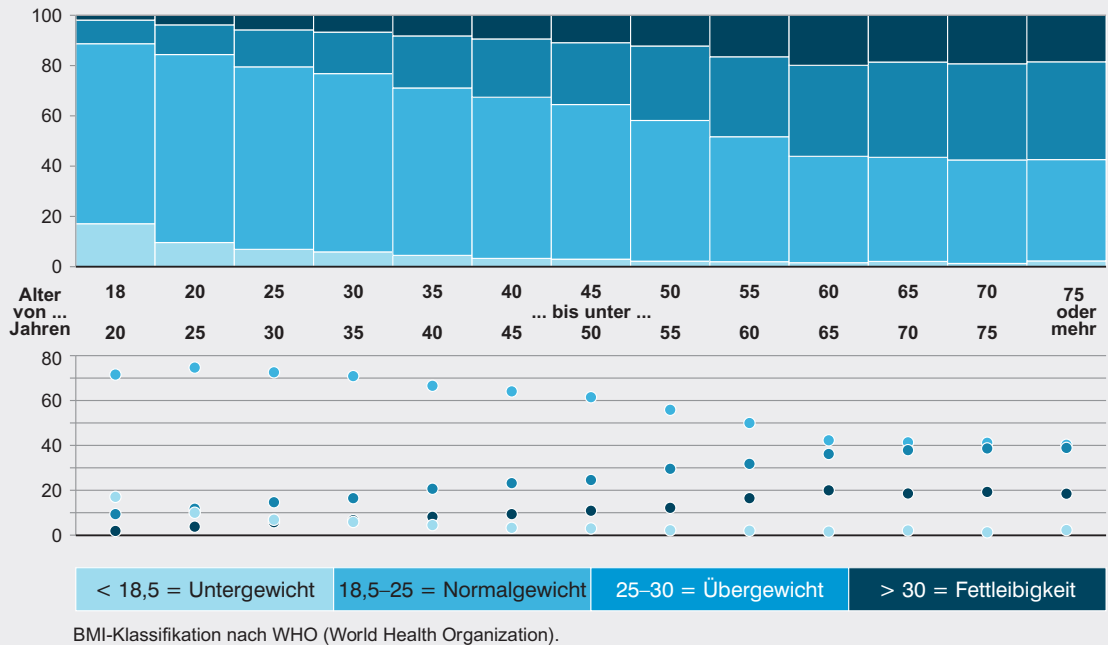


Abb. 9
Durchschnittlicher Body-Mass-Index (BMI) der erwachsenen Frauen in Bayern 2013 nach Altersgruppen
 in Prozent



aufzeigten. Bei den 18- bis 40-Jährigen lag dieser bei 24,6 (Gesunde: 24,0), bei den 40- bis 65-Jährigen bei 27,1 (Gesunde: 26,1) und bei Senioren über 65 Jahren bei 27,1 (Gesunde: 26,6). Insbesondere ein BMI von über 30 scheint ein erhöhtes Krankheitsrisiko mit sich zu bringen. Die von Fettleibigkeit betroffene Bevölkerung stellte 21 % der kranken Bevölkerung, ihre Gesamtzahl entspricht allerdings nur 15% der Gesamtbevölkerung Bayerns. Personen mit Normalgewicht wiesen dagegen mit 40% relativ gesehen an dem Anteil der Gesamtbevölkerung (47%) einen sehr geringen Krankheitsstand auf. Bei leicht Übergewichtigen und Untergewichtigen zeigten sich keine bzw. nur sehr geringe Unterschiede bezüglich des Krankheitsstands. Diese Zahlen wurden auch durch die Daten für Gesamtdeutschland bestätigt.

Fazit

Das im vierjährigen Turnus stattfindende Zusatzprogramm bietet einen Einblick, wie es um die Gesundheit der bayerischen Bevölkerung bestellt ist. Es

zeigte sich, dass sie weniger dem Glimmstängel verfallen war als noch vor einigen Jahren. Nie war das Rauchen so unattraktiv wie 2013, nur 2% der bayerischen Bevölkerung gaben an, starke Raucher zu sein. Gleichzeitig wurde im Zeitverlauf immer weniger auf das Gewicht geachtet. Eine durchschnittliche in Bayern lebende Person ist zwar seit 1999 um durchschnittlich zwei Zentimeter gewachsen, hat aber im selben Zeitraum 2,4 Kilogramm an Gewicht zugenommen und so den durchschnittlichen BMI auf einen Wert von 25,7 erhöht. In den Daten des Mikrozensus zeigte sich, dass das Gewicht – anders als das Rauchen – mit dem Krankenstand zusammenhängt. Kranke waren im Jahr 2013 häufiger übergewichtig als gesunde Personen.

Dem vierjährigen Turnus folgend, werden im Rahmen des Mikrozensus im Jahr 2017 erneut die Angaben zu Gesundheitsmerkmalen erhoben. Es bleibt abzuwarten, ob die genannten Entwicklungen und Tendenzen auch in Zukunft bestätigt werden.

Wo bleibt mein Geld? Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Bayern im Jahr 2013

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Dr. Christina Wübbecke

„Wo bleibt mein Geld?“ Unter diesem Motto wurde die Bevölkerung vor rund drei Jahren zur Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013 aufgerufen. Inzwischen liegen die Ergebnisse vor und geben Antwort auf die aufgeworfene Frage. Der vorliegende Beitrag stellt Befunde zu den Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in Bayern vor. Datengrundlage bilden die insgesamt 8 402 auswertbaren Haushaltsbücher, die bayrische Haushalte über jeweils ein Quartal hinweg für die EVS geführt haben. Aus ihnen geht u. a. hervor, dass die Haushalte in Bayern im Jahr 2013 über ein durchschnittliches Nettoeinkommen von monatlich 3 552 Euro verfügten, das waren rund 400 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt. Hinter dem allgemein hohen Einkommensniveau verbirgt sich allerdings eine erhebliche Spannweite der materiellen Lebensverhältnisse. So war die Streuung des Nettoeinkommens relativ groß und hatte ihren Schwerpunkt in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung. Auch das Niveau und die Struktur der Ausgaben unterschieden sich zwischen einzelnen sozialen Gruppen teils erheblich: Während Alleinlebende mit einem Nettoeinkommen bis 2 000 Euro monatlich mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse „Wohnen, Bekleidung und Ernährung“ aufwendeten, machten diese Ausgaben bei Alleinlebenden in der höchsten Einkommensklasse (5 000 bis unter 18 000 Euro) nur 21 % aus. Während erstere entsparten, legten letztere monatlich 2 440 Euro oder 35 % ihres verfügbaren Einkommens als Nettoersparnis zurück. Auf die Frage „Wo bleibt mein Geld?“ gibt die EVS insgesamt sehr differenzierte Antworten.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Überblick

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist die wichtigste Datenquelle, wenn es um Analysen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland geht. Sie wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder alle fünf Jahre durchgeführt und speist sich aus den freiwilligen Angaben von rund 60 000 Haushalten, das sind etwa 0,2% aller privaten Haushalte in Deutschland. Damit ist sie die größte Haushaltsbudgeterhebung in der Europäischen Union. Sie ermöglicht Einblicke in die Einkommens-, Vermögens- und Schuldenverhältnisse, die Wohnsituation, den Lebensstandard und das Konsum- und Sparverhalten der Bevölkerung. Auf ihrer Basis wird u. a. der Regelsatz für Grundsicherungsleistungen wie das Arbeitslosengeld II berechnet und das Wägungsschema für den

Verbraucherpreisindex bestimmt. Ihre Daten fließen zudem in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein und bilden darüber hinaus eine wichtige Grundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung.

Die EVS basiert auf einer Quotenstichprobe, deren Quotenplan darauf abzielt, alle Bevölkerungsschichten in ausreichendem Umfang zu berücksichtigen.¹ Nur drei Gruppen werden systematisch ausgeschlossen: (1) Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten (z. B. Alten- und Pflegeheimen), da diese nicht in einem privaten Haushalt leben, (2) Obdachlose und (3) Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro oder mehr, da hier die erreichbaren Fallzahlen zu gering wären. Eine Folge dieser Beschränkung ist, dass das Ausmaß der materiellen Ungleichheit in

¹ Quotierungsmerkmale sind der Haushaltstyp, die soziale Stellung der Haupteinkommensbezieherin bzw. des Haupteinkommensbeziehers und das Haushaltsnettoeinkommen.

Deutschland auf Basis der EVS systematisch unterschätzt wird (vgl. auch Böhnke/Delhey 1999, S. 6). In dieselbe Richtung wirken zudem weitere Selektionseffekte, die aus der unterschiedlichen Erreichbarkeit und Teilnahmebereitschaft verschiedener sozialer Gruppen resultieren: Überproportional hohe Ausfälle zeigen sich regelmäßig bei sozial benachteiligten Gruppen wie den Arbeitslosen sowie generell bei Personen mit geringer Bildung; ebenso aber auch bei beruflich stark beanspruchten Gruppen wie den Selbstständigen und Führungskräften. Somit häufen sich Ausfälle oft an den beiden Enden der Einkommensverteilung. Dieses Problem wird auch unter dem Begriff des „Mittelschichtsbias“ diskutiert und dürfte sich bei der EVS aufgrund ihrer hohen Befragungslast und der Sensibilität der Fragen in besonderer Weise stellen (vgl. Christoph et al. 2014, S. 420; vgl. dazu ausführlich auch Schnell 1997, S. 202–209).

Jeder Haushalt, der an der EVS teilnimmt, führt drei Monate lang ein Haushaltsbuch, in dem die Einnahmen und Ausgaben aller Haushaltsmitglieder im jeweiligen Quartal aufgezeichnet werden. Außerdem hält jeder fünfte Haushalt zusätzlich seine Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren detailliert in einem sogenannten „Feinaufzeichnungsheft“ fest. Am Anfang des Berichtsjahres machen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerdem allgemeine Angaben zur Zusammensetzung ihres Haushalts, zur Wohnsituation und zur Ausstattung des Haushalts mit langlebigen Gebrauchsgütern. Zudem wird die Vermögens- und Schuldensituation zu Beginn des Berichtsjahres im Heft „Geld- und Sachvermögen“ erfasst. Als Anerkennung für ihre Mühen erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Abschluss der Erhebung eine Geldprämie.

Die Angaben der Haushalte zu ihren Einnahmen und Ausgaben werden nach der sogenannten SEA-Systematik kategorisiert und verschlüsselt. SEA steht für die „Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte“. Sie orientiert sich an der internationalen Klassifikation der Verwendungszwecke und ermöglicht so eine weitgehende internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b, S. 14).

Der vorliegende Beitrag stellt die Einkommens- und Ausgabenstrukturen bayerischer Haushalte auf Basis der EVS 2013 vor.² Er stützt sich auf die auswertbaren Unterlagen von 8 402 Haushalten in Bayern, deren Ergebnisse auf die Grundgesamtheit von rund 5,95 Millionen bayerischen Haushalten hochgerechnet wurden. Vor der Darstellung der Ergebnisse wird im Folgenden kurz darauf eingegangen, warum es einen Erkenntnisgewinn verspricht, bei der Analyse der materiellen Lebenslage von Haushalten sowohl die Einkommen als auch die Ausgaben zu betrachten und diese einander gegenüberzustellen.

Zur Diskrepanz zwischen Einkommen und Ausgaben privater Haushalte

Eher selten geben Haushalte exakt so viel Geld aus, wie sie an Einkommen zur Verfügung haben. Denn die Entscheidung der Haushaltsmitglieder, wieviel Geld sie für welche Zwecke ausgeben, richtet sich zwar nach ihren ökonomischen Ressourcen³, aber auch nach ihrem Bedarf und ihren Präferenzen (vgl. Noll/Weick 2007, S. 2). So spiegeln die Ausgaben privater Haushalte soziale und ökonomische Ungleichheit wie auch unterschiedliche Lebensstile wider (vgl. Noll/Weick 2005, S. 1). Übersteigen die Ausgaben in einer Periode das verfügbare Einkommen, ergibt sich eine „negative Ersparnis“: Haushalte zehren angespartes Vermögen auf oder verschulden sich. Im umgekehrten Fall sparen sie.

Die beiden Mechanismen des Sparens und Entsparens tragen dazu bei, dass die Konsumausgaben privater Haushalte über die Bevölkerung hinweg erheblich gleicher verteilt sind als die Haushaltseinkommen (vgl. Noll/Weick 2007, S. 2 f.). Denn mit steigendem Einkommen sinkt tendenziell derjenige Anteil des Budgets, der für Konsumausgaben verwendet wird, und es wächst derjenige, der gespart wird. In der Gruppe der einkommensarmen Haushalte übersteigen die Konsumausgaben im Durchschnitt sogar die Nettoeinkommen.⁴ Dieses Phänomen des „Overspendings“ einkommensarmer Haushalte tritt in Westdeutschland durchgängig seit 1983 in wachsendem Ausmaß auf, in Ostdeutschland seit 1998.

2 Detaillierte Ergebnisse können dem Statistischen Bericht „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte sowie Aufwendungen für den privaten Konsum in Bayern 2013“ (O24003 201351) entnommen werden (kostenfreier Download unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/; dort die Rubrik „Finanzen und Vermögen privater Haushalte“ wählen).

3 Relevant sind dabei weniger die nominalen Einkommenshöhen als vielmehr das Realeinkommen, das angibt, welche Menge an Waren und Dienstleistungen sich ein Haushalt mit seinem nominalen Einkommen in der jeweiligen Region tatsächlich kaufen kann. Das Realeinkommen berücksichtigt somit die unterschiedliche Kaufkraft des Geldes in den verschiedenen Regionen.

4 Als einkommensarme Haushalte werden in der hier zitierten Studie von Noll/Weick 2007 Haushalte definiert, die über weniger als 50% des mittleren „bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens“ (vgl. Infokasten 1) verfügen. Verwendet wird als mittlerer Wert nicht das arithmetische Mittel, sondern der Median. Er ist derjenige Einkommenswert, der in der Einkommensverteilung genau in der Mitte liegt: 50% der Haushalte verfügen über weniger, 50% über mehr als diesen mittleren Betrag. Im Vergleich zum arithmetischen Mittelwert ist der Median unempfindlich gegen Extremwerte am unteren oder oberen Ende der Einkommensverteilung.

**Infokasten 1: Die Einnahmen privater Haushalte****Haushaltsbruttoeinkommen**

Das Haushaltsbruttoeinkommen umfasst die Einnahmen aller Haushaltsmitglieder aus

- selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit (inklusive Einmalzahlungen),
- Vermögen (Zinsen, Dividenden, Ausschüttungen, Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung, unterstellte Mietzahlungen bei Wohneigentum),
- öffentlichen Transferzahlungen (u. a. Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld I und II, Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Krankengeld, Steuerrückerstattungen, Beihilfen für Beamtinnen und Beamte),
- nichtöffentlichen Transferzahlungen (u. a. Betriebsrenten, Leistungen aus privaten Versicherungen, Unterstützung durch private Haushalte) und
- Untervermietung.

Haushaltsnettoeinkommen

Das Haushaltsnettoeinkommen errechnet sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen,

- abzüglich Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und
- zuzüglich der Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung sowie der Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (auch „verfügbares Einkommen“)

Diese ergeben sich aus dem Haushaltsnettoeinkommen zuzüglich der Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Gebrauchtwagen) und sonstiger Einnahmen (z. B. Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen).

Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Krediten

Dazu gehören

- Einnahmen aus der Auflösung bzw. Verminderung von Sachvermögen (z. B. Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen, von Gold und anderen Edelmetallen oder Privatentnahmen aus dem Verkauf von Betriebsvermögen),
- Einnahmen aus der Auflösung bzw. Verminderung von Geldvermögen (Abhebungen von Spargbüchern, von Termin- und Festgeldkonten, Auszahlungen von Guthaben bei Bausparkassen, Verkauf von Wertpapieren, Geschäfts- und Genossenschaftsanteilen, laufende Einnahmen aus privaten Lebens- und Rentenversicherungen, einmalige und unregelmäßige Einnahmen aus Lebens-, Ausbildungs-, Aussteuer- und Sterbegeldversicherungen sowie Einnahmen aus der Rückzahlung von an Dritte ausgeliehenen Geldern) und
- Einnahmen aus Kreditaufnahme (Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Baudarlehen zur Finanzierung von Haus- und Grundbesitz sowie Aufnahme von Raten- bzw. Konsumentenkrediten).

Gesamteinnahmen

Die Gesamteinnahmen ergeben sich als Summe aus

- Haushaltsbruttoeinkommen,
- Arbeitgeberzuschüssen zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung,
- Zuschüssen der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung,
- Einnahmen aus dem Verkauf von Waren,
- sonstigen Einnahmen und
- Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Krediten.

Sie entsprechen bei fehlerfreier Erfassung den Gesamtausgaben eines Haushalts (vgl. Infokasten 3).

Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (auch „Nettoäquivalenzeinkommen“)

Das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das es ermöglicht, die Einkommenssituationen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung miteinander zu vergleichen. Dabei wird das Haushaltsnettoeinkommen nicht einfach durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern jedes Mitglied geht mit einem bestimmten „Bedarfsgewicht“ in den Nenner ein. Nach der häufig verwendeten „neuen OECD-Skala“ wird z. B. das erste erwachsene Haushaltsmitglied mit dem Faktor 1,0 berücksichtigt, jedes weitere Mitglied ab 15 Jahren mit 0,5 und Kinder unter 15 Jahren jeweils mit 0,3. Auf diese Weise soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die allgemeinen Lebenshaltungskosten mit wachsender Anzahl der Haushaltsmitglieder nur unterproportional ansteigen.

Overspending kann als Indiz für eine angespannte finanzielle Lage betroffener Haushalte interpretiert werden, insbesondere, wenn weitere Indikatoren materiell schwieriger Lebensumstände hinzutreten, wie ein geringes „bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen“ (vgl. Infokasten 1) oder ein überproportional hoher Anteil derjenigen Ausgaben am Haushaltsbudget, die auf die Deckung der Grundbedürfnisse „Ernährung, Bekleidung und Wohnen“ entfallen. Auch wenn Overspending in diesem Kontext auf finanzielle Probleme hinweist, kann es Haushalten nach einem Einkommensrückgang ermöglichen, wichtige Bedarfe und Bedürfnisse zumindest vorübergehend weiterhin zu decken (vgl. Christoph et al. 2014, S. 434). Tendenziell ist daher das Ausmaß der materiellen Entbehrungen („Deprivation“) für jene einkommensarmen Haushalte höher, die nicht in der Lage sind, mehr als ihr verfügbares Einkommen auszugeben. Bei diesen Haushalten kann vermutet werden, dass sie sich bereits seit längerer Zeit in einer prekären finanziellen Lage befinden (vgl. Noll/Weick 2007, S. 4).

In zeitlicher Hinsicht zeigt sich, dass die Ausgaben privater Haushalte weniger volatil sind als die Einkommen. Viele Haushalte stabilisieren offenbar ihr Ausgabenniveau bei schwankendem Einkommen durch entsprechend angepasstes Sparen und Entsparen. Dieser Befund deckt sich mit der Hypothese des Ökonomen Milton Friedman, wonach Haushalte ihre Konsumentscheidungen überwiegend nicht an ihrem aktuellen, sondern an dem von ihnen erwarteten durchschnittlichen Haushaltseinkommen der nächsten Jahre („permanent income“) orientieren (vgl. Friedman 1956). Zu beobachten ist, dass Ausgleichsprozesse über Sparen und Entsparen sowohl längerfristig stattfinden – weil in bestimmten Lebensphasen eher gespart und in anderen eher entspart wird – als auch bei kurzfristigen Einkommensschwankungen⁵ (vgl. Christoph et al. 2014, S. 418 sowie die dort zitierte Literatur).

Ein weiterer Grund dafür, warum in Befragungen typischerweise Differenzen zwischen Einkommen und Ausgaben auftreten, dürfte darin liegen, dass Befragte bestimmte Einnahmen vermutlich oft nicht angeben. Dies betrifft insbesondere bedürftigkeitsgeprüfte Sozialleistungen, Einnahmen aus der Schattenwirtschaft oder anderen illegalen Aktivi-

täten: „Während es als beschämend oder unsicher betrachtet werden kann, derartige Einkommen einzuräumen, wird eine Angabe der entsprechenden Ausgaben eher als unverfänglich empfunden“ (vgl. Christoph et al. 2014, S. 419). In diese Richtung weisen auch Studienergebnisse aus den USA, die bezogen auf arme Haushalte auf eine stärkere Untererfassung der Einkommen im Vergleich zu den Ausgaben hindeuten (vgl. Meyer/Sullivan 2003; vgl. auch Noll/Weick 2007, S. 2). Andererseits finden sich in der EVS ebenso Hinweise auf eine lückenhafte Erfassung der Ausgaben. Das betrifft in besonderem Maße unregelmäßige Ausgaben, die Haushalte bei ihren Aufschreibungen häufig vergessen, und „Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, die mit einer hohen Sensibilität einhergehen wie z. B. Ausgaben für alkoholische Getränke, Tabakwaren oder Prostitution“ (vgl. Statistisches Bundesamt 2013, S. 9). Ein Indiz für die Untererfassung von Ausgaben in der EVS ist, dass die Gesamteinnahmen der Haushalte häufig deren Gesamtausgaben übersteigen; wären Einnahmen und Ausgaben lückenlos erfasst, müssten sich beide Beträge exakt entsprechen.⁶

Auch im vorliegenden Beitrag wird auf die Diskrepanz zwischen Einkommen und Ausgaben eingegangen, und zwar im Abschnitt zu den Ausgaben bayerischer Haushalte. Zuvor richtet sich der Blick auf die Haushaltseinnahmen.

Die Einnahmen privater Haushalte Durchschnittlich hohe Einkommen bayerischer Haushalte im Bundesvergleich

Im Jahr 2013 bezogen bayerische Haushalte ein monatliches Bruttoeinkommen von durchschnittlich 4 666 Euro (vgl. Tabelle 1). Von diesem mussten sie im Mittel 12% oder 559 Euro als Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie weitere 13% oder 593 Euro als Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abführen. Zieht man diese Beträge vom Bruttoeinkommen ab und rechnet die Zuschüsse der Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger für die freiwillig oder privat Krankenversicherten von durchschnittlich 38 Euro hinzu, ergibt sich ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 3 552 Euro im Monat. Addiert man zu diesem Betrag wiederum die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Gebrauchtwagen) sowie sonstige Einnahmen (wie Ener-

5 So können Haushalte nach einem Einkommensrückgang ihre Ausgaben in der Regel nicht sofort dem gesunkenen Einkommen anpassen, weil bestimmte Aufwendungen zunächst fix sind (wie z. B. Miete, Nebenkosten, Versicherungen). Umgekehrt behalten Haushalte nach einem Einkommensanstieg ihr bisheriges Ausgabeniveau oft noch eine Zeit lang bei. Das gilt insbesondere, wenn die zukünftige Einkommensentwicklung unsicher ist (z. B. im Falle befristeter Arbeitsverträge oder bei schwankendem Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit).

6 Die Diskrepanz zwischen den Gesamteinnahmen und -ausgaben wird in den veröffentlichten Ergebnistabellen des Statistischen Bundesamts jeweils als „Statistische Differenz“ ausgewiesen (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 Heft 4).

Tab. 1 Monatliche Einnahmen privater Haushalte 2013 – Bayern im Vergleich zum Bundesgebiet

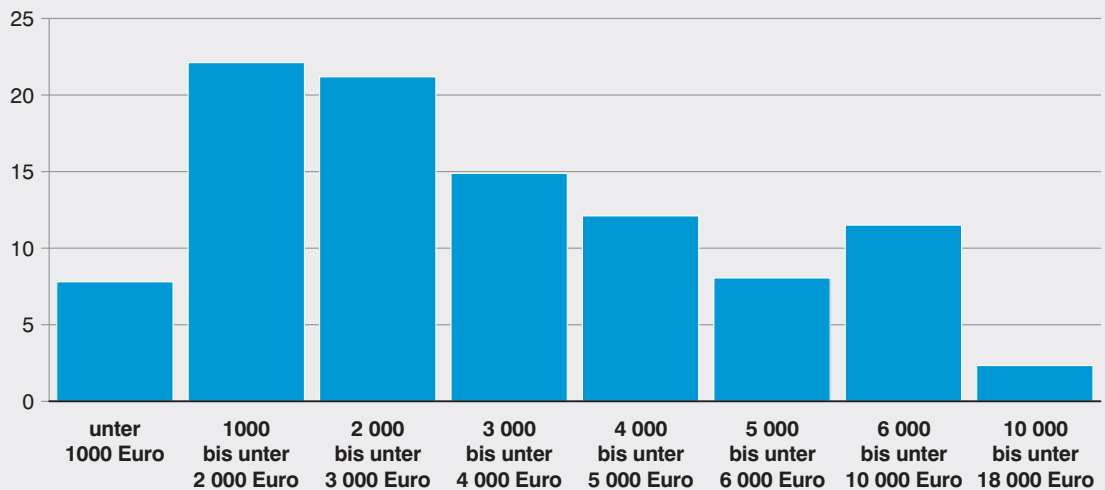
Gegenstand der Nachweisung	Bayern	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	Deutschland
Anzahl der erfassten Haushalte	8 402	40 559	12 931	53 490
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	5 946	30 994	8 332	39 326
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro				
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 656	2 451	1 817	2 316
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	346	291	164	264
Einnahmen aus Vermögen	522	464	235	415
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	884	898	873	893
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	256	218	126	198
Σ Haushaltsbruttoeinkommen	4 666	4 321	3 215	4 086
abzüglich:				
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	559	504	284	458
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	593	553	424	526
zuzüglich:				
Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	33	30	12	26
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	5	4	1	3
= Haushaltsnettoeinkommen	3 552	3 297	2 521	3 132
zuzüglich:				
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	27	26	14	24
Sonstige Einnahmen	21	24	23	24
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (verfügbares Einkommen)	3 600	3 347	2 558	3 180
Anteil am Bruttoeinkommen in Prozent				
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	57	57	57	57
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	7	7	5	6
Einnahmen aus Vermögen	11	11	7	10
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	19	21	27	22
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	5	5	4	5
Σ Haushaltsbruttoeinkommen	100	100	100	100
abzüglich:				
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	12	12	9	11
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	13	13	13	13
zuzüglich:				
Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	1	1	0	1
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	0	0	0	0
= Haushaltsnettoeinkommen	76	76	78	77
zuzüglich:				
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	1	1	0	1
Sonstige Einnahmen	0	1	1	1
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (verfügbares Einkommen)	77	77	80	78

giekostenrückerstattungen), resultiert schließlich ein verfügbares, „ausgabefähiges“ Einkommen von durchschnittlich 3 600 Euro monatlich. Damit liegen die bayerischen Haushalte bei Brutto-, Netto- und verfügbarem Einkommen jeweils über dem Durchschnitt in den alten und sehr deutlich über demjenigen in den neuen Ländern (vgl. Tabelle 1).⁷ Trotz der erheblichen Unterschiede im absoluten Niveau unterscheidet sich Bayern aber nur wenig vom übrigen Bundesgebiet, was die Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens betrifft: Die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle bildet in allen Landesteilen die Erwerbsarbeit, aus der sich in Bayern durchschnittlich 64 % des Haushaltsbruttoeinkommens speisen (rund 3 000 Euro). An zweiter Stelle folgen öffentliche Transferzahlungen, zu denen auch Renten und Pensionen gehören, mit einem Anteil von bayernweit 19 % (884 Euro). Von geringerem Gewicht sind demgegenüber Einnahmen aus Vermögen (522 Euro oder 11 %) sowie Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (zusammen 256 Euro oder 5 %). Mit dieser Struktur entspricht Bayern annähernd

mequelle bildet in allen Landesteilen die Erwerbsarbeit, aus der sich in Bayern durchschnittlich 64 % des Haushaltsbruttoeinkommens speisen (rund 3 000 Euro). An zweiter Stelle folgen öffentliche Transferzahlungen, zu denen auch Renten und Pensionen gehören, mit einem Anteil von bayernweit 19 % (884 Euro). Von geringerem Gewicht sind demgegenüber Einnahmen aus Vermögen (522 Euro oder 11 %) sowie Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (zusammen 256 Euro oder 5 %). Mit dieser Struktur entspricht Bayern annähernd

⁷ Diese Rangfolge zeigt sich auch dann, wenn Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen den Bundesländern berücksichtigt werden. Vgl. dazu die realen durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen nach Bundesländern im Jahr 2012 in: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 2014, S. 45.

Abb. 1
Monatliches Nettoeinkommen bayerischer Haushalte 2013 nach Größenklassen
 in Prozent



dem Muster, das sich auch für Westdeutschland insgesamt zeigt. Hingegen spielen in den neuen Ländern öffentliche Transfers mit einem Anteil von 27% eine größere und Einnahmen aus Vermögen mit einem Anteil von nur 7% eine geringere Rolle. Auch Einkommen aus selbstständiger Arbeit sind etwas weniger bedeutsam als im Westen der Bundesrepublik.

Breite Streuung des Haushaltseinkommens

Hinter den dargestellten arithmetischen Mittelwerten verbirgt sich allerdings eine relativ breite Streuung des Haushaltseinkommens in Bayern. Abbildung 1 veranschaulicht dies anhand des Haushaltsnettoeinkommens. Dabei zeigt sich, dass fast 60% der bayerischen Haushalte das durchschnittliche Nettoeinkommen von 3 552 Euro nicht erreichen. Denn die am stärksten besetzten Einkommensklassen finden sich in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung im Bereich zwischen 1 000 und 3 000 Euro, wo gut 43% der Haushalte angesiedelt sind. Offenbar ziehen also hohe Werte im oberen Einkommensbereich den arithmetischen Mittelwert nach oben (vgl. dazu auch Eisenreich 2015, S. 44 für Baden-Württemberg).

Wesentliche Faktoren, die zu der breiten Streuung des Einkommens beitragen, sind Unterschiede in der Haushaltgröße und in der sozialen Stellung des jeweiligen Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin ("Haupteinkommensperson"), wie im Folgenden gezeigt wird.



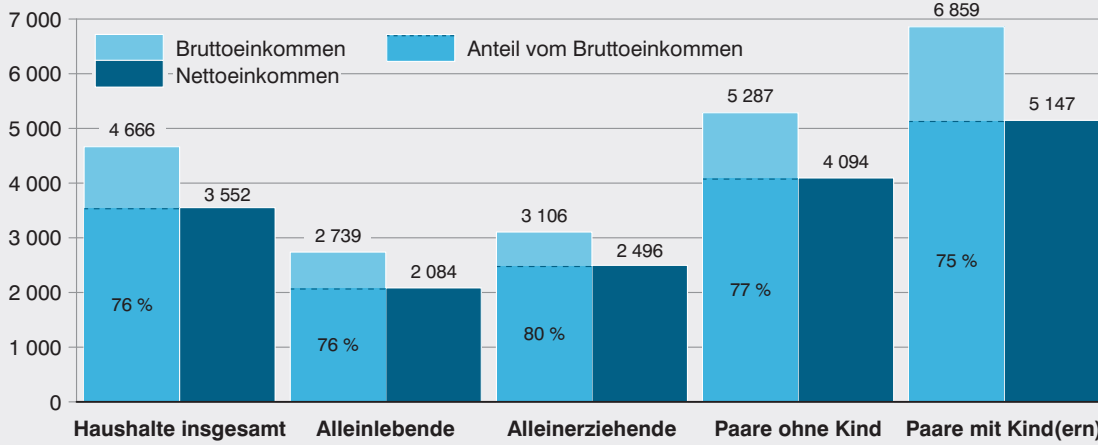
Infokasten 2: Haushaltstypen

Die EVS unterscheidet zwischen Alleinlebenden, Alleinerziehenden, Paaren mit und Paaren ohne Kind(ern) sowie sonstigen Haushalten. Der Begriff „Paare“ umfasst Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften, einschließlich gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder deren (Ehe-)Partnerinnen und Partner. Haushalte, in denen weitere Personen, wie z.B. Schwiegereltern oder volljährige Kinder, leben, werden der Gruppe „sonstige Haushalte“ zugeordnet, die wegen ihrer großen Heterogenität in den vorliegenden Analysen unberücksichtigt bleibt.

Erhebliche Einkommensunterschiede nach Haushaltstyp und sozialer Stellung

Erwartungsgemäß steigt das Haushaltsnettoeinkommen mit der Größe des Haushalts (vgl. Abbildung 2): Alleinlebende Frauen und Männer in Bayern bezogen im Jahr 2013 mit durchschnittlich 2 084 Euro das niedrigste Haushaltsnettoeinkommen. Gut 400 Euro mehr standen im Schnitt den Haushalten Alleinerziehender zur Verfügung, die damit aber nicht nur ihren eigenen, sondern auch den Lebensunterhalt von durchschnittlich 1,4 Kindern finanzierten. Paare ohne Kind kamen im Schnitt auf ein gemeinsames Nettoeinkommen von 4 094 Euro und Paare mit Kind(ern) auf durchschnittlich 5 147 Euro. Den

Abb. 2
Monatliches Brutto- und Nettoeinkommen bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp
 in Euro



letzten genannten Betrag teilten sich neben den beiden Eltern im Schnitt auch 1,8 Kinder (zur Definition des Haushaltstyps vgl. Infokasten 2).

Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen war im Jahr 2013 am geringsten für Alleinerziehende (-20%) und am höchsten für Eltern mit Kind(ern) (-25%; vgl. Abbildung 2). Dass Eltern mit Kind(ern) vergleichsweise hohe gesetzliche Abzüge hatten,

lag an der spezifischen Struktur ihres Einkommens: Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, das relativ stark mit Steuern und Sozialabgaben belastet ist, machte bei ihnen durchschnittlich 66% des gesamten Bruttoeinkommens aus und damit einen wesentlich höheren Anteil als bei den anderen Haushaltstypen (vgl. Abbildung 3). Im Kontrast dazu bezogen Paare ohne Kinder nur 48% ihres Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit. Dafür flossen ih-

Abb. 3
Zusammensetzung des monatlichen Bruttoeinkommens bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp
 in Prozent

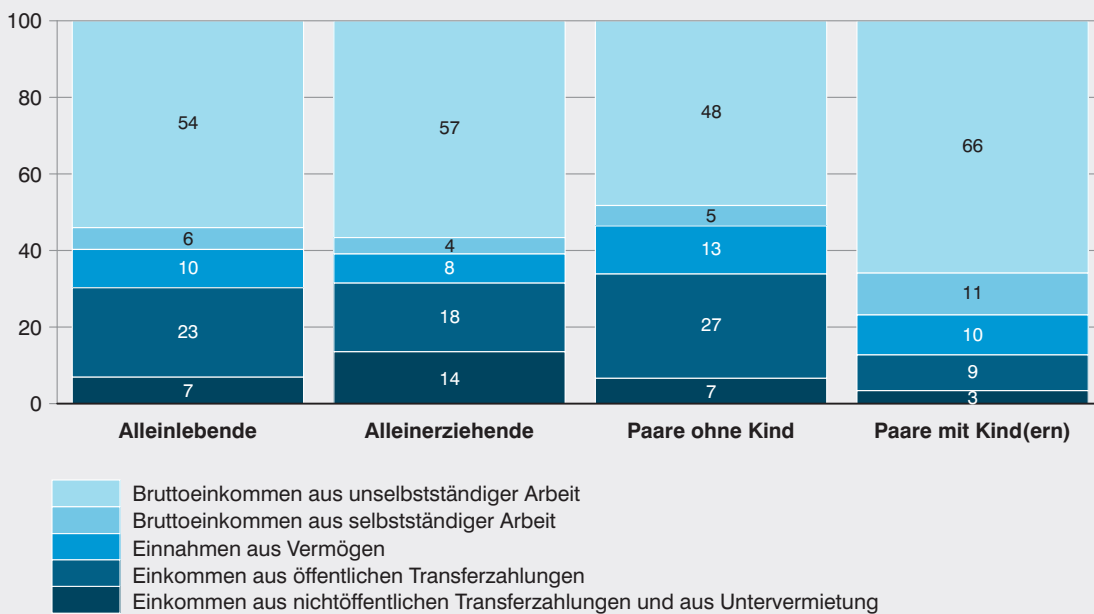
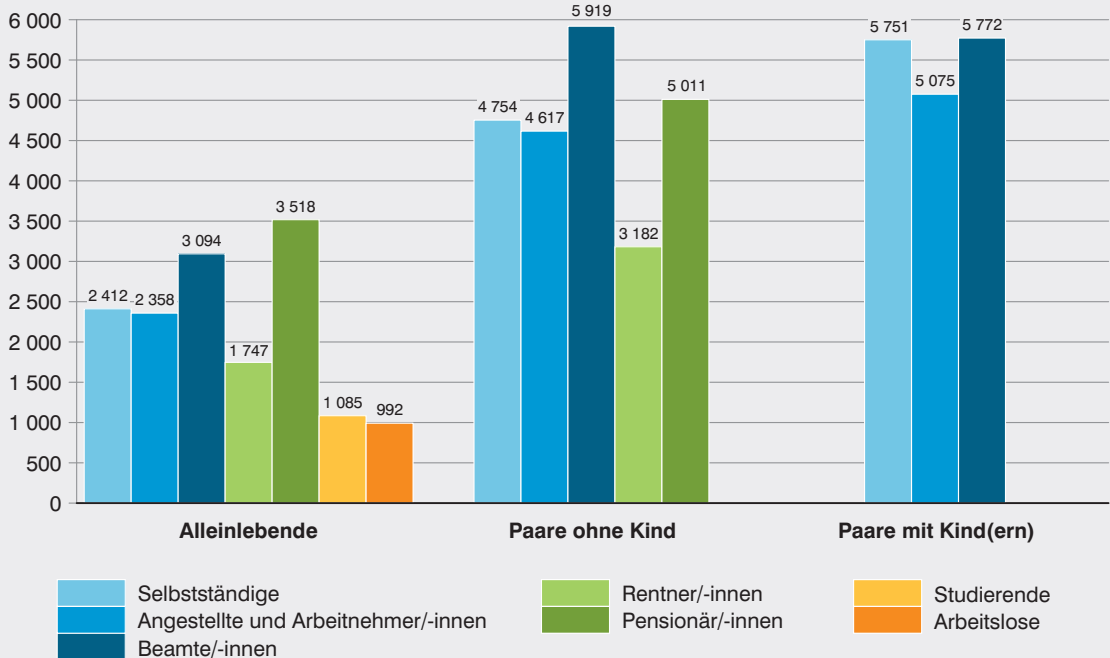


Abb. 4

Monatliches Nettoeinkommen bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp und sozialer Stellung der Haupteinkommensperson in Euro



8 Da in Bayern insgesamt nur 568 Pensionärshaushalte an der EVS 2013 teilgenommen haben, ergeben sich bei einer zusätzlichen Aufgliederung nach dem Haushaltstyp, wie sie hier vorgenommen wird, relativ geringe Fallzahlen für die alleinlebenden und die in Paarhaushalten lebenden Pensionärinnen und Pensionäre. Dasselbe gilt auch für die Haushalte von Arbeitslosen (insgesamt 244), Selbstständigen (insgesamt 446) und Studierenden (insgesamt 207 Haushalte). Die betreffenden Befunde sind daher mit einer höheren Unsicherheit behaftet, verglichen mit den Ergebnissen für die größeren Gruppen der Beamtinnen und Beamten, Angestellten und Arbeiter/-innen sowie Rentnerinnen und Rentner. Da das jeweils ausgewiesene Einkommensniveau dieser kleineren Gruppen in Bayern aber im Wesentlichen auch den Ergebnissen für Gesamtdeutschland entspricht, dürften mögliche Verzerrungen dennoch begrenzt sein.

nen aber mit 27 % deutlich mehr öffentliche Transferzahlungen zu als Paaren mit Kind(ern) (9%). Dieser Befund mag zunächst überraschen, da familienspezifische Sozialleistungen wie Mutterschafts-, Eltern- oder Kindergeld eher ein umgekehrtes Ergebnis hätten erwarten lassen. Der Befund wird aber plausibel, wenn die soziale Stellung des jeweiligen Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin mitbetrachtet wird (vgl. hierzu auch Tabelle 3). Dann zeigt sich, dass in knapp der Hälfte der kinderlosen Paarhaushalte die Haupteinkommensperson zum Befragungszeitpunkt bereits Rente oder Pension bezog – Leistungen, die in der EVS den öffentlichen Transferzahlungen zugeordnet sind. Ebenfalls in knapp der Hälfte dieser Haushalte ging die betreffende Person einer Erwerbstätigkeit nach. Im Gegensatz dazu lag bei Paaren mit Kind(ern) und bei Alleinerziehenden der Anteil der Erwerbstätigenhaushalte bei 98 % bzw. 83 %. Unter den Alleinlebenden war hingegen nur gut die Hälfte erwerbstätig; 35 % waren bereits in Rente oder Pension.

Die soziale Stellung der Haupteinkommensperson bestimmt jedoch nicht nur die Zusammensetzung

des Haushaltseinkommens, sondern vor allem auch dessen Höhe. Abbildung 4 verdeutlicht dies anhand des Nettoeinkommens bayerischer Haushalte. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden nur Haushalte desselben Haushaltstyps einander gegenübergestellt. Dabei zeigt sich, dass unter den Alleinlebenden die Pensionärinnen und Pensionäre mit durchschnittlich 3 518 Euro über das mit Abstand höchste Nettoeinkommen verfügten.⁸ Erst danach folgten die noch aktiven Beamtinnen und Beamten mit einem Nettoeinkommen von im Schnitt 3 094 Euro. Alleinlebenden Selbstständigen standen durchschnittlich 2 412 Euro monatlich zur Verfügung und Angestellten und Arbeiter/-innen 2 358 Euro. Mit den niedrigsten durchschnittlichen Nettoeinkommen mussten schließlich alleinlebende Rentnerinnen und Rentner (1 747 Euro), Studierende (1 085 Euro) und Arbeitslose (992 Euro) wirtschaften. Auch bei den Paarhaushalten ohne Kinder standen die Beamten- und Pensionärshaushalte an der Spitze der Einkommenshierarchie (mit 5 919 bzw. 5 011 Euro). Allerdings waren es hier die Beamtenhaushalte, deren Einkommen das der Pensionärshaushalte im Durchschnitt überstieg. Selbstständigenhaushalte verfügten mit durchschnittlich 4 754

Euro über die dritthöchsten Nettoeinkommen unter den kinderlosen Paaren. Es folgten die Haushalte von Angestellten und Arbeitern/-innen mit 4 617 Euro und

die von Rentnerinnen und Rentnern mit 3 182 Euro.⁹ Bei den Paaren mit Kind(ern) zeigt sich ebenfalls die Rangfolge „Beamtenhaushalte – Selbstständigen-

⁹ Das durchschnittliche Nettoeinkommen kann für Paarhaushalte (mit oder ohne Kinder), dessen Haupteinkommensperson arbeitslos oder Studierende(r) war, wegen zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen werden. Gleiches gilt für die Haushalte von Ruheständlern in der Gruppe der Paare mit Kind(ern).



Infokasten 3: Die Ausgaben privater Haushalte

Die drei Verwendungsmöglichkeiten des verfügbaren Einkommens

Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen fließen nach der Systematik der EVS in drei mögliche Verwendungen (vgl. Finke/Kott 2011, S. 137):

- Ausgaben für den privaten Konsum,
- Ausgaben für nicht-konsumtive Zwecke (auch „übrige Ausgaben“) und
- Ersparnisbildung.

Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen entsprechen der Summe der drei oben genannten Verwendungen.

Private Konsumausgaben

Sie umfassen die Ausgaben für Ernährung, Bekleidung, Wohnen, Innenausstattung und Haushaltsgeräte, Gesundheit, Verkehr, Post und Telekommunikation, Freizeit, Bildung, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie andere Waren und Dienstleistungen. Neben den Ausgaben für Güter und Dienstleistungen sind auch unterstellte („fiktive“) Ausgaben berücksichtigt, z. B. unterstellte Mietzahlungen für selbstgenutztes Wohneigentum.

Übrige Ausgaben

Zu diesen gehören anderweitig nicht genannte „sonstige Steuern“ (z. B. Kfz-, Hunde-, Erbschaft- und Schenkungsteuer), freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL), Versicherungsbeiträge (z. B. Kfz-Versicherung, zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung), sonstige geleistete Übertragungen und Ausgaben (z. B. Geldspenden, Geldgeschenke, Mitgliedsbeiträge, Unterhaltszahlungen), Zinsen für Kredite (einschließlich Überziehungszinsen) und die „statistische Differenz“ (siehe unten).

Ersparnisbildung

In den Tabellen wird jeweils die Nettoersparnis dargestellt. Diese kann auch negative Werte aufweisen.

Die **Bruttoersparnis** der privaten Haushalte ergibt sich aus

- den Ausgaben für die Bildung von Geld- und Sachvermögen,
- zuzüglich der Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung) von Krediten.

Die **Nettoersparnis** der privaten Haushalte resultiert aus

- der Bruttoersparnis,
- abzüglich der Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen und aus Kreditaufnahmen sowie
- abzüglich der Zinszahlungen für Baudarlehen und Konsumentenkredite (einschließlich Überziehungszinsen).

Gesamtausgaben

Sie bilden das Pendant zu den Gesamteinnahmen (vgl. Infokasten 1), denen sie betragsmäßig exakt entsprechen, wenn alle Einnahmen und Ausgaben fehlerfrei erfasst sind.

Sie umfassen

- private Konsumausgaben,
- „andere Ausgaben“, das ist die Summe aus
 - anderweitig nicht genannten „sonstigen Steuern“,
 - freiwilligen Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL),
 - Versicherungsbeiträgen,
 - sonstigen Übertragungen und Ausgaben,
 - Tilgung und Verzinsung von Krediten (einschließlich Überziehungszinsen),
 - Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen und
 - Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen,
- Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

Statistische Differenz

Sie weist die eventuell in den Haushaltsbüchern auftretende Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben aus.

haushalte – Haushalte von Angestellten und Arbeiter/-innen“. Allerdings fällt auf, dass hier die Einkommensunterschiede im Vergleich zu den beiden anderen Haushaltstypen moderater ausfielen. So lagen die durchschnittlichen Nettoeinkommen für die drei genannten Statusgruppen mit 5 772 Euro, 5 751 Euro und 5 075 Euro relativ dicht beieinander.

Die Ausgaben privater Haushalte

Die bedeutsamsten Ausgabenposten: Wohnen und (Geld-)Vermögensbildung

Das verfügbare Einkommen privater Haushalte kann drei Verwendungszwecken zufließen: dem privaten Konsum, nicht-konsumtiven Ausgaben (auch „übrige Ausgaben“ genannt) und der Ersparnisbildung (vgl. Infokasten 3). Im Jahr 2013 gaben bayerische Haushalte im Schnitt 75 % oder 2 691 Euro ihres verfügbaren Einkommens für den privaten Konsum aus, also für Ernährung, Wohnen, Bekleidung, Verkehr und andere Konsumbedürfnisse (vgl. Tabelle 2). Durchschnittlich 13 % oder 463 Euro verwendeten sie für nicht-konsumtive Ausgaben, darunter Versicherungsbeiträge, bestimmte Steuern, Zinszahlungen, Unterhaltszahlungen oder Geldgeschenke. Die übrigen 12 % oder 446 Euro verblieben unter dem Strich für die Ersparnisbildung, genauer: die Nettoersparnis, bei der Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen und aus Kreditaufnahmen sowie Zinszahlungen für Kredite bereits gegenge-rechnet sind.

Innerhalb der *privaten Konsumausgaben* bildeten die Ausgaben für den Bereich „Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung“ den mit Abstand größten Ausgabenposten. Hierfür wendeten bayerische Haushalte durchschnittlich ein Viertel ihres verfügbaren Einkommens oder 913 Euro monatlich auf. An zweiter Stelle stehen die Ausgaben für den Verkehr, die mit durchschnittlich 11 % oder 383 Euro zu Buche schlugen. Fast ebenso viel Geld gaben die Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus (10 % oder 350 Euro). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur zweigten die bayerischen Haushalte 8 % ihres Einkommens oder 290 Euro monatlich ab. Alle anderen Ausgaben machten vergleichsweise geringe Anteile aus: Je 4 % des Einkommens wurden für die Bereiche „Bekleidung und Schuhe“, „Innenausstattung, Haushaltsgeräte und

-gegenstände“, „Gesundheitspflege“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ aufgewendet. Noch kleinere Anteile entfielen auf "Post und Telekommunikation" (2%) und "Bildungsausgaben" (1%).

Die wichtigsten Posten unter den *Ausgaben für Nichtkonsumzwecke* bildeten Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen und Ausgaben (z. B. Vereinsbeiträge, Spenden oder Unterhaltszahlungen), für die jeweils 4 % des verfügbaren Einkommens verwendet wurden.

Die Höhe der *Nettoersparnis* bestimmte sich im Jahr 2013 ganz wesentlich durch Zu- und Abflüsse beim Geldvermögen: 34 % des verfügbaren Einkommens oder 1 220 Euro monatlich flossen in Bayern demnach im Schnitt in die Bildung von Geldvermögen. Dem standen Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen in Höhe von durchschnittlich 1 018 Euro gegenüber. Diese Einnahmen sowie die Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen und aus Kreditaufnahme gelten generell nicht als Bestandteil des verfügbaren Einkommens, sondern treten zu diesem hinzu. Bei einem Teil der Haushalte finanzieren sie die Lücke zwischen dem verfügbaren Einkommen und den Ausgaben – das „Overspending“. Im Durchschnitt aller bayerischen Haushalte lag die Nettoersparnis im Jahr 2013 mit 446 Euro jedoch im positiven Bereich.

Relativ hohe Spar- und niedrige Konsumquote bayerischer Haushalte im Bundesvergleich

Im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet zeigt sich, dass das relativ hohe Einkommensniveau bayerischer Haushalte auch mit deutlichen Unterschieden in der Einkommensverwendung einhergeht. So zählt zu den „ehernen“ ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, dass mit steigendem Einkommen die Konsumquote ab-, die Sparquote zunimmt und ein immer geringerer Anteil des Einkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse „Ernährung, Bekleidung und Wohnen“ aufgewendet wird. Die Gegenüberstellung der Ausgabenstrukturen der Haushalte in Bayern und in den neuen Ländern bestätigt dies. So lag die Konsumquote in Ostdeutschland mit 80 % um 5 Prozentpunkte höher, die Sparquote dagegen mit knapp 8 % rund 5 Prozentpunkte niedriger

als in Bayern (vgl. Tabelle 2). Für die Deckung der Grundbedürfnisse wendeten bayerische Haushalte im Schnitt 39% auf, ostdeutsche Haushalte hingegen 42%. Absolut betrachtet, lagen die Ausgaben der Haushalte in Bayern für den grundlegenden Bedarf dennoch höher, und zwar bei 1 397 Euro gegenüber 1 082 Euro in Ostdeutschland. Der Anteil der „übrigen Ausgaben“ unterschreitet in den neuen Ländern mit 12% nur wenig den Anteil von 13% in Bayern. Die deutlich höhere Konsumquote der Haushalte in den neuen Ländern ging somit vor allem zu Lasten ihrer Sparquote. Die knapperen finanziellen Ressourcen ostdeutscher Haushalte spiegeln sich auch in den einzelnen Komponenten

der Nettoersparnis wider. So lagen insbesondere die Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen und die Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen bei den Haushalten in Ostdeutschland absolut und anteilmäßig wesentlich niedriger als in Bayern, während umgekehrt die Einnahmen aus Konsumentenkrediten für die Haushalte in den neuen Ländern gemessen an ihrem verfügbaren Einkommen eine größere Bedeutung hatten.

Höhere Lebenshaltungskosten Alleinlebender

Auch für die Ausgabenseite gilt, dass sich hinter den Gesamtmittelwerten für Bayern erhebliche Variationen zwischen einzelnen sozialen Gruppen verber-

Tab. 2 Einkommensverwendung privater Haushalte 2013 – Bayern im Vergleich zum Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Bayern	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	Deutschland
Anzahl der erfassten Haushalte	8 402	40 559	12 931	53 490
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	5 946	30 994	8 332	39 326
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro				
1 Private Konsumausgaben	2 691	2 556	2 048	2 448
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	350	347	301	337
Bekleidung und Schuhe	134	125	97	119
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	913	888	684	845
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	1 397	1 360	1 082	1 301
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	142	128	107	124
Gesundheitspflege	128	112	67	102
Verkehr	383	359	278	342
Post und Telekommunikation	68	67	62	66
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	290	267	242	261
Bildungswesen	24	23	17	22
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	148	136	107	130
Andere Waren und Dienstleistungen	112	104	86	100
2 Übrige Ausgaben	463	441	307	413
Sonstige Steuern a. n. g.	15	14	11	13
dar. Kraftfahrzeugsteuer	14	12	10	12
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	13	13	11	12
Versicherungsbeiträge	156	137	100	129
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	25	22	8	19
für Kfz-Versicherung	44	38	31	36
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	155	142	95	132
dar. Geldspenden	11	11	5	10
Zinsen für Kredite ¹	98	100	54	90
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	89	90	44	80
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	9	10	10	10
Statistische Differenz	26	36	37	36
3 Nettoersparnis	446	350	203	319
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	333	247	120	221
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	1 220	985	617	907
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	299	280	180	259
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	(61)	60	22	52
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	1 018	800	515	740
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	229	204	124	187
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	(188)	162	(83)	145
Aufnahme von Konsumentenkrediten	41	42	40	42
- Zinsen für Kredite ¹	98	100	54	90
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (Summe aus 1-3)	3 600	3 347	2 558	3 180

¹ Einschließlich Überziehungszinsen.

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

Noch: Tab. 2 Einkommensverwendung privater Haushalte 2013 – Bayern im Vergleich zum Bundesgebiet				
Gegenstand der Nachweisung	Bayern	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	Deutschland
Anteil an den ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent				
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	75	76	80	77
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	10	10	12	11
Bekleidung und Schuhe	4	4	4	4
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	25	27	27	27
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	39	41	42	41
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	4	4	4	4
Gesundheitspflege	4	3	3	3
Verkehr	11	11	11	11
Post und Telekommunikation	2	2	2	2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	8	8	9	8
Bildungswesen	1	1	1	1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4	4	4	4
Andere Waren und Dienstleistungen	3	3	3	3
2 Übrige Ausgaben	13	13	12	13
Sonstige Steuern a. n. g.	0	0	0	0
dar. Kraftfahrzeugsteuer	0	0	0	0
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	0	0	0	0
Versicherungsbeiträge	4	4	4	4
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	1	1	0	1
für Kfz-Versicherung	1	1	1	1
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	4	4	4	4
dar. Geldspenden	0	0	0	0
Zinsen für Kredite ¹	3	3	2	3
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	2	3	2	3
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	0	0	0	0
Statistische Differenz	1	1	1	1
3 Nettoersparnis - Sparquote	12	10	8	10
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	9	7	5	7
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	34	29	24	29
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	8	8	7	8
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	2	2	1	2
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	28	24	20	23
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	6	6	5	6
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	5	5	3	5
Aufnahme von Konsumentenkrediten	1	1	2	1
- Zinsen für Kredite ¹	3	3	2	3
Ausgabenfähige Einkommen und Einnahmen (Summe aus 1-3)	100	100	100	100

¹ Einschließlich Überziehungszinsen.

gen. Betrachtet man als soziales Unterscheidungskriterium zunächst den Haushaltstyp, so zeigt sich, dass Haushalte sehr unterschiedlich stark mit den Kosten für die Deckung des Grundbedarfs belastet sind, je nachdem, ob ihre Mitglieder alleine leben oder die Kostenvorteile von Mehrpersonenhaushalten nutzen können. Denn viele Ausgaben für den Lebensunterhalt steigen mit zunehmender Haushaltgröße nur unterproportional an. Diese Kostendegression macht sich besonders bei den Wohn- und Energiekosten bemerkbar, betrifft aber z. B. ebenso die Ausstattung mit bestimmten Haushaltsgeräten wie Waschmaschine oder Herd oder die Ausgaben für Ernährung. Die Kostenersparnisse von Mehrpersonenhaushalten spiegeln sich auch in den Daten der EVS wider: Während Alleinlebende in

Bayern im Jahr 2013 durchschnittlich 932 Euro pro Monat für Ernährung, Bekleidung und Wohnen aufwendeten, bezifferten sich die (ungewichteten) Pro-Kopf-Ausgaben dafür bei kinderlosen Paarhaushalten auf 776 Euro und bei Paaren mit Kind(ern) auf 492 Euro (vgl. Tabelle 3). In dem zuletzt genannten Betrag schlägt sich dabei neben dem Effekt der Kostendegression auch der typischerweise geringere Bedarf von Kindern im Vergleich zu Erwachsenen nieder. Gemessen am verfügbaren Einkommen machten die Posten „Ernährung“, „Bekleidung“ und „Wohnen“ für Alleinlebende 44%, für Paare ohne Kinder 37% und für Paare mit Kind(ern) 36% aus. Deutliche Unterschiede zwischen diesen drei Haushaltstypen zeigen sich auch hinsichtlich der generellen Aufteilung des Einkommens zwischen pri-

vatem Konsum und Ersparnisbildung. So betrug die Konsumquote für Alleinlebende 81 %, für kinderlose Paarhaushalte 75 % und für Paare mit Kind(ern) 71 %. Als Kehrseite ergeben sich für diese drei Gruppen Sparquoten von 7 %, 10 % und 17 %. Ein näherer Blick auf die Ersparnisbildung zeigt, dass Paare mit Kind(ern) vergleichsweise hohe Anteile ihres Einkommens in die Bildung von Sachvermögen und die Rückzahlung von Krediten investieren. Vermutlich handelt es sich dabei in erster Linie um Investitionen in „die eigenen vier Wände“.

Höchste Konsumquote, aber geringster Pro-Kopf-Verbrauch – die spezifische Lage Alleinerziehender

Die Ausgabenstruktur der Haushalte Alleinerziehender lassen deren relativ enge finanzielle Spielräume deutlich erkennen: Obwohl bayerische Haushalte dieses Typs im Jahr 2013 durchschnittlich nur 524 Euro pro Kopf (ungewichtet) für die Deckung des Grundbedarfs aufwendeten, machten diese Ausgaben im Schnitt 50% ihres verfügbaren Einkommens aus und damit deutlich mehr als bei den anderen Haushaltstypen. Zum Vergleich: Bei Paarhaushalten

Tab. 3 Einkommensverwendung bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp

Gegenstand der Nachweisung	Alleinlebende	Alleinerziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
Anzahl der erfassten Haushalte	2 885	256	2 767	1 361
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	2 386	179	1 637	902
dar. Haushalte von Erwerbstätigen	54 %	83 %	48 %	98 %
Haushalte von Pensionären/-innen und Rentnern/-innen	35 %	/	48 %	/
Personen je Haushalt im Durchschnitt	1,0	2,4	2,0	3,8
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro				
1 Private Konsumausgaben	1 704	2 197	3 100	3 738
Pro-Kopf-Ausgaben für den privaten Konsum (ungewichtet)	1 704	915	1 550	984
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	202	318	400	506
Bekleidung und Schuhe	73	130	140	220
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	657	809	1 012	1 145
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	932	1 257	1 552	1 871
Pro-Kopf-Ausgaben für Grundbedürfnisse (ungewichtet)	932	524	776	492
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	76	97	173	213
Gesundheitspflege	75	73	205	127
Verkehr	214	242	423	610
Post und Telekommunikation	51	67	67	89
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	175	228	359	416
Bildungswesen	10	38	9	67
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	95	82	188	189
Andere Waren und Dienstleistungen	77	113	123	157
2 Übrige Ausgaben	252	196	625	581
Sonstige Steuern a. n. g.	9	(8)	18	19
dar. Kraftfahrzeugsteuer	7	(7)	17	18
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	8	(10)	11	21
Versicherungsbeiträge	85	95	174	235
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	14	(15)	39	24
für Kfz-Versicherung	24	(30)	46	58
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	124	61	223	117
dar. Geldspenden	9	(3)	16	11
Zinsen für Kredite ¹	41	57	94	230
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	34	(48)	86	217
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	7	(9)	8	13
Statistische Differenz	- 15	- 35	106	- 41
3 Nettoersparnis	158	144	422	913
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	156	/	352	870
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	753	503	1 634	1 585
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	139	179	294	642
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	(93)	/	(51)	/
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	644	(352)	1 470	1 328
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	(110)	/	(244)	(603)
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	/	-	(210)	/
Aufnahme von Konsumentenkrediten	(19)	/	(34)	(50)
- Zinsen für Kredite ¹	41	57	94	230
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen				
(Summe aus 1-3)	2 114	2 536	4 147	5 232

1 Einschließlich Überziehungszinsen.

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

- = Nichts vorhanden.

Noch: Tab. 3 Einkommensverwendung bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp				
Gegenstand der Nachweisung	Allein- lebende	Allein- erziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
Anteil an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent				
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	81	87	75	71
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	10	13	10	10
Bekleidung und Schuhe	3	5	3	4
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	31	32	24	22
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	44	50	37	36
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	4	4	4	4
Gesundheitspflege	4	3	5	2
Verkehr	10	10	10	12
Post und Telekommunikation	2	3	2	2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	8	9	9	8
Bildungswesen	0	1	0	1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4	3	5	4
Andere Waren und Dienstleistungen	4	4	3	3
2 Übrige Ausgaben	12	8	15	11
Sonstige Steuern a. n. g.	0	0	0	0
dar. Kraftfahrzeugsteuer	0	0	0	0
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	0	0	0	0
Versicherungsbeiträge	4	4	4	4
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	1	1	1	0
für Kfz-Versicherung	1	1	1	1
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	6	2	5	2
dar. Geldspenden	0	0	0	0
Zinsen für Kredite ¹	2	2	2	4
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	2	2	2	4
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	0	0	0	0
Statistische Differenz	-1	-1	3	-1
3 Nettoersparnis - Sparquote	7	6	10	17
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	7	/	8	17
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	36	20	39	30
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	7	7	7	12
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	4	/	1	/
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	30	14	35	25
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	5	/	6	12
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	/	-	5	/
Aufnahme von Konsumentenkrediten	1	/	1	1
- Zinsen für Kredite ¹	2	2	2	4
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen				
(Summe aus 1-3)	100	100	100	100

¹ Einschließlich Überziehungszinsen.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

- = Nichts vorhanden.

mit Kind(ern) flossen nur 36% in die Sicherung des Grundbedarfs. Dasselbe gilt für die privaten Konsumausgaben insgesamt: Mit nur 915 Euro war der Pro-Kopf-Verbrauch bei den Alleinerziehenden unter allen Haushaltstypen am niedrigsten; gleichzeitig lag ihre Konsumquote aber mit 87% an der Spitze. Dank geringer nicht-konsumtiver Ausgaben erreichten Alleinerziehendenhaushalte dennoch eine Sparquote von 6%. Mit monatlich durchschnittlich 144 Euro sparten sie damit kaum weniger als Alleinlebende (158 Euro). Letztere allerdings befanden sich zu gut einem Drittel bereits in der Ruhestandsphase, in der laut der volkswirtschaftlichen Lebenszyklushypothese typischerweise nicht mehr gespart, sondern entspart wird.

Erhebliche Unterschiede in der Einkommensverwendung Alleinlebender nach der sozialen Stellung

Wie bereits gezeigt wurde, variiert die Höhe des Haushaltseinkommens stark mit der sozialen Stellung der Haupteinkommensperson. Dies lässt Differenzen auch in der Struktur der Einkommensverwendung erwarten. Um diese Unterschiede zu untersuchen, muss die Haushaltsgröße konstant gehalten werden. Daher beschränkt sich die folgende Darstellung auf die Gruppe der Alleinlebenden, weil für sie die Fallzahlen ausreichend hoch und die Ergebnisse auch ohne Umrechnung auf Pro-Kopf-Beträge leicht zu interpretieren sind. In Bezug auf die Konsum- und Sparquote zeigt sich, dass diese offenbar wesentlich von zwei Faktoren beeinflusst wur-

Tab. 4 Einkommensverwendung Alleinlebender in Bayern 2013 nach sozialer Stellung

Gegenstand der Nachweisung	Selbstständige	Angestellte und Arbeiter/-innen	Beamte/-innen	Rentner/-innen	Pensionär/-innen	Studierende	Arbeitslose
Anzahl der erfassten Haushalte	108	1 276	264	771	133	148	143
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	132	1 071	76	747	88	89	140
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro							
1 Private Konsumausgaben	1 926	1 821	2 306	1 558	2 694	1 058	988
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	200	209	213	201	240	138	175
Bekleidung und Schuhe	(54)	93	121	50	78	71	34
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	779	650	701	680	923	410	465
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	979	952	1 035	931	1 241	619	674
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(81)	90	85	64	130	23	31
Gesundheitspflege	(74)	46	208	79	418	17	33
Verkehr	(291)	278	400	130	261	103	70
Post und Telekommunikation	62	59	57	42	51	46	40
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	173	196	245	158	298	98	64
Bildungswesen	/	14	(7)	(2)	/	(29)	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	110	111	170	71	136	81	35
Andere Waren und Dienstleistungen	89	75	99	82	156	42	29
2 Übrige Ausgaben	177	277	317	233	850	7	41
3 Nettoersparnis	326	303	520	- 25	- 8	43	(- 21)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen							
(Summe aus 1-3)	2 428	2 400	3 143	1 765	3 536	1 108	1 009
Anteil an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent							
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	79	76	73	88	76	95	98
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	8	9	7	11	7	12	17
Bekleidung und Schuhe	2	4	4	3	2	6	3
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	32	27	22	39	26	37	46
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	40	40	33	53	35	56	67
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	3	4	3	4	4	2	3
Gesundheitspflege	3	2	7	4	12	2	3
Verkehr	12	12	13	7	7	9	7
Post und Telekommunikation	3	2	2	2	1	4	4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	7	8	8	9	8	9	6
Bildungswesen	/	1	0	0	/	3	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	5	5	5	4	4	7	3
Andere Waren und Dienstleistungen	4	3	3	5	4	4	3
2 Übrige Ausgaben	7	12	10	13	24	1	4
3 Nettoersparnis - Sparquote	13	13	17	- 1	0	4	- 2
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen							
(Summe aus 1-3)	100	100	100	100	100	100	100

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

den: der Höhe des verfügbaren Einkommens und dem Umstand, ob sich eine Person zum Befragungszeitpunkt gerade in der Erwerbs- oder Nacherwerbsphase befand (vgl. Tabelle 4). Was das verfügbare Einkommen betrifft, bildeten unter den Nicht-Ruheständlern Arbeitslose und Studierende mit im Schnitt rund 1 000 Euro bzw. 1 100 Euro den einen Pol und Beamtinnen und Beamte mit durchschnittlich rund 3 100 Euro den anderen Pol der Skala. Während daher bei Ersteren beinahe die gesamten ausgabefähigen Einnahmen in den privaten Konsum flossen und zumindest Arbeitslose im Durchschnitt auch entsparten, gaben Beamtinnen und Beamte weniger als Dreiviertel ihrer verfügbaren Mittel für ihren privaten Verbrauch aus (im Schnitt rund 2 300 Eu-

ro). 520 Euro oder 17% ihres Einkommens legten sie netto im Monat zurück. Im Unterscheid zu den Personen im Erwerbsalter zeigt sich bei den Ruheständlern, dass sie unabhängig von ihrer Einkommenshöhe keine Ersparnisbildung mehr betrieben. Stattdessen flossen bei den Rentenbeziehenden 88% (rund 1 600 Euro) und bei den Pensionsbeziehenden 76% (rund 2 700 Euro) in den privaten Konsum. Pensionärinnen und Pensionäre gaben zudem 24% des Einkommens für nicht-konsumtive Zwecke aus – ein vergleichsweise hoher Anteil. In diese Kategorie fallen u. a. Versicherungsbeiträge (z. B. für eine zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung), Mitgliedsbeiträge, Geldgeschenke und Geldspenden. Zu den auffälligen Ergebnissen ge-

hört auch, dass Selbstständige nur 13% ihres Einkommens für die Bildung von Rücklagen verwendeten und damit gerade einmal so viel wie Angestellte und Arbeiter/-innen. Im Unterschied zu Letzteren fehlt den meisten Selbstständigen jedoch die Absicherung gegen wesentliche Lebensrisiken durch die gesetzliche Sozialversicherung.

Hohe negative Ersparnis im unteren Einkommensbereich

Beim Vergleich unterschiedlicher Nettoeinkommensklassen bestätigt sich für Alleinlebende in Bayern der fundamentale Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe, Konsum- und Sparquote (vgl. Tabelle 5). So sank die Konsumquote bei den Alleinleben-

den von 114% in der untersten Einkommensklasse (unter 900 Euro) auf 49% in der höchsten (5 000 Euro bis 18 000 Euro). Im Einkommensbereich bis 1 300 Euro netto gaben Haushalte dabei jeweils mehr Geld für ihren privaten Konsum aus als sie an Einkommen zur Verfügung hatten („Overspending“). In der nächsthöheren Klasse (1 300 Euro bis 1 500 Euro) floss annähernd das gesamte Einkommen in den privaten Verbrauch. Erst in den darüber liegenden Einkommensgruppen wurde dann ein wachsender Anteil des Einkommens auch für andere Ausgaben zwecke frei. Analog verhielt es sich mit den Ausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse: Während die immerhin 334 000 Alleinlebenden in Bayern, die laut EVS weniger als 900 Euro monat-

Tab. 5 Einkommensverwendung Alleinlebender in Bayern 2013 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Gegenstand der Nachweisung	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... Euro							
	unter 900	900	1 300	1 500	2 000	2 600	3 600	5 000
		bis unter						
		1 300	1 500	2 000	2 600	3 600	5 000	18 000
Anzahl der erfassten Haushalte	320	361	176	498	598	541	263	128
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	334	383	185	463	445	341	154	82
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro								
1 Private Konsumausgaben	850	1 154	1 377	1 605	1 898	2 265	2 884	3 459
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	169	177	194	206	212	223	228	250
Bekleidung und Schuhe	30	43	58	70	95	94	120	132
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	404	496	555	632	724	844	967	1 102
∑ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	603	716	807	908	1 031	1 161	1 315	1 484
Innenausstattung, Haushaltsgeräte u. -gegenstände	25	33	58	58	116	105	129	183
Gesundheitspflege	18	47	43	49	65	112	184	347
Verkehr	47	113	137	191	230	312	604	431
Post und Telekommunikation	36	40	52	52	59	58	59	75
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	58	104	132	180	196	256	303	377
Bildungswesen	(4)	(8)	/	(6)	(10)	(18)	(14)	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	32	51	67	89	105	141	177	255
Andere Waren und Dienstleistungen	29	42	70	72	87	102	99	285
2 Übrige Ausgaben	26	34	115	185	263	408	829	1 105
3 Nettoersparnis	- 132	- 77	- 72	- 24	137	392	527	2 440
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen								
(Summe aus 1-3)	744	1 111	1 420	1 766	2 298	3 064	4 241	7 004
Anteil an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent								
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	114	104	97	91	83	74	68	49
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	23	16	14	12	9	7	5	4
Bekleidung und Schuhe	4	4	4	4	4	3	3	2
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	54	45	39	36	32	28	23	16
∑ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	81	64	57	51	45	38	31	21
Innenausstattung, Haushaltsgeräte u. -gegenstände	3	3	4	3	5	3	3	3
Gesundheitspflege	2	4	3	3	3	4	4	5
Verkehr	6	10	10	11	10	10	14	6
Post und Telekommunikation	5	4	4	3	3	2	1	1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	8	9	9	10	9	8	7	5
Bildungswesen	1	1	/	0	0	1	0	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4	5	5	5	5	5	4	4
Andere Waren und Dienstleistungen	4	4	5	4	4	3	2	4
2 Übrige Ausgaben	3	3	8	10	11	13	20	16
3 Nettoersparnis - Sparquote	- 18	- 7	- 5	- 1	6	13	12	35
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen								
(Summe aus 1-3)	100	100	100	100	100	100	100	100

() = Ausagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

lich zur Verfügung hatten, 81 % ihrer Mittel für Ernährung, Bekleidung und Wohnen ausgaben, waren es bei den 82 000 Haushalten im Bereich der höchsten Einkommen (5 000 Euro bis unter 18 000 Euro) nur noch 21 %. Spiegelbildlich dazu stieg die Sparquote von -18 % in der untersten auf +35 % in der obersten Einkommensklasse. Während Alleinlebende in der untersten Klasse bei einem verfügbaren Einkommen von durchschnittlich 744 Euro im Schnitt 132 Euro monatlich entsparten, legten Angehörige der obersten Klasse bei einem verfügbaren Einkommen von durchschnittlich 7 004 Euro im Schnitt 2 440 Euro im Monat als Nettoersparnis zurück.

Fazit: Erhebliche Heterogenität in Niveau und Struktur der Einnahmen und Ausgaben bayerischer Haushalte

Die Daten der EVS haben vor Augen geführt, wie sehr sich die materiellen Lebensverhältnisse zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (auch) in Bayern voneinander unterscheiden. Trotz des insgesamt hohen Wohlstandsniveaus gibt es eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Haushalten, die bei ihren Ausgaben mit spitzem Stift rechnen müssen und zum Teil Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt mit den verfügbaren Mitteln zu bestreiten. Nicht zuletzt aus diesem Grund bleibt eine genaue Sozialberichterstattung auch auf Basis der EVS wichtig. Die nächste Erhebung findet im Jahr 2018 statt.

Literatur

- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2014), *Leben in Bayern. Bayern und Deutschland im sozialen Vergleich*. München.
- Böhnke, Petra/Delhey, Jan (1999), *Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland*. WZB Discussion Paper FS III 99–408. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Christoph, Bernhard/Pauser, Johannes/Wiemers, Jürgen (2014): *Konsummuster und Konsumarmut von SGB-II-Leistungsempfängern. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*. In: *Schmollers Jahrbuch 4/2014*, S. 415–450.
- Eisenreich, Dirk (2015), *Einkommen und Konsumausgaben privater Haushalte in Baden-Württemberg. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013*. In: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2015*, S. 43–47.
- Finke, Claudia/Kott, Kristina (2011), *6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung*. In: *Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band I. Bundeszentrale für politische Bildung*, S. 131–150.
- Friedman, Milton (1956), *A Theory of the Consumption Function*. Princeton, New York: Princeton University Press.
- Meyer, Bruce D./Sullivan, James X. (2003), *Measuring the Well-Being of the Poor using Income and Consumption*. NBER Working Paper No. 9760. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2005), *Markante Unterschiede in den Verbrauchsstrukturen verschiedener Einkommenspositionen trotz Konvergenz: Analysen zu Ungleichheit und Strukturwandel des Konsums*. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 34*, S. 1–5.
- Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2007), *Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen*. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 37*, S. 1–6.
- Schnell, Rainer (1997), *Nonresponse in Bevölkerungsumfragen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Statistisches Bundesamt (2013), *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufgabe, Methode und Durchführung 2008*. Fachserie 15 Heft 7. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015a), *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2013*. Fachserie 15 Heft 4. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015b), *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum 2013*. Fachserie 15 Heft 5. Wiesbaden.

Ein ausreißerrobuster Algorithmus zum regionalen Vergleich der Gründungsdynamik in Bayern

Dr. Raimund Rödel

Die Zeitreihe einer statistischen Größe spiegelt unmittelbar deren Dynamik wider. Um Zeitreihenentwicklungen regional vergleichen zu können, ist es sinnvoll, die Charakteristika des Zeitreihenverlaufs in einer schnell erkennbaren Maßzahl auszudrücken. Hierfür existiert ein Verfahren von Einwiller & Vullhorst (2015), welches den mit der Varianz gewichteten Anstieg der Regressionsgeraden nutzt. Um diesen Ansatz zu erweitern, wird hier eine Methode vorgestellt, mit der die Phasen eines kontinuierlichen Anstiegs oder Rückgangs zwischen den lokalen Minima und Maxima in einer Zeitreihe detektiert werden. Die Zeitreihendynamik wird danach als Anteil eines am längsten andauernden kontinuierlichen Prozesses einer Zeitreihe erfasst und für regionale Vergleiche zugänglich gemacht. Zudem wurde die Methode ausreißerrobust gestaltet, indem lokale Minima und Maxima übersprungen werden können, wenn diese zu schwach ausgeprägt sind. Anhand von Zeitreihen des Gründungssaldos in den forschungsintensiven Industriebranchen Bayerns, die als Indikator für Innovationsprozesse in einer Region gelten können, werden erste Ergebnisse vorgestellt.

Diagramm und Karte – zwei Blickwinkel auf statistische Daten

Ein Beitrag in „Bayern in Zahlen“, der statistischen Fachzeitschrift Bayerns, ist auch immer ein Blick über die fraglos informationsreichen Veröffentlichungen der Statistischen Monats- und Jahresberichte hinaus. Es wird ein spannendes Thema erwartet, das verständlich aufbereitet und anspruchsvoll illustriert ist. So lassen sich mit Linien- oder Balkendiagrammen zeitliche Entwicklungen grafisch darstellen oder erklären, um welchen Betrag sich eine Angabe gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres verändert hat. Regionale Übersichten lassen sich wiederum besonders gut mit Kartendarstellungen illustrieren. Aber lassen sich beide Blickwinkel auf die statistischen Daten auch kombinieren, gar gleichzeitig anstellen? Eine solche Darstellung müsste den Leser auf besondere Weise an den Inhalt und die Aussage einer ausgewählten statistischen Erhebung heranführen.

Einerseits können stilisierte Liniendiagramme in eine Karte der Regierungsbezirke Bayerns eingefügt

werden. Damit würde es gelingen, die Entwicklung eines längeren Zeitraums vergleichbar zu illustrieren. Für die 7 Regierungsbezirke ist das ein mögliches Unterfangen. Ein Vergleich von 96 stilisierten Liniendiagrammen für die Kreise Bayerns in einer Kartenübersicht indes ist erkennbar schwieriger. Zwar ließe sich für die Darstellung der 96 Kreise wiederum eine Sequenz von Einzelkarten wählen, aber welcher Leser vermag intuitiv einen zeitlichen Verlauf in einer Reihe von mehr als drei Karten zu erkennen? Mit welchen Möglichkeiten können also zeitliche Entwicklungen, die in den 96 Kreisen Bayerns durchaus unterschiedlich verlaufen, vergleichbar dargestellt werden? Wenn diese Fragestellung zunächst abstrakt klingt, dann sollte sie an folgendem interessanten Beispiel zur Entwicklung der technologischen Leistungsfähigkeit in Bayern weiter betrachtet werden.

In der Gewerbeanzeigenstatistik werden anhand der Gewerbemeldungen die Neugründungen erfasst. Parallel zur Zahl der Neugründungen erfasst die Gewerbeanzeigenstatistik die Zahl der vollständigen

Aufgaben. Die Differenz aus den Neugründungen und vollständigen Aufgaben ergibt den Gründungssaldo. Dieser gilt als wichtiger Indikator zum Gründungsgeschehen und lässt insbesondere Aussagen zur Gründungsdynamik zu. Vor dem Hintergrund des Gründungssaldos ist Bayern in Deutschland das Gründerland Nummer eins: Im Jahr 2014 lag der Saldo aus Neugründungen und vollständigen Aufgaben über alle Wirtschaftsbereiche hinweg bei über 13 372, weit höher als in jedem anderen Bundesland. Im Jahr 2015 wurde für Bayern ein Gründungssaldo von immer noch 11 773 mehr Neugründungen gegenüber den vollständigen Aufgaben erfasst.

Veränderungen in der technologischen Leistungsfähigkeit spiegeln sich – neben vielen anderen Indikatoren – auch in der Gründungsdynamik in forschungsintensiven Industriebranchen wider. Zu diesen Branchen zählen jene Wirtschaftszweige, in denen üblicherweise große Investitionen in die Be-

reiche Forschung und Entwicklung (FuE) fließen (vgl. Infokasten 1).

Der jährliche Gründungssaldo gilt als ein Indikator für Innovationsprozesse in einer Region. Bei einem positiven Gründungssaldo lässt sich von einem anwachsenden Bestand an angemeldeten Gewerben sprechen. Dennoch ist der Gründungssaldo an sich zunächst als eine reine Niveaugröße zu verstehen: In Regionen mit einem positiven Gründungssaldo übersteigt die Zahl der Neugründungen in einem Zeitraum die Zahl der vollständigen Aufgaben, bei einem negativen Gründungssaldo überwiegt die Zahl der vollständigen Aufgaben.

Für die Gewerbemeldungen aus den forschungsintensiven Industriebranchen zeigt der Gründungssaldo in Bayern, dass über einen langen Zeitraum deutlich mehr Neugründungen als vollständige Aufgaben beobachtet wurden. Kumuliert für die Jahre 2009 bis 2015 (das ist die letzte Hälfte der zur Verfü-

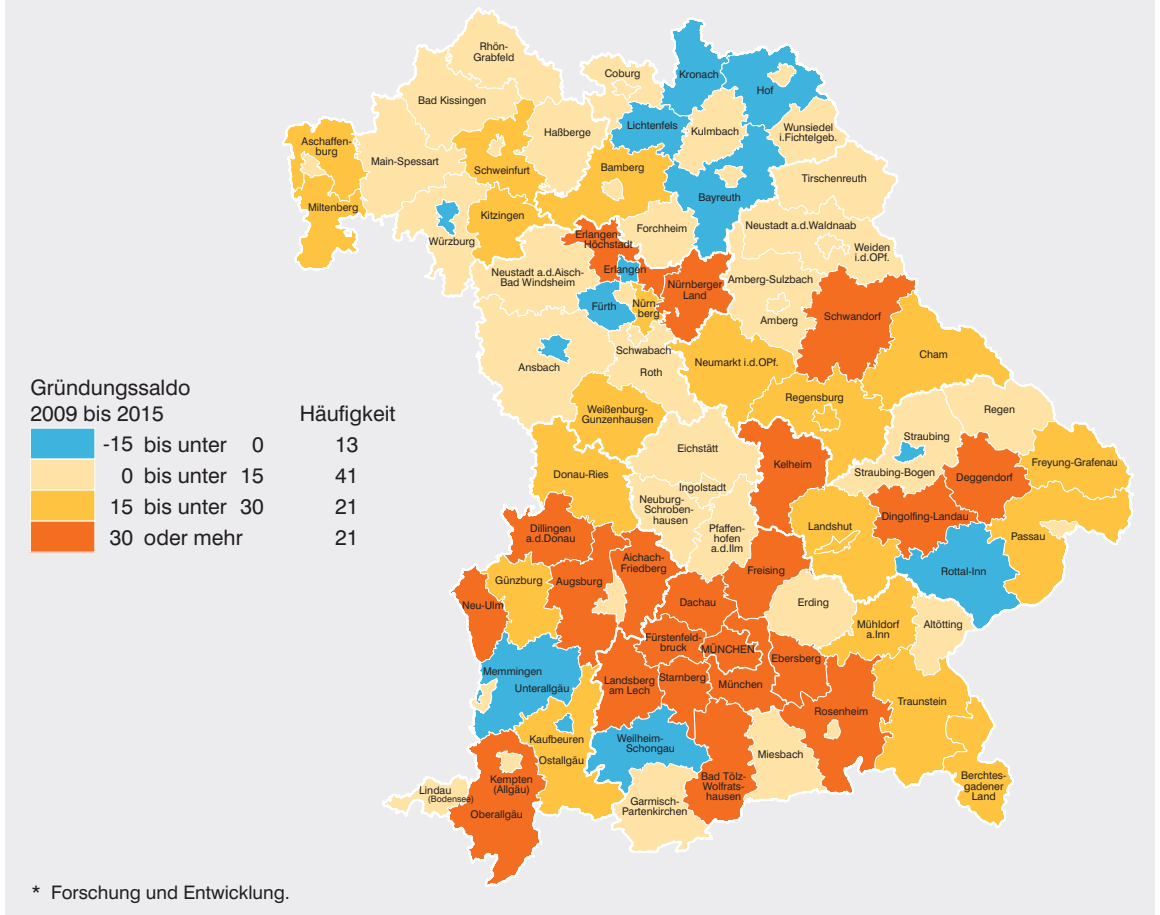


Infokasten 1: FuE-intensive Industriebranchen in den Klassifikationen der Wirtschaftszweige WZ 2008 und WZ 2003

Abgrenzung der Branchen mit Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) – auch industrielle Hochtechnologiebranchen (High-Technology and Medium-high-Technology) – gemäß Eurostat

WZ 2008	WZ 2003
20 Herstellung von chemischen Erzeugnissen 21 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	24 Herstellung von chemischen Erzeugnissen (mit enthalten ist: 24.4 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen)
26 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (mit enthalten sind: 26.1 Herstellung von elektronischen Bauelementen und Leiterplatten 26.2 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten 26.3 Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik 26.4 Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik 26.5 Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen; Herstellung von Uhren)	30 Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen 32 Rundfunk- und Nachrichtentechnik 33 Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren
27 Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	31 Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.
28 Maschinenbau	29 Maschinenbau
29 Herstellung von Kraftwagen und -teilen	34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen
30 Sonstiger Fahrzeugbau	35 Sonstiger Fahrzeugbau

Abb. 1
Gründungssaldo in den FuE*-intensiven Industriebranchen in den Kreisen Bayerns zwischen 2009 und 2015

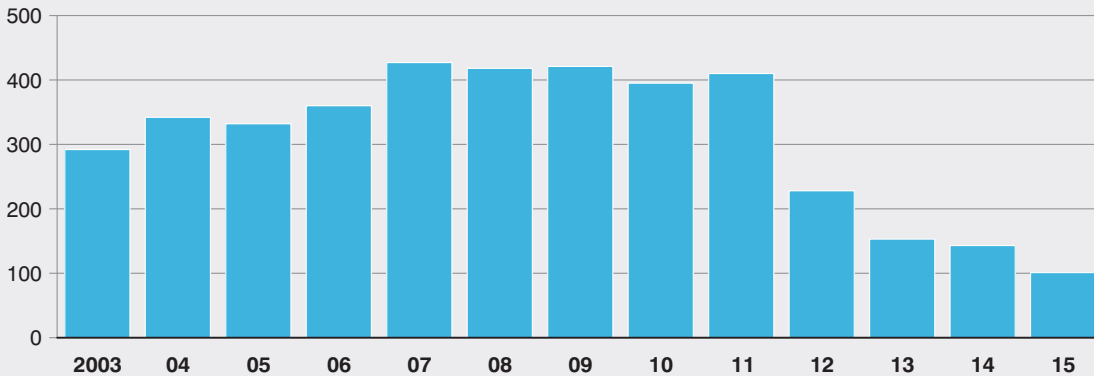


gung stehenden Zeitreihe) nahm der Gründungssaldo in den FuE-intensiven Industriebranchen in Bayern einen Wert von 1 851 mehr Neugründungen gegenüber den gemeldeten vollständigen Aufgaben eines Gewerbes an. Gleichwohl ließen sich deutliche regionale Unterschiede erkennen (vgl. Abbildung 1).

Besonders Oberbayern und Schwaben sowie die Region Nürnberg tragen mit einem Gründungssaldo von 30 oder mehr Neugründungen (gegenüber den vollständigen Aufgaben) zum positiven Gründungssaldo in den forschungsintensiven Industriebranchen in Bayern bei. Ebenfalls sind die niederbayerischen Landkreise Kehlheim, Dingolfing-Landau und Deggendorf am positiven Gründungssaldo im FuE-Bereich von über 30 Neugründungen (gegenüber den vollständigen Aufgaben) beteiligt.

Wird der Gründungssaldo jedoch nicht nur als Niveaugröße aufgefasst, so interessiert auch dessen zeitlicher Verlauf. Die Zeitreihe einer statistischen Größe spiegelt unmittelbar deren Dynamik wider. Sind innerhalb der Zeitreihe unterschiedliche Entwicklungen vorhanden? Gab es quasi kontinuierliche Entwicklungen und wenn ja, von welcher Dauer? Bei einem kontinuierlich ansteigenden Gründungssaldo kann von einer Phase ausgegangen werden, in der ein Impuls in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Neugründungen in den FuE-intensiven Industriebranchen begünstigte, während die Zahl der vollständigen Aufgaben geringer war. Es liegt nahe, dass in einer solchen Phase die Innovationsfähigkeit einer Region zugenommen hat. Eine solche Phase zeigt Abbildung 2 für den jährlichen Gründungssaldo in den FuE-intensiven Industriebranchen Bayerns zwischen den Jahren 2003 und

Abb. 2
Jährlicher Gründungssaldo in den FuE*-intensiven Industriebranchen Bayerns seit 2003



* Forschung und Entwicklung.

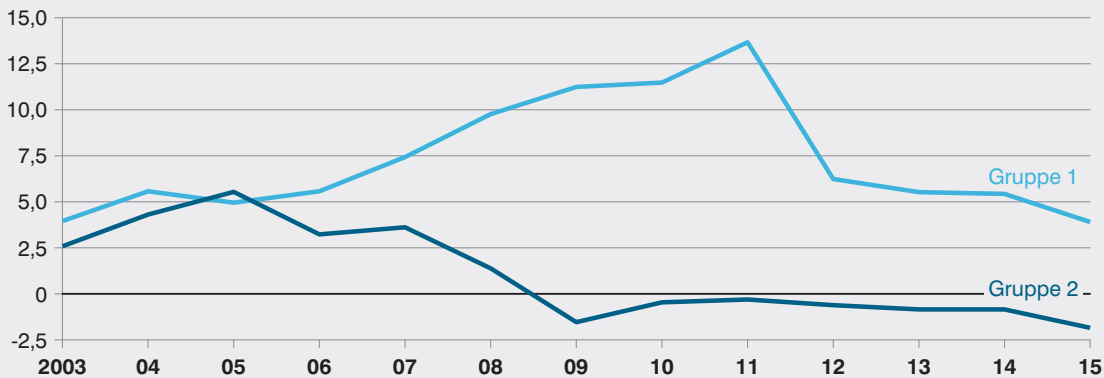
2011. Ab 2011 hat der Gründungssaldo in den FuE-intensiven Industriebranchen im gesamten Freistaat Bayern dagegen kontinuierlich abgenommen.

Vor dem Hintergrund des regional unterschiedlichen Gründungssaldos der FuE-intensiven Industriebranchen in den Kreisen Bayerns stellt sich jedoch die Frage, ob der überregional typische Zeitreihenverlauf des jährlichen Gründungssaldos auch für jeden einzelnen Kreis gilt oder ob es hier sogar gegenläufige Entwicklungen gibt. Haben sich die Jahreswerte des Gründungssaldos in den Kreisen, die heute einen deutlich positiven Gründungssaldo aufweisen, stetig auf dieses hohe Niveau hin entwickelt? Ist hier also eine ansteigende Dynamik zu erkennen? Oder

haben sie, von einem noch höheren Niveau kommend, abgenommen und lassen trotz hohem aktuellen Wert des Gründungssaldos eine negative Dynamik erkennen? Die gleichen Fragen lassen sich für jene Landkreise stellen, deren Gründungssaldo zwar aktuell gering ist, aber dennoch in der Zeitreihe Phasen einer positiven Veränderung aufweist.

Um diese Frage zu klären, wurden zunächst die Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE-intensiven Industriebranchen in zwei Kreisgruppen dargestellt (vgl. Abbildung 3). Hierfür wurden jene Kreise ausgewählt, deren kumulierte Gründungssalden in der letzten Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeitreihe (2009 bis 2015) entweder besonders hoch oder

Abb. 3
Mittlerer Zeitreihenverlauf der Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE*-intensiven Industriebranche in zwei Gruppen**



* Forschung und Entwicklung.

** Gruppe 1: Kreise Bayerns, in denen der kumulierte Gründungssaldo in den Jahren 2009 bis 2015 über 30 lag.
 Gruppe 2: Kreise Bayerns, in denen der kumulierte Gründungssaldo in den Jahren 2009 bis 2015 unter 0 lag.

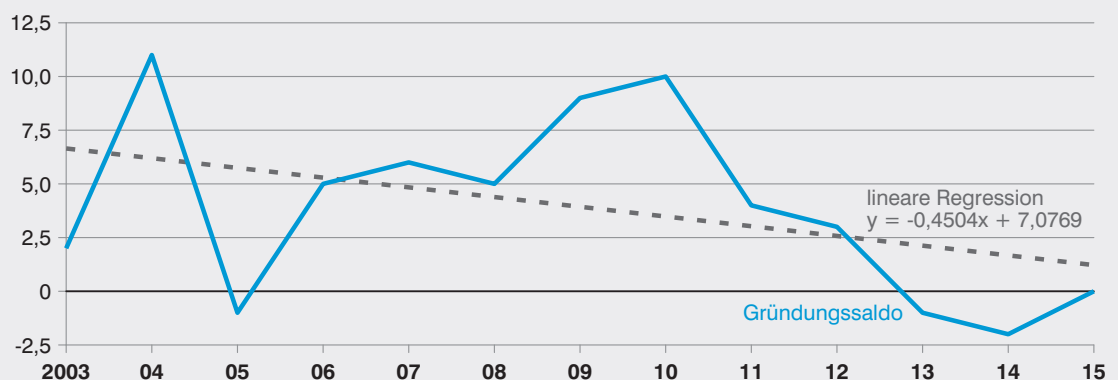
besonders niedrig waren. Gruppe 1 bilden daher alle 21 Kreise Bayerns, in denen der kumulierte Gründungssaldo in den Jahren 2009 bis 2015 über 30 lag. Gruppe 2 bilden alle 12 Kreise Bayerns, in denen der kumulierte Gründungssaldo in den Jahren 2009 bis 2015 unter Null lag. Bereits bei diesem Vergleich wird deutlich, dass sich der Verlauf des Gründungssaldos in den FuE-intensiven Industriebranchen regional deutlich vom insgesamt in Bayern zu beobachtenden Verlauf unterscheidet. Der insgesamt für Bayern zu beobachtende Verlauf wird vornehmlich von den 21 Kreisen mit einem ohnehin generell hohen Gründungssaldo getragen und nimmt ab 2011 deutlich ab. Der Rückgang des Gründungssaldos in Kreisen mit einem unterdurchschnittlich niedrigen Gründungssaldo vollzog sich dagegen schon deutlich eher, ab dem Jahr 2005, und wies auch vorher keinen bedeutenden Anstieg auf. In dieser Gruppe ist der Gründungssaldo seit dem Jahr 2009 negativ.

Mit diesem Gruppenvergleich wird bereits deutlich, dass sich ein weit differenzierteres Bild über die regionale Innovationsfähigkeit in den FuE-intensiven Industriebranchen in Bayern ergibt, wenn zusätzlich zum Niveau des Gründungssaldos dessen zeitliche Dynamik betrachtet wird. Ein direkter Vergleich der zeitlichen Dynamik des Gründungssaldos über alle 96 Kreise Bayerns ist mit einem solchen Gruppenvergleich allerdings noch nicht möglich. Hierzu soll eine weitere Methodik eingeführt werden.

Methodische Verfahren: Zeitreihendynamik erkennen und vergleichen

Für einen direkten regionalen Vergleich jeweils zeitlich unterschiedlicher Dynamik müssen die Charakteristika des Zeitreihenverlaufs in einer schnell erkennbaren Maßzahl ausgedrückt werden. Damit stellt sich die Frage, wie sich die Beobachtung unterschiedlicher Liniendiagramme angemessen operationalisieren lässt. Einwiller & Vullhorst (2015) haben hierzu diskutiert, ob die Steigung der linearen Regressionsgeraden vor dem Hintergrund insgesamt kurzer Zeitreihen eine „angemessene Modellierung“ darstellt (Einwiller & Vullhorst, 2015, S. 38). Beide Autoren bejahen, dass bei kurzen Zeitreihen prinzipiell eine lineare Approximation sinnvoll ist. Die Steigung aus der Schätzung einer linearen Regression kann aber nur im Fall einer geringen Streuung der Zeitreihe als zuverlässig gelten. Einwiller & Vullhorst (2015) demonstrieren anschaulich, wie besonders Ausreißer am Start- und Endpunkt einer Zeitreihe die Steigung völlig verzerren können. Dieser Effekt wird hier in Abbildung 4 verdeutlicht, in der der Gründungssaldo für den Landkreis Neumarkt i.d. OPf. dargestellt ist. Die eingetragene Regressionsgerade weist eine negative Steigung von fast -0,5 auf und impliziert generell zurückgehende Werte. Dieser Effekt kommt jedoch fast ausschließlich durch den erhöhten Ausreißerwert des Jahres 2004 zustande. Einwiller & Vullhorst (2015) haben daher zwar vorgeschlagen, die Steigungsrate als Ausdruck der zeitlichen Dynamik zu verwenden. Für die-

Abb. 4
Zeitreihe der Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE*-intensiven Industriebranchen im Landkreis Neumarkt i.d. OPf. und hierfür geschätzte lineare Regression



* Forschung und Entwicklung.



Infokasten 2: Dauer eines quasi kontinuierlichen Anstiegs oder eines quasi kontinuierlichen Rückgangs

In einer Wertereihe X werden zunächst die lokalen Minima und Maxima bestimmt: Ein lokales Minimum existiert an der Stelle $X_{(t-1)} > X_{(t)} < X_{(t+1)}$, ein lokales Maximum an der Stelle $X_{(t-1)} < X_{(t)} > X_{(t+1)}$. Für den Anfangs- und den Endwert wird ein lokales Minimum vereinfacht festgelegt, wenn $X_{(t \text{ Anfang})} \leq X_{(t \text{ Anfang} + 1)}$ bzw. $X_{(t \text{ Ende} - 1)} \geq X_{(t \text{ Ende})}$. Ein lokales Maximum für den Anfangs- oder den Endwert wird vereinfacht festgelegt, wenn $X_{(t \text{ Anfang})} \geq X_{(t \text{ Anfang} + 1)}$ bzw. $X_{(t \text{ Ende} - 1)} \leq X_{(t \text{ Ende})}$. Anhand der lokalen Minima und der lokalen Maxima wird die Dauer eines quasi kontinuierlichen Anstiegs oder eines quasi kontinuierlichen Rückgangs wie folgt bestimmt:

Bedingungen für einen quasi überwiegenden Anstieg

(A1a) Ein lokales Minimum $[X_{(t-1)} > X_{(t)} < X_{(t+1)}]$ ist der Startpunkt ($A=1$) der Zählung $A=A+1$ eines quasi fortlaufenden Anstiegs, es sei denn, es gilt: (A1b) Das lokale Minimum kann als neuer Startpunkt ($A=1$) robust übersprungen werden, weil der vorangehende Wertrückgang vom Betrag her nicht größer ist als der Anstieg zwischen den beiden Randwerten des lokalen Minimums und somit nur schwach ausgeprägt ist [Bedingung $X_{(t-1)} - X_{(t)} < X_{(t+1)} - X_{(t-1)}$]. Unter dieser Bedingung wird ein lokales Minimum als erneuter Startpunkt einer fortlaufenden Reihe übersprungen.

Für ein lokales Minimum $[X_{(t-1)} > X_{(t)} < X_{(t+1)}]$ gilt somit:

Wenn $X_{(t)} - X_{(t-1)} \geq X_{(t+1)} - X_{(t-1)}$ dann $A=1$ (Bedingung A1a)

Wenn $X_{(t)} - X_{(t)} < X_{(t+1)} - X_{(t-1)}$ dann $A=A+1$ (Bedingung A1b)

(A2) Ein Wert größer gleich seinem Vorgänger $[X_{(t-1)} \leq X_{(t)}]$ zählt fortlaufend in der Reihe eines Anstiegs, also $A=A+1$.

(A3) Ein lokales Maximum ist Endpunkt in der Reihe eines quasi fortlaufenden Anstiegs, es sei denn, die Zählung der Periodendauer wird robust fortgesetzt, weil ein folgendes lokales Minimum nicht als neuer Startpunkt zählt (Bedingung A1b).

Bedingungen für einen quasi überwiegenden Rückgang

(R1a) Ein lokales Maximum $[X_{(t-1)} < X_{(t)} > X_{(t+1)}]$ ist der Startpunkt ($R=1$) der Zählung $R=R+1$ eines quasi fortlaufenden Rückgangs, es sei denn, es gilt: (R1b) Das lokale Maximum kann als neuer Startpunkt ($R=1$) robust übersprungen werden, weil der vorangehende Wertanstieg vom Betrag her nicht größer ist als der Rückgang zwischen den beiden Randwerten des lokalen Maximums und somit nur schwach ausgeprägt ist [Bedingung $X_{(t)} - X_{(t-1)} < X_{(t-1)} - X_{(t+1)}$]. Unter dieser Bedingung wird ein lokales Minimum als erneuter Startpunkt einer fortlaufenden Reihe übersprungen.

Für ein lokales Maximum $[X_{(t-1)} < X_{(t)} > X_{(t+1)}]$ gilt somit:

Wenn $X_{(t)} - X_{(t-1)} \geq X_{(t-1)} - X_{(t+1)}$ dann $R=1$ (Bedingung R1a)

Wenn $X_{(t)} - X_{(t-1)} < X_{(t-1)} - X_{(t+1)}$ dann $R=R+1$ (Bedingung R1b)

(R2) Ein Wert kleiner gleich seinem Vorgänger $[X_{(t-1)} \geq X_{(t)}]$ zählt fortlaufend in der Reihe eines Anstiegs, also $R=R+1$.

(R3) Ein lokales Minimum ist Endpunkt in der Reihe eines quasi fortlaufenden Rückgangs, es sei denn, die Zählung der Periodendauer wird robust fortgesetzt, weil ein folgendes lokales Maximum nicht als neuer Startpunkt zählt (Bedingung R1b).

sen Zweck muss der Anstieg aus der Schätzung der Regressionsgeraden jedoch anhand der Varianz so gewichtet werden, dass der Gewichtungsfaktor bei

einer großen Streuung gegen Null geht. Als Gewicht wird daher $(1 + \hat{\sigma}^2)^{-1}$ verwendet. Für die in Abbildung 4 dargestellte Zeitreihe würde sich mit dem Ansatz

von Einwiller & Vullhorst (2015) nur noch ein Schätzwert des Anstiegs von gerade einmal $-0,085$ ergeben, für die Zeitreihe würde also weder ein positiver noch ein negativer Trend konstatiert werden. Für den regionalen Vergleich der Gründungsdynamik soll an dieser Stelle jedoch, neben der Steigung der Regressionsgeraden mit entsprechendem Korrekturgewicht, ein zusätzlicher Ansatz vorgestellt werden.

Um die zeitliche Dynamik mit einer alternativen Methode abzuschätzen, wird der zu untersuchenden Zeitreihe nicht ein dauerhafter oder ständiger Anstieg unterstellt (nur dann ergibt die Regressionsgerade nämlich eine zuverlässige Schätzung des zeitlichen Prozesses). Vielmehr wird postuliert, dass es in der Zeitreihe Impulse gegeben hat, die eine mehrere Zeitschritte andauernde, quasi kontinuierliche Entwicklung innerhalb der betrachteten Zeitreihe bewirkt haben. Die hierbei am längsten andauernde kontinuierliche Entwicklung wird als repräsentativ für die Zeitreihe angesehen. Zu diesem Zweck müssen zunächst Phasen identifiziert werden, die einen quasi kontinuierlichen Anstieg oder einen quasi kontinuierlichen Rückgang beinhalten und die Dauer dieser Phasen muss festgestellt werden. Die zugrunde liegende Methodik ist in Infokasten 2 beschrieben und in den Abbildungen 5, 6, 7 und 8 illustriert.

Im nächsten Schritt wird festgestellt, ob entweder eine Phase mit kontinuierlichem Anstieg (A) oder kontinuierlichem Rückgang (R) die längste Dauer aufweist. Hierzu wird das Maximum aus den beiden Zählreihen A und R ausgewertet und im Fall des Maximums in R mit negativem Vorzeichen versehen. Um die Methode noch robuster zu gestalten, wird dieses Maximum nur dann verwendet, wenn der Wert der Reihe A den Wert von R (bzw. umgekehrt) um mindestens 2 übersteigt [$\text{Max}(A) > \text{Max}(R) + 1$ bzw. $\text{Max}(R) > \text{Max}(A) + 1$]. Damit wird vermieden, dass ein kontinuierlicher Anstieg oder Rückgang erkannt wird, der von einem fast ebenso lang andauernden gegenläufigen Prozess begleitet wird. In diesem Fall soll keine Aussage zu einem dominierenden Anstieg oder Rückgang getroffen werden.

Zur endgültigen Darstellung wird die Dauer eines quasi kontinuierlichen Anstiegs oder Rückgangs (negatives Vorzeichen) ins Verhältnis zur gesamten

Dauer der Zeitreihe gesetzt. Damit ergibt sich für den hier eingeführten Indikator eine Aussage zum Anteil des am längsten beobachtbaren kontinuierlichen Prozesses in der Zeitreihe: Ein Wert von $0,5$ bedeutet, dass in der Zeitreihe eine dominierende Phase mit einem quasi kontinuierlichen Anstieg vorhanden ist, die genau die Hälfte der gesamten Zeitreihe andauert. Ein Wert von $-0,33$ bedeutet dagegen, dass in der Zeitreihe zwar eine Phase mit einem quasi kontinuierlichen Rückgang vorhanden ist, der allerdings nur ein Drittel der gesamten Zeitreihe umfasst, und dass es keinen längeren kontinuierlichen Prozess gibt.

Regionale Gründungsdynamik in den forschungsintensiven Industriebranchen Bayerns

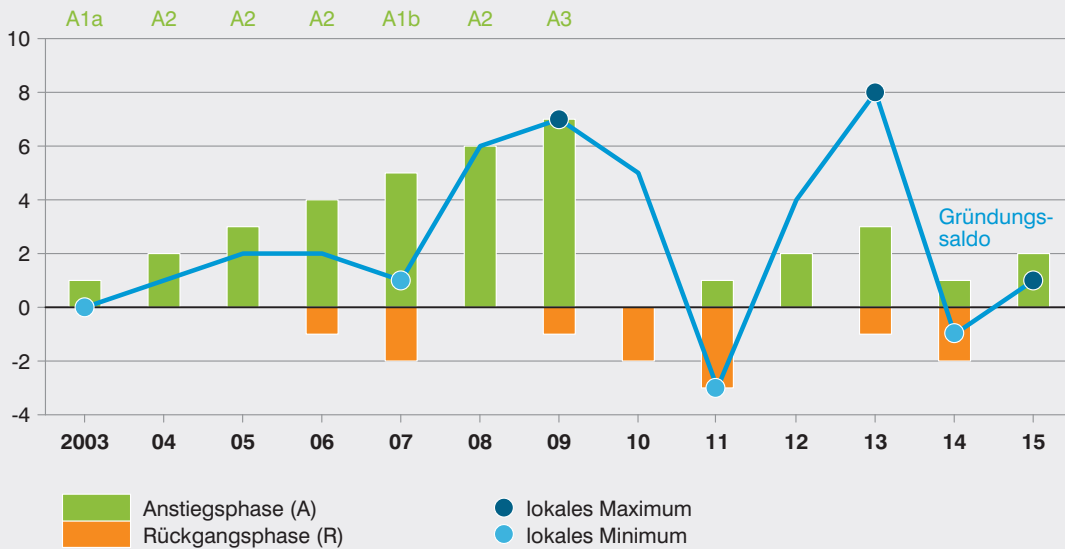
Das im vorhergehenden Kapitel beschriebene Verfahren, die Dynamik als Anteil des am längsten andauernden kontinuierlichen Prozesses zu erfassen, wurde auf die Zeitreihe der Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE-intensiven Industriebranchen in den 96 Kreisen Bayerns zwischen 2003 und 2015 angewendet. In den Abbildungen 5 bis 8 wird das Verfahren für 4 ausgewählte Kreise veranschaulicht und die Ergebnisse jeweils mit dem Ansatz von Einwiller & Vullhorst (2015) verglichen. Abbildung 9 zeigt anschließend die Ergebnisse zur Gründungsdynamik als Anteil des am längsten andauernden kontinuierlichen Prozesses einer Zeitreihe in einer Kartendarstellung für die Kreise Bayerns und stellt sie in Abbildung 10 den varianzgewichteten Steigungen der linearen Regressionsgeraden (Ansatz nach Einwiller & Vullhorst (2015)) gegenüber.

In der Zeitreihe des Gründungssaldos der FuE-intensiven Industriebranchen im Landkreis Donau-Ries hat der quasi kontinuierliche Anstieg von 2003 bis 2009 die längste Andauer mit einem Wert von 7 Jahren. Die Bedingung A1b aus Infokasten 2 führt dazu, dass das lokale Minimum im Jahr 2007 robust übersprungen wird und die Reihe fortgezählt werden kann. Damit hat dieser Anstieg einen Anteil von $0,54$ an der beobachteten Zeitreihe von 13 Jahreswerten. Die Gründungsdynamik wird also mit $+0,54$ bewertet, in mehr als der Hälfte der Reihe findet sich eine kontinuierliche und positive Zunahme des Gründungssaldos. Der korrigierte Wert des Anstiegs der Regressionsgeraden nach Einwiller & Vullhorst

(2015) beträgt für die Zeitreihe des Gründungssaldos im Landkreis Donau-Ries 0,02 und weist auf einen kaum vorhandenen Anstieg der Werte hin.

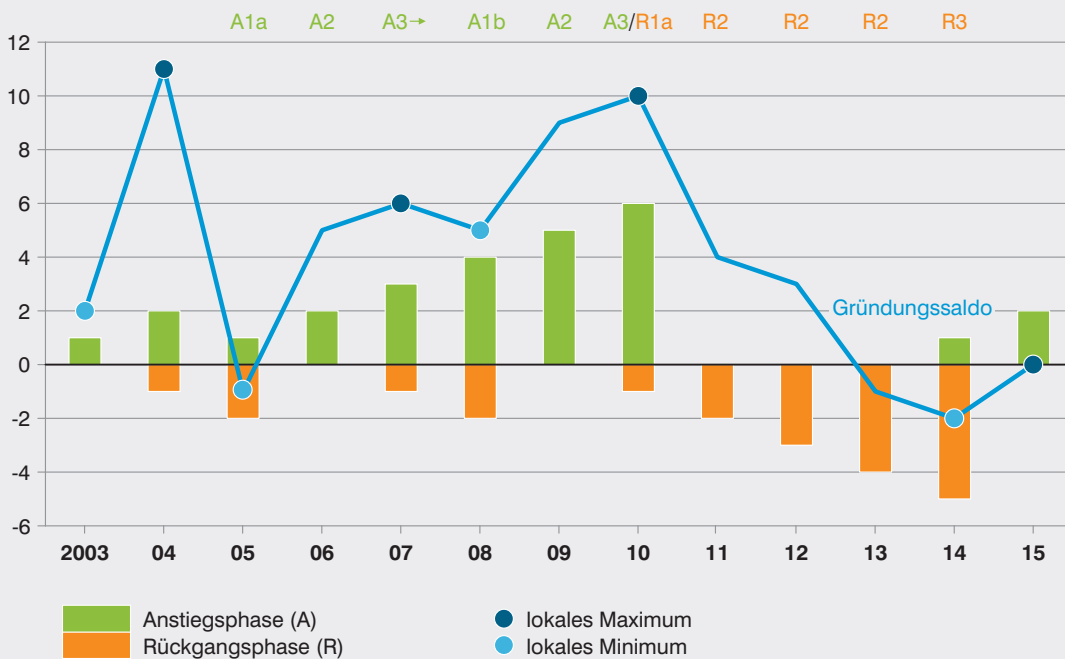
In der Zeitreihe des Gründungssaldos der FuE-intensiven Industriebranchen im Landkreis Neumarkt i.d. OPf. hat der quasi kontinuierliche Anstieg von 2005

Abb. 5
Zeitreihe der Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE*-intensiven Industriebranchen im Landkreis Donau-Ries



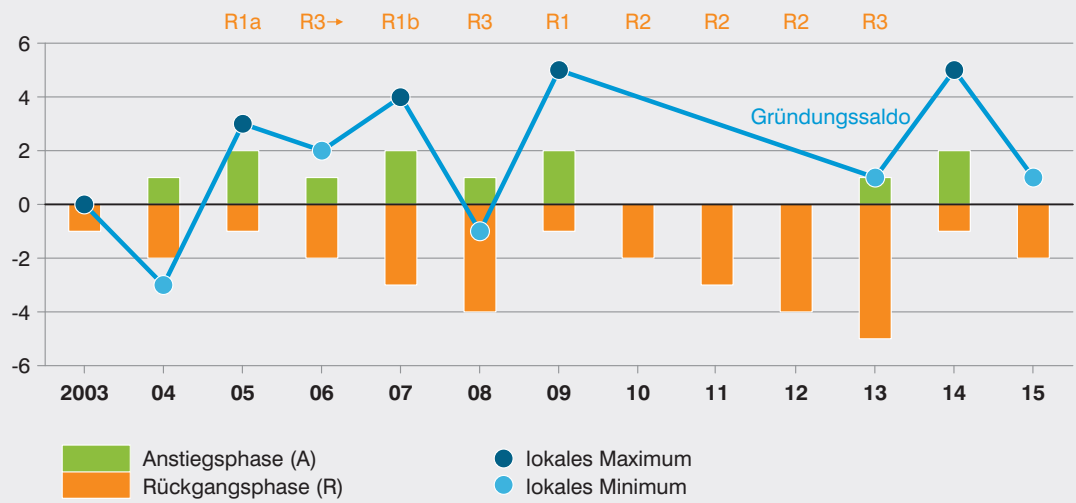
* Forschung und Entwicklung.

Abb. 6
Zeitreihe der Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE*-intensiven Industriebranchen im Landkreis Neumarkt i.d.OPf



* Forschung und Entwicklung.

Abb. 7
Zeitreihe der Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE*-intensiven Industriebranchen im Landkreis Freyung-Grafenau

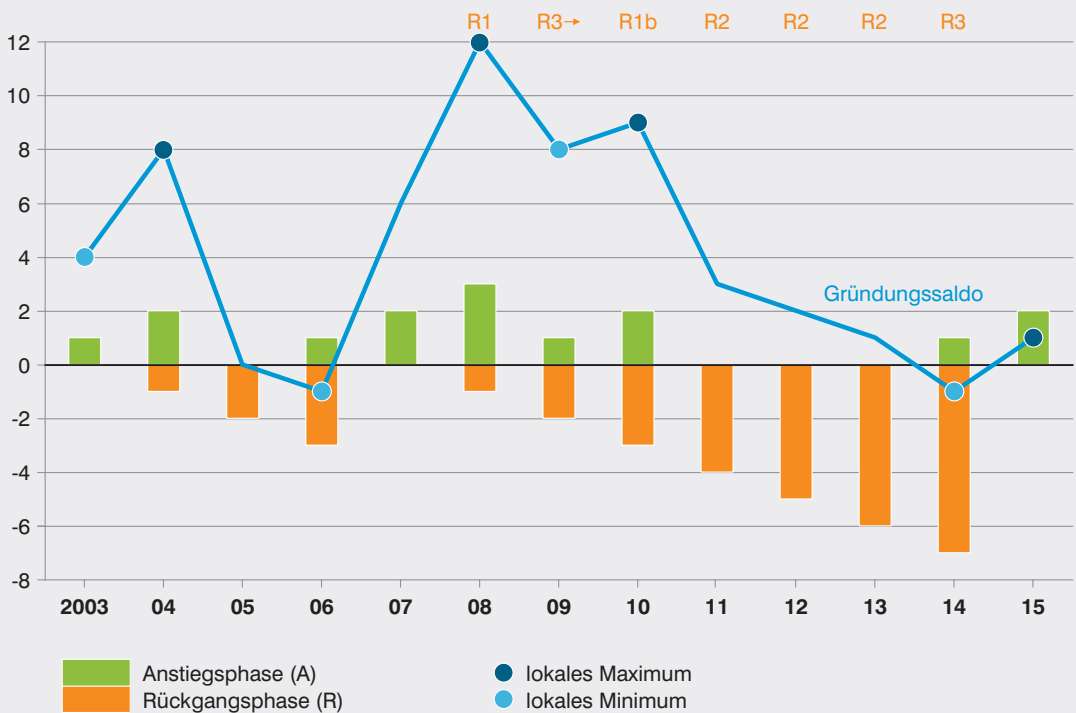


* Forschung und Entwicklung.

bis 2010 die längste Andauer mit einem Wert von 6 Jahren. Die Bedingung A3 in Kombination mit Bedingung A1b aus Infokasten 2 führt dazu, dass das lokale Maximum aus dem Jahr 2007 und das loka-

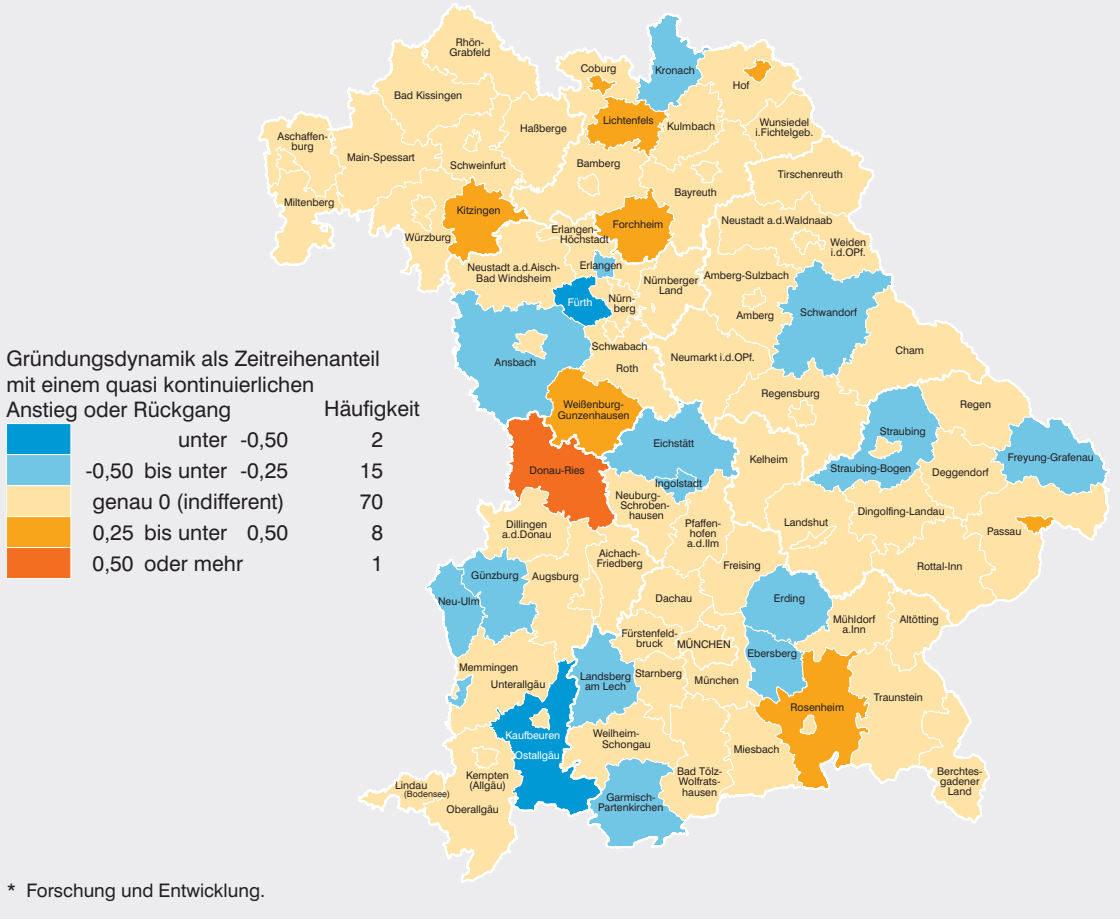
le Minimum im Jahr 2008 robust übersprungen werden und die Reihe fortgezählt werden kann. Diesem Anstieg steht jedoch ein quasi kontinuierlicher Rückgang von 5 Jahren am Ende der Zeitreihe gegen-

Abb. 8
Zeitreihe der Jahreswerte des Gründungssaldos der FuE*-intensiven Industriebranchen im Landkreis Ostallgäu



* Forschung und Entwicklung.

Abb. 9
Gründungsdynamik als Zeitreihenanteil mit einem quasi kontinuierlichen Anstieg (Wert > 0) oder einem quasi kontinuierlichen Rückgang (Wert < 0) für den Gründungssaldo der FuE*-intensiven Industriebranchen Bayerns zwischen 2003 und 2015



über. Da die maximale Dauer des Anstiegs die Dauer des maximalen Rückgangs nicht um mehr als ein Jahr überschreitet, wird keine Richtung der Gründungsdynamik berechnet. Der korrigierte Wert des Anstiegs der Regressionsgeraden nach Einwiller & Vullhorst (2015) beträgt für die Zeitreihe des Gründungssaldos im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. -0,08 und weist insgesamt auf einen gering bewerteten Rückgang der Werte hin.

In der Zeitreihe des Gründungssaldos der FuE-intensiven Industriebranchen im Landkreis Freyung-Grafenau hat der quasi kontinuierliche Rückgang von 2009 bis 2013 die längste Andauer mit einem Wert von 5 Jahren. Damit hat dieser Rückgang einen Anteil von 0,38 an der beobachteten Zeitreihe von 13 Jahreswerten. Die Gründungsdynamik wird also mit -0,38 bewertet, in etwa einem Drittel der Reihe findet

sich ein kontinuierlicher Rückgang des Gründungssaldos. Der korrigierte Wert des Anstiegs der Regressionsgeraden nach Einwiller & Vullhorst (2015) beträgt für die Zeitreihe des Gründungssaldos im Landkreis Freyung-Grafenau 0,067 und weist auf einen gering bewerteten Anstieg der Werte hin.

In der Zeitreihe des Gründungssaldos der FuE-intensiven Industriebranchen im Landkreis Ostallgäu hat der quasi kontinuierliche Rückgang von 2008 bis 2014 die längste Andauer mit einem Wert von 7 Jahren. Die Bedingung R3 in Kombination mit Bedingung R1b aus Infokasten 2 führt dazu, dass das lokale Minimum aus dem Jahr 2009 und das lokale Maximum im Jahr 2010 robust übersprungen werden und die Reihe fortgezählt werden kann. Damit hat dieser Rückgang einen Anteil von 0,54 an der beobachteten Zeitreihe von 13 Jahreswerten. Die Grün-

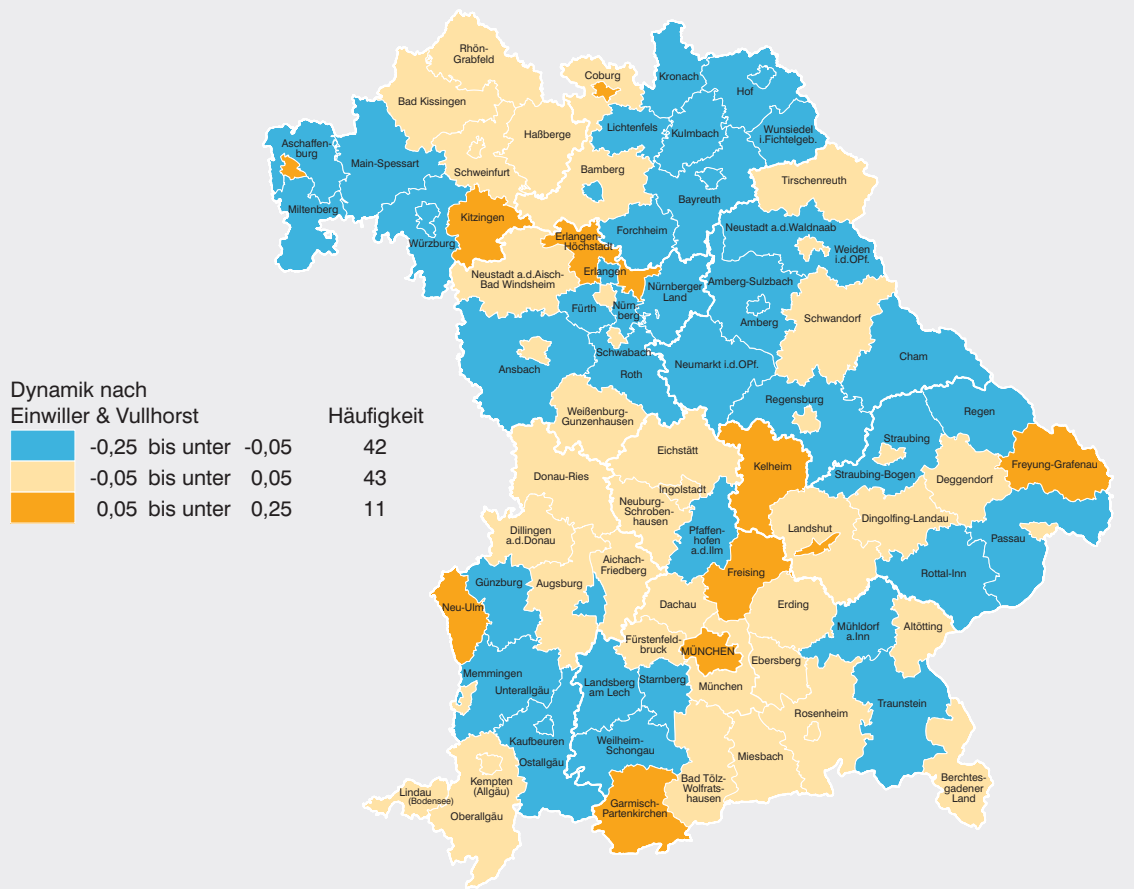
dungsdynamik wird also mit -0,54 bewertet, in etwas mehr als der Hälfte der Reihe findet sich ein kontinuierlicher Rückgang des Gründungssaldos. Der korrigierte Wert des Anstiegs der Regressionsgeraden nach Einwiller & Vullhorst (2015) beträgt für die Zeitreihe des Gründungssaldos im Landkreis Ostallgäu -0,062 und weist auf einen gering bewerteten Rückgang der Werte hin.

Der Anteil des am längsten andauernden kontinuierlichen Prozesses einer Zeitreihe ist damit ein alternatives Maß zu den varianzgewichteten Steigungen der linearen Regressionsgerade (Ansatz nach Einwiller & Vullhorst (2015)), um die dynamische Entwicklung einer Zeitreihe zu charakterisieren. Mit beiden Ansätzen kann die Veränderung von Zeitreihen beschrieben und für regionale Vergleiche verwendet werden. Damit gelingt es, die zeitliche und räum-

liche Dynamik einer statistischen Größe in einer einzigen grafischen Darstellung erkennbar zu machen. In den Abbildungen 9 und 10 werden beide Ansätze genutzt, um die regionale Gründungsdynamik in den forschungsintensiven Industriebranchen Bayerns in den Jahren von 2003 bis 2015 zu illustrieren.

Die Karte in Abbildung 9 zeigt die Gründungsdynamik in den FuE-intensiven Industriebranchen Bayerns als Anteil des am längsten andauernden kontinuierlichen Prozesses einer Zeitreihe. Damit liegt ein Indikator vor, der eine deutliche Aussage über die Richtung von Impulsen in den jeweiligen Zeitreihen ermöglicht. In 9 Kreisen Bayerns wird mit diesem Indikator festgestellt, dass es Impulse gegeben hat, die einen längerfristigen Anstieg des Gründungssaldos bewirkten. In 17 Kreisen gab es dagegen Impulse, die einen längerfristigen Rückgang im Grün-

Abb. 10
Dynamik des Gründungssaldos zwischen 2003 und 2015 für die FuE*-intensiven Industriebranchen Bayerns nach Einwiller & Vullhorst (2015)



* Forschung und Entwicklung.

derungssaldo der FuE-intensiven Industriebranchen bewirkt. In den restlichen 70 Kreisen konnte kein solcher Impuls als Auslöser einer längerfristigen kontinuierlichen Entwicklung festgestellt werden.

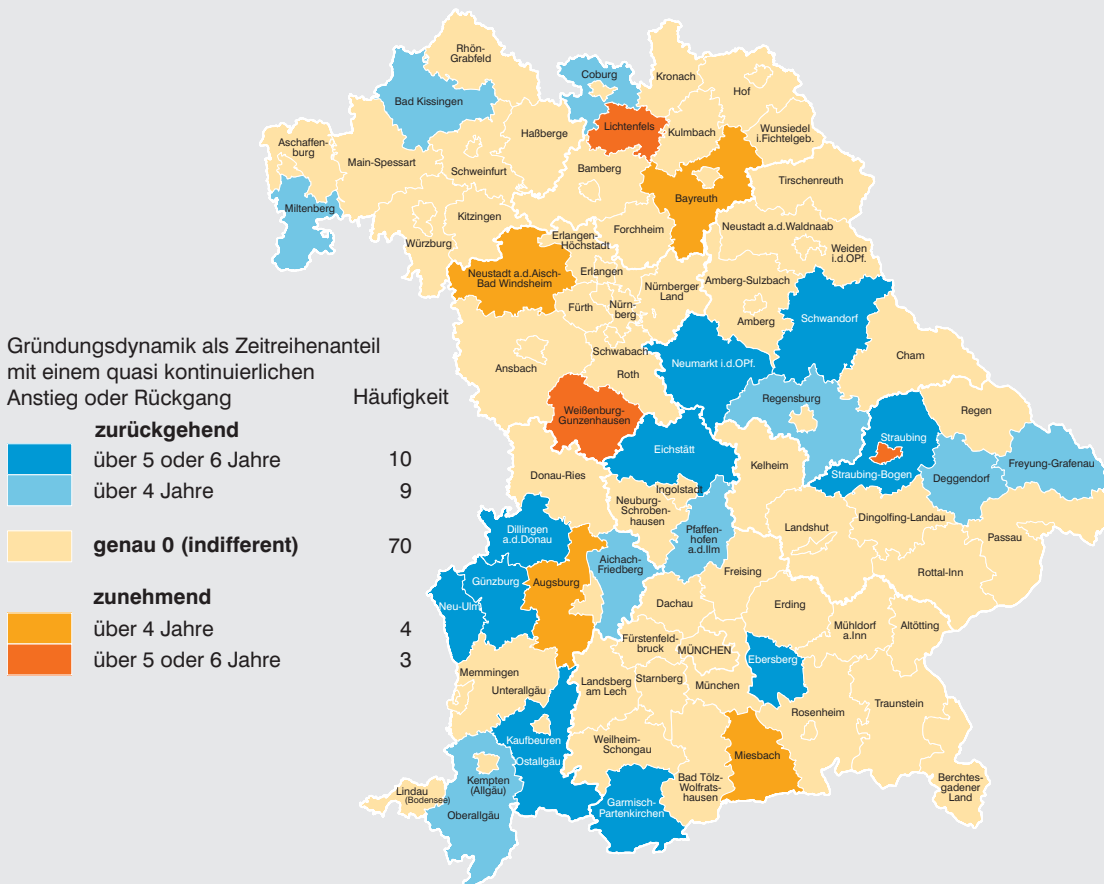
Der von Einwiller & Vullhorst (2015) eingeführte Indikator der varianzgewichteten Steigungen der linearen Regressionsgerade (Abbildung 10) ist dagegen weniger prozessorientiert, sondern wird stärker von der Varianz der Zeitreihe bewertet. Bei den hier vorliegenden Zeitreihen hoher Varianz kann dieser Indikator daher nur schlecht eine klare Richtung der dynamischen Entwicklung des Gründungssaldos feststellen und wird mehr von den Werten am Zeitreihenanfang und am Zeitreihenende beeinflusst. Da

der Gründungssaldo in den forschungsintensiven Industriebranchen Bayerns bis 2015 eher abgenommen hat, zeigen in 42 Kreisen Bayerns die varianzgewichteten Steigungen der linearen Regressionsgerade auch in eine negative Richtung, die aber nur selten deutlich geringer als -0,05 ist. In weiteren 43 Kreisen lässt sich nur eine varianzgewichtete Steigung zwischen -0,05 und 0,05 feststellen.

Gegen den Trend: Die aktuelle Gründungsdynamik in den Jahren von 2010 bis 2015

Während die Karte in Abbildung 9 die Gründungsdynamik in den FuE-intensiven Industriebranchen Bayerns für die langjährige Zeitreihe zwischen 2003 und 2015 zeigt, wird der zeitliche Blickwinkel mit der

Abb. 11 **Gründungsdynamik als Zeitreihenanteil mit einem quasi kontinuierlichen Anstieg (Wert > 0) oder einem quasi kontinuierlichen Rückgang (Wert < 0) für den Gründungssaldo der FuE*-intensiven Industriebranchen Bayerns zwischen 2010 und 2015**



* Forschung und Entwicklung.

abschließenden Karte in Abbildung 11 auf den jüngeren Zeitraum zwischen 2010 und 2015 eingeeignet. In diesem Zeitraum war der bayernweite Trend des Gründungssaldos in den FuE-intensiven Industriebranchen Bayerns generell rückläufig (vgl. Abbildung 2). Die Darstellung in Abbildung 11 zeigt daher einmal jene Kreise in Bayern, in denen sich der für Bayern insgesamt gültige Rückgang des Gründungssaldos für die FuE-intensiven Industriebranchen auch auf der Kreisebene widerspiegelt. Diese sind in Blautönen dargestellt. Durch die Wahl des recht kurzen Beobachtungszeitraumes von nur 6 Jahren lässt sich die Gründungsdynamik als Zeitreihenanteil auch anschaulich durch die genaue Zahl der Jahre mit einem quasi kontinuierlichen Anstieg oder einem quasi kontinuierlichen Rückgang angeben. In den Kreisen mit einer blauen Färbung war in 4 bzw. 5 oder 6 Jahren ein aktueller Rückgang des Gründungssaldos für die FuE-intensiven Industriebranchen zu beobachten. In Kreisen mit einer roten Färbung war dagegen in mehr als der Hälfte (4 Jahre) oder mehr als drei Vierteln (5 oder 6 Jahre) der Beobachtungsreihe eine aktuelle Entwicklung für den Gründungssaldo der FuE-intensiven Industriebranchen zu beobachten, die entgegengerichtet zum bayernweiten Trend seit etwa 2010 verlief.

Der Unterschied in der Aussage zwischen den Abbildungen 9 und 11 liegt damit vor allem in der zeit-

lichen Lage eines quasi kontinuierlichen Anstiegs oder eines quasi kontinuierlichen Rückgangs: Während in Abbildung 9 der Beginn eines Anstiegs oder Rückgangs durchaus einige Jahre zurückliegen konnte und lediglich die Dauer der zeitlichen Entwicklung bewertet wurde, lässt Abbildung 11 eine direkte Aussage über die aktuelle Entwicklung des Gründungssaldos in den Jahren zwischen 2010 und 2015 zu. Wenn hier eine Aufwärts- oder Abwärtsbewegung im Verlauf des Gründungssaldos von mehr als 4 Jahren festgestellt wurde, wies der Gründungssaldo in mehr als der Hälfte der kurzen Zeitreihe eine deutlich gerichtete Entwicklung auf. Diese Entwicklung verlief entweder gleichgerichtet (blaue Farben in Abbildung 11) oder entgegengesetzt (rote Farben in Abbildung 11) zum bayernweiten Trend in den Jahren von 2010 bis 2015.

Literatur

- Einwiller, R. & U. Vullhorst (2015): Methodische Anmerkungen zur Berechnung der Innovationsdynamik. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 06/2015, S. 36–39.
- Eurostat: High-tech industry and knowledge-intensive services (htec), Reference Metadata in Euro SDMX Metadata Structure (ESMS), Annex 3 Aggregations of manufacturing based on NACE Rev. 2.

Aussagewert, Merkmale und Zusammenhänge der Krankenstandsentwicklung

Von Diplom-Kaufmann Alfred Krinner, Regierungsrat im Bayerischen Statistischen Landesamt

Der durch die Krankenversicherungsstatistik ermittelte Krankenstand gibt an, wieviel von 100 bzw. 1000 Krankenkassenmitgliedern arbeitsunfähig krank gemeldet sind. Da nahezu alle Arbeitnehmer der gesetzlichen Krankenversicherung angehören, haben diese Krankenstandsziffern einen hohen Repräsentationsgrad. Allerdings ist eine gewisse, methodisch und erhebungstechnisch bedingte Untererfassung der Arbeitsunfähigkeitsfälle zu berücksichtigen, deren Umfang nicht näher festgestellt werden kann; diese Einschränkung wirkt sich aber grundsätzlich nur in der Höhe, nicht im Entwicklungsverlauf der Krankenstandsziffern aus. Seit 1962 wird auch die monatliche Fluktuation der kranken Mitglieder erfaßt. Diese zusätzliche Auszählung ermöglicht eine aufschlußreiche Ergänzung der nach dem herkömmlichen Verfahren aus Vereinfachungsgründen jeweils auf den Stand zu Beginn des Monats abgestellten Krankenstandsziffern.

Der Krankenstand ist Veränderungen unterworfen. Die hierfür ursächlichen Einflüsse sind vielfältig, greifen komplex ineinander und können anhand des vorhandenen Zahlenmaterials statistisch nicht exakt abgegrenzt werden. Vor allem machen sich jedoch saisonale Einflüsse bemerkbar (Witterung). Es kann auch auf eine gewisse Beeinflussung durch die konjunkturelle Entwicklung geschlossen werden. Der Krankenstand zeigt einen typischen saisonalen Verlauf: Spitzenbelastung im ersten Vierteljahr – relativ niedriger, wenig bewegter Stand im Sommerhalbjahr – Zunahme im vierten Vierteljahr – Unterbrechung zur Weihnachts-/Neujahrszeit. Auf Grund mehrjähriger Beobachtung läßt sich der saisonale Schwankungsbereich, mit dem gerechnet werden muß, abschätzen. Der durch Krankenhausfälle verursachte Teil des Krankenstandes zeigt nur wenig Bewegung.

Bei den Diskussionen über Krankenversicherung, Lohnfortzahlung, Produktionsausfall, Arbeitsmoral und andere im öffentlichen Interesse stehende Fragen spielt „der Krankenstand“ eine große Rolle. Im Rahmen der amtlichen Statistik werden monatliche Ermittlungen über den Krankenstand der Krankenkassenmitglieder durchgeführt. Das Bayerische Statistische Landesamt veröffentlicht diese Krankenstandsziffern – gegliedert nach Kassenarten, Versichertengruppen und Geschlecht – auszugsweise in den vierteljährlichen Statistischen Berichten der Reihe K II 1.

Besonders anschaulich ist die graphische Darstellung der Krankenstandsentwicklung. Der nachstehende Bericht soll deshalb einmal hauptsächlich anhand von Schaubildern die wichtigsten aus der Statistik erkennbaren Merkmale und Zusammenhänge dieser Entwicklung aufzeigen. Zunächst jedoch einige Ausführungen zum Aussagewert der Krankenstandsziffern.

Was besagt der durch die Statistik ermittelte Krankenstand?

Die Krankenstandsziffern werden auf Grund der von den gesetzlichen Krankenkassen nach § 43 der „Verwaltungsvorschriften für das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung“ vom 31. August 1956 (Beilage zum BAnz. Nr. 174) zu erstellenden Monatsstatistik (Vordruck KM 1) errechnet. Sie bezeichnen den prozentualen Anteil der wegen Krankheit arbeitsunfähigen Krankenkassenmitglieder am jeweiligen Mitgliederbestand insgesamt. Der Krankenstand ist also eine Verhältniszahl, die immer in Relation mit der als Bezugsgröße zugrunde liegenden Gesamtzahl der Krankenkassenmitglieder gesehen werden muß. In Bayern wird für rund 3,8 Millionen pflicht- oder freiwillig krankenversicherte Personen laufend der Krankenstand festgestellt. Dieser Personenkreis umfaßt insbesondere nahezu alle Arbeitnehmer. Für die knapp eine Million Rentner in der gesetzlichen Krankenversicherung wird kein Krankenstand erhoben, da die Krankenstandsermittlungen von dem für Rentner irrelevanten Begriff der Arbeitsunfähigkeit ausgehen. Die krankenversicherungspflichtigen Rentner bleiben deshalb in den nachstehenden Ausführungen generell unberücksichtigt.

¹⁾ Ohne pflichtversicherte Rentner.

Übersicht 1. Krankenkassenmitglieder, Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage in Bayern 1951 bis 1967

Jahr	Pflichtmitglieder ¹⁾		Freiwillige Mitglieder	Pflicht- und freiwillige Mitglieder insgesamt ¹⁾	Arbeitsunfähigkeitsfälle			
	mit	ohne			fälle		tage	
					in 1000	je 100 Mitglieder	in 1000	je Mitglied
	sofort. Anspruch auf Barleistungen				im Durchschnitt in 1000			
1951 . . .	1 871	495	509	2 875	1 182	41,1	28 413	9,9
1955 . . .	1 950	647	566	3 163	1 611	50,9	36 437	11,5
1960 . . .	1 993	771	704	3 467	2 374	68,5	56 106	16,2
1961 . . .	2 035	766	757	3 558	2 430	68,3	56 572	15,9
1962 . . .	2 041	766	818	3 625	2 586	71,9	58 053	16,0
1963 . . .	2 029	765	879	3 673	2 521	68,6	58 434	15,9
1964 . . .	2 048	745	942	3 735	2 390	64,0	56 050	15,0
1965 . . .	2 065	773	962	3 800	2 520	66,3	58 285	15,3
1966 . . .	2 049	909	879	3 837	2 456	64,0	58 020	15,1
1967 . . .	1 973	880	944	3 797	2 160	56,9	52 431	13,8

Der Krankenstand besagt, wieviele von je 100 Krankenkassenmitgliedern nach Kenntnis der Krankenkassen monatlich zu einem bestimmten Zeitpunkt arbeitsunfähig krank sind und dadurch der gesetzlichen Krankenversicherung Kosten verursachen. Zeitlich maßgebend ist der Stand am Ersten eines jeden Monats ohne Berücksichtigung der während dieses Tages eintretenden Veränderungen, also der Stand um 0,00 Uhr.

Die Aussage der Krankenstandsziffern unterliegt somit drei methodisch bzw. erhebungstechnisch bedingten Einschränkungen:

1. Der Krankenstand berücksichtigt nur die Arbeitsunfähigkeitsfälle, von denen die Krankenkassen Kenntnis haben. Eine Unterrichtung der Krankenkasse erfolgt auf jeden Fall dann, wenn der Versicherte sofortigen Anspruch auf Barleistungen gegenüber seiner Krankenkasse hat oder sich in Krankenhausbehandlung begibt. Von kurzen Arbeitsunfähigkeitsfällen der Pflichtmitglieder ohne sofortigen Barleistungsanspruch und der freiwilligen Mitglieder erfährt die Krankenkasse jedoch nicht immer.
2. Der Krankenstand berücksichtigt nur die Arbeitsunfähigkeitsfälle, die finanziell ganz oder teilweise zu Lasten der sozialen Krankenversicherung gehen. Andere Arbeitsunfähigkeitsfälle (z. B. Heilverfahren

der Renten- und Unfallversicherung) bleiben somit außer Betracht.

3. Der Krankenstand berücksichtigt nur die Arbeitsunfähigkeitsfälle, die zum Erhebungszeitpunkt des Stichtags bestehen. Krankheitsfälle, die diesen Zeitpunkt nicht berühren, kommen also nicht zur Geltung.

Aus den beiden erstgenannten Einschränkungen ergibt sich eine gewisse, statistisch nicht abgrenzbare Untererfassung der Arbeitsunfähigkeitsfälle, so daß die Höhe der errechneten Krankenstandsziffern etwas unter dem tatsächlichen Krankenstand liegt. Auf Grund der wohl zutreffenden Annahme, daß diese Einschränkungen für jeden Erhebungsstichtag etwa in gleichem Ausmaß gelten, wird dadurch aber nur die Höhe und nicht auch die Entwicklungsreihe der Krankenstandsziffern beeinträchtigt (vgl. hierzu auch die Ausführungen zu Schaubild 1). In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch versicherungsrechtliche Änderungen den Krankenstand beeinflussen können. An derartigen Änderungen sind die am 1. Juli 1957 und am 1. August 1961 in Kraft getretenen Verkürzungen der Krankengeld-Wartezeit, die am 1. Juli 1963 wirksam gewordene Neuabgrenzung der Zuständigkeit zwischen Kranken- und Unfallversicherung sowie verschiedene mitgliederrechtliche Neuregelungen zu nennen. Der Einfluß dieser rechtlichen Bestimmungen auf den Verlauf des Krankenstandes ist statistisch nicht abgrenzbar. Für den langfristigen Entwicklungsverlauf ist er jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Zu der dritten obengenannten Einschränkung ist zu erwähnen, daß die Abstimmung der Krankenstandsermittlungen auf monatlich einen Stichtag zweifellos ungenauer und mehr zufallgebunden ist als eine Darstellung, die auch die während des Monats eintretende Entwicklung berücksichtigt. Um diesen Nachteil in etwa auszugleichen, wird seit 1962 in der Monatsstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung zusätzlich die „Bestandsveränderung der arbeitsunfähig kranken Mitglieder“ erfaßt. Durch diese Ermittlung der jeweils während des Monats eingetretenen Zu- und Abgänge an arbeitsunfähig kranken Mitgliedern ergeben sich für die Darstellung der Krankenstandsentwicklung neue Aussagen. Nachdem die Ergebnisse dieser zusätzlichen Ermitt-

lungen inzwischen für mehrere Berichtsjahre vorliegen, sollen sie im nachstehenden Bericht erstmals in Form einer Zeitreihe dargestellt und mit den herkömmlichen Krankenstandsziffern verglichen werden. Die Ermittlung der Zu- und Abgänge ist nicht (wie die Stichtags-erhebung) nach Versichertengruppen gegliedert, so daß bei dieser vergleichenden Untersuchung vom Krankenstand der Mitglieder insgesamt ausgegangen werden muß. Da jedoch, wie erwähnt, die vollzählige Erfassung des Krankenstandes bei den Pflichtmitgliedern ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen und den freiwilligen Mitgliedern nicht so gewährleistet ist wie bei den Pflichtmitgliedern mit sofortigem Barleistungsanspruch (grundsätzlich alle Arbeiter), soll deshalb zunächst auf die Frage eingegangen werden, ob eine solche Gesamtdarstellung überhaupt aussagefähig und sinnvoll ist oder ob sie durch Untererfassungen bei den genannten Versichertengruppen in ihrem Entwicklungsverlauf verzerrt wird.

Gesamtverlauf folgt im wesentlichen der Entwicklung bei den Pflichtmitgliedern mit sofortigem Barleistungsanspruch

Die Krankenstandsziffern der Pflichtmitglieder mit sofortigem Barleistungsanspruch liegen etwas höher als der Gesamt-Krankenstand der Krankenkassenmitglieder. Inwieweit diese Unterschiede auf einem tatsächlich höheren Krankenstand der Arbeiter beruhen oder auf einer meldetechnisch bedingten Untererfassung derjenigen kranken Mitglieder, die im Krankheitsfall keinen sofortigen Anspruch auf Barleistungen gegenüber ihrer Krankenkasse geltend machen können (meist Angestellte), ist aus der Krankenversicherungsstatistik nicht ersichtlich. Wegen des engen Kontakts zwischen Personalbüro und Krankenkasse dürfte die vollzählige Erfassung der kranken Angestellten bei den Betriebskrankenkassen am ehesten gewährleistet sein. Im Durchschnitt des Jahres 1968 waren bei den Betriebskrankenkassen in Bayern täglich von je 100 Pflichtmitgliedern mit sofortigem Barleistungsanspruch gut 6, von je 100 Pflichtmitgliedern ohne sofortigen Barleistungsanspruch knapp 5 arbeitsunfähig krank. Es kann demnach angenommen werden, daß die Angestellten tatsächlich einen etwas niedrigeren Krankenstand haben als die Arbeiter.

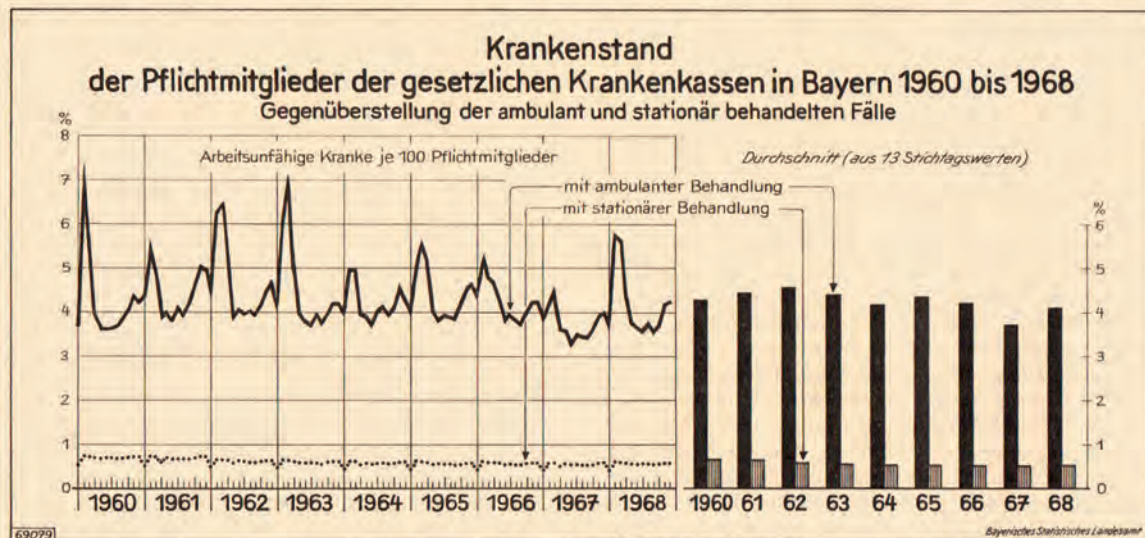


Schaubild 1

Schaubild 1 zeigt, daß die Krankenstandsziffern der Pflichtmitglieder mit sofortigem Barleistungsanspruch zwar stets etwas höher sind als die der Krankenkassenmitglieder insgesamt, daß aber der Entwicklungsverlauf beider Kurven weitgehend gleichgerichtet ist. Diese Parallelität ergibt sich sowohl beim Vergleich der Ursprungsreihen als auch aus den jeweils nach 13 Stichtagsergebnissen errechneten Jahresdurchschnitten. Die Gesamtkurve folgt in ihrer Entwicklung ziemlich genau der Krankenstandskurve der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen, die auf einer prak-

tisch vollzähligen Erfassung basiert. Dieser enge Zusammenhang ist zum Teil schon durch die Mitgliederstruktur zu erklären, da mehr als die Hälfte der Krankenkassenmitglieder (ohne Rentner) als Pflichtmitglieder einen sofortigen Barleistungsanspruch haben (vgl. Übersicht 1). Jedenfalls kann — wie eingangs schon erwähnt — davon ausgegangen werden, daß die Unterfassung der kranken Angestellten kaum den Entwicklungsverlauf der Gesamt-Krankenstandsziffern beeinträchtigt, daß der Ungenauigkeitsfaktor also im wesentlichen konstant bleibt.

Vergleicht man für die einzelnen Versichertengruppen nicht die Höhe, sondern den Entwicklungsverlauf der Krankenstandsziffern, so zeigt sich, daß im Gesamtbild des Zeitraumes 1960 bis 1968 der Krankenstand der Angestellten im Gegensatz zu dem der Arbeiter einen deutlich ansteigenden Trend aufweist (Schaubild 2).

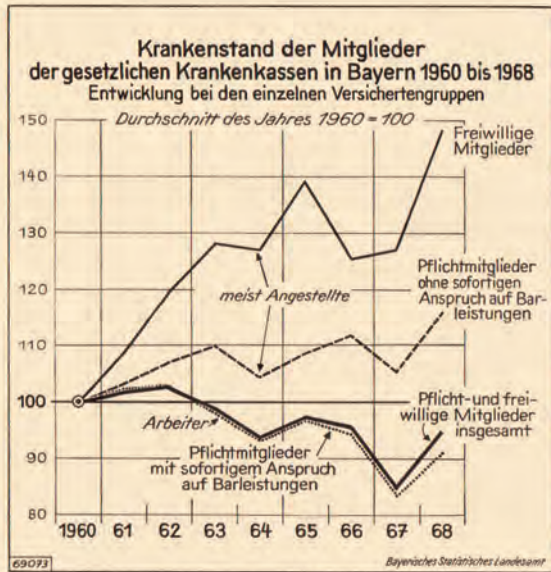


Schaubild 2

Monatsergebnisse aussagekräftiger als Stichtagsergebnisse

Der Krankenstand wird als Stichtagsergebnis jeweils zu Beginn des Monats ermittelt. Durch die seit 1962 in die Monatsstatistik der Krankenversicherung eingefügte Erfassung der Fluktuation der arbeitsunfähig kranken Mitglieder ist nun aber auch die im Laufe des Monats eingetretene Veränderung bekannt. Aus dem Anfangsbestand an Kranken plus Zugängen während des Monats oder aus dem Endbestand plus Abgängen ergibt sich die Zahl der Mitglieder, die insgesamt im Laufe des Monats für kürzere oder längere Zeit wegen Krankheit arbeitsunfähig gemeldet waren. Setzt man diese Zahl in Relation zur jeweiligen Gesamtzahl der Mitglieder, so erhält man eine Verhältniszahl, die angibt, wie viele von je 100 Mitgliedern im Laufe des betreffenden Monats krank gemeldet waren.

Übersicht 2. Krankenstand der Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen in Bayern 1962 bis 1968

Monat	Arbeitsunfähige Kranke in % der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder insgesamt													
	zu Beginn des Monats							im Laufe des Monats						
	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Ergebnis der monatlichen Erhebung¹⁾														
Januar	4,04	3,76	3,61	3,61	4,00	3,52	3,39	12,72	11,66	10,11	9,55	10,70	8,93	11,12
Februar	5,74	5,44	4,61	4,55	4,97	3,99	5,39	14,56	14,02	10,67	11,27	10,96	9,44	14,39
März	5,93	6,43	4,65	5,13	4,57	4,30	5,32	13,06	14,05	10,03	13,60	11,26	9,54	11,77
April	4,75	4,62	3,78	4,82	4,47	3,48	4,24	9,61	9,55	9,50	9,80	9,62	8,11	8,96
Mai	3,74	3,81	3,73	3,82	4,16	3,51	3,70	9,22	8,83	7,84	8,79	9,04	7,46	8,55
Juni	3,97	3,65	3,50	3,64	3,64	3,22	3,59	8,68	7,73	8,81	8,30	8,53	7,65	7,53
Juli	3,81	3,56	3,77	3,67	3,77	3,41	3,54	9,31	9,28	9,65	8,85	8,80	7,92	9,17
August	3,85	3,78	3,92	3,64	3,66	3,34	3,66	9,08	8,77	8,88	8,50	8,51	7,83	8,16
September	3,75	3,53	3,68	3,57	3,54	3,29	3,47	8,94	8,75	9,19	8,87	8,71	7,81	8,21
Oktober	3,95	3,76	3,82	3,94	3,76	3,45	3,60	10,58	10,17	10,07	9,78	9,42	8,78	9,74
November	4,29	3,99	4,31	4,28	4,00	3,72	4,04	10,60	9,57	10,22	10,46	9,62	9,02	9,53
Dezember	4,48	4,01	4,09	4,41	4,03	3,83	4,11	9,05	8,58	9,11	10,07	8,66	8,08	8,71
Durchschnitt²⁾	4,31	4,15	3,93	4,08	4,01	3,57	3,98	10,45	10,08	9,51	9,82	9,49	8,38	9,65
Gleitender Monatsdurchschnitt³⁾														
Januar	4,46	4,26	3,87	4,06	4,08	3,71	3,86	..	10,28	9,36	9,84	9,72	8,70	9,37
Februar	4,45	4,26	3,90	4,05	4,08	3,67	3,88	..	10,27	9,38	9,79	9,72	8,64	9,43
März	4,44	4,23	3,89	4,03	4,08	3,65	3,89	..	10,25	9,40	9,76	9,71	8,57	9,46
April	4,43	4,24	3,91	4,05	4,09	3,64	3,92	..	10,22	9,41	9,73	9,69	8,51	9,52
Mai	4,42	4,24	3,95	4,08	4,09	3,64	3,96	..	10,16	9,44	9,73	9,64	8,45	9,58
Juni	4,39	4,22	3,96	4,09	4,08	3,62	3,99	..	10,10	9,48	9,78	9,54	8,41	9,63
Juli	4,31	4,15	3,93	4,08	4,01	3,57	3,98	10,41	10,02	9,48	9,87	9,41	8,47	..
August	4,42	4,22	4,00	4,19	4,01	3,72	..	10,34	9,81	9,49	9,90	9,28	8,77	..
September	4,47	4,15	4,04	4,19	3,95	3,82	..	10,36	9,50	9,66	9,79	9,14	9,07	..
Oktober	4,37	3,95	4,05	4,14	3,87	3,81	..	10,40	9,33	9,82	9,69	9,01	9,20	..
November	4,30	3,88	4,06	4,09	3,80	3,83	..	10,38	9,29	9,87	9,69	8,88	9,28	..
Dezember	4,29	3,86	4,05	4,07	3,72	3,84	..	10,32	9,30	9,89	9,71	8,77	9,32	..

¹⁾ Graphisch in Schaubild 3 dargestellt. — ²⁾ Bei den Stichtagsergebnissen („Beginn des Monats“): Dreizehmonats-Durchschnitt. Bei den Zeitraumergebnissen („im Laufe des Monats“): Zwölfmonats-Durchschnitt. — ³⁾ Graphisch in Schaubild 4 dargestellt.

In Übersicht 2 ist auf der linken Hälfte der Tabelle der Krankenstand als Stichtagsergebnis („zu Beginn des Monats“) und auf der rechten als Monatsergebnis („im Laufe des Monats“) ausgewiesen. Diese Zahlen, vor allem ihre graphische Darstellung, zeigen, daß die Krankenstandsentwicklung deutlicher zum Ausdruck kommt, wenn man nicht nur den Stand am Monatsersten, sondern die ganze während des Monats eingetretene Entwicklung berücksichtigt. Zwangsläufig sind diese Krankenstandsziffern höher als die Stichtagsergebnisse, da im Laufe des Monats mehr Personen krank sind als an einem bestimmten einzelnen Stichtag. Auch die saisonale Schwankung kommt deutlicher zur Geltung. Innerhalb eines Monats aufgetretene Spitzenwerte oder Tiefpunkte werden erkennbar, die bei bloßen

Stichtagsergebnissen unter Umständen nicht in Erscheinung treten. Beispiel: Der 1963 im Laufe des Monats März noch relativ hohe Krankenstand kommt im Monatsergebnis deutlich zum Ausdruck, ist aber aus den Stichtagsergebnissen nicht ersichtlich, da der Krankenstand am 1. April bereits wieder verhältnismäßig gering war.

Der grundsätzliche Verlauf ist jedoch bei beiden Darstellungsarten gleich. Wenn man in Kauf nimmt, daß die saisonalen Ausschläge nur in abgeschwächter Form sichtbar werden, ist also das herkömmliche, aus Vereinfachungsgründen auf monatlich einen Stichtag beschränkte Erhebungsverfahren durchaus geeignet, den Entwicklungsverlauf zu charakterisieren.

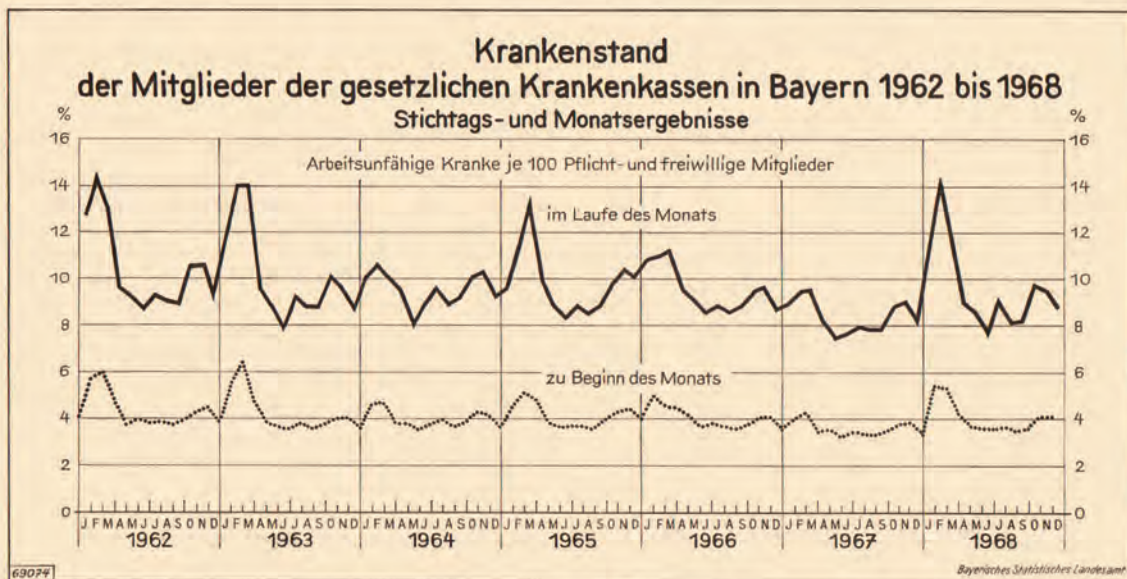


Schaubild 3

Kein stetiger Entwicklungstrend

Zerlegt man die Entwicklungskurve des Krankenstandes, so ergibt sich für den Zeitraum 1962 bis 1968 der in Schaubild 4 dargestellte Trend und die in Schaubild 6 aufgezeigte Saisonkomponente. Der Entwicklungstrend ist — einmal nach den Stichtagsergebnissen und zum anderen nach den Monatsergebnissen errechnet — als gleitender Dreizehn- bzw. Zwölfmonats-Durchschnitt eingezeichnet.

Die gleitenden Monatsdurchschnitte (zahlenmäßig in Übersicht 2 ausgewiesen) bilden trotz der durch die Durchschnittsbildung vorgenommenen Saisonbereinigung noch eine recht bewegte Kurve. Auch die vereinfachte Trenddarstellung durch Jahresdurchschnitte ergibt im Vergleich der einzelnen Jahre nicht eine stetige Entwicklungsfolge. Eine von Jahr zu Jahr beständige, klare Entwicklungstendenz des Krankenstandes ist somit nicht feststellbar.

Der Krankenstand wies im Zeitraum 1962 bis 1968 in den Jahren 1963/64 und besonders 1966/67 einen rückläufigen Trend auf, aber in den Jahren 1965 und hauptsächlich 1968 eine ansteigende Tendenz.

Trotz dieser Auf- und Abbewegung der einzelnen Jahresergebnisse ist im langfristigen Zeitvergleich eine

Zunahme des Krankenstandes zu beobachten. Von jeweils 1 000 Pflichtmitgliedern mit sofortigem Barleistungsanspruch waren im Durchschnitt¹⁾ der neun Jahre 1951 bis 1959 täglich 43 arbeitsunfähig krank gemeldet, im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1968 hingegen fast 56. Selbst im Jahr 1967, das mit Abstand den niedrigsten Krankenstand der sechziger Jahre aufwies, war der durchschnittliche Krankenstand höher als in einem der sechs Jahre 1951 bis 1956. Diese langfristig zum Ausdruck kommende Zunahme ist (abgesehen von methodischen und rechtlichen Gründen) vermutlich auch darauf zurückzuführen, daß sich die Verhaltensweisen der Arbeitnehmer bei Erkrankungen im Laufe der Zeit allgemein etwas verändern.

Interessant wäre nun zweifellos die Frage, welcher Krankenstand als „normal“ anzusehen ist. Eine allgemein gültige, objektive Antwort hierauf gibt jedoch die Statistik nicht. Im Durchschnitt¹⁾ der 18 Jahre 1951 bis 1968 waren von je 100 Pflichtmitgliedern mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen täglich rund 5 arbeitsunfähig krank. Diese auf einer 18jährigen, monatlichen Stichtagserhebung beruhende Quote von 5% vermittelt einen überschlägigen, empirisch gewonnenen Anhalt über den im Gesamtbild „normalen“ jahresdurchschnittlichen Krankenstand der Arbeiter. Durch

¹⁾ Arithmetisches Mittel aus den Jahresdurchschnitten.

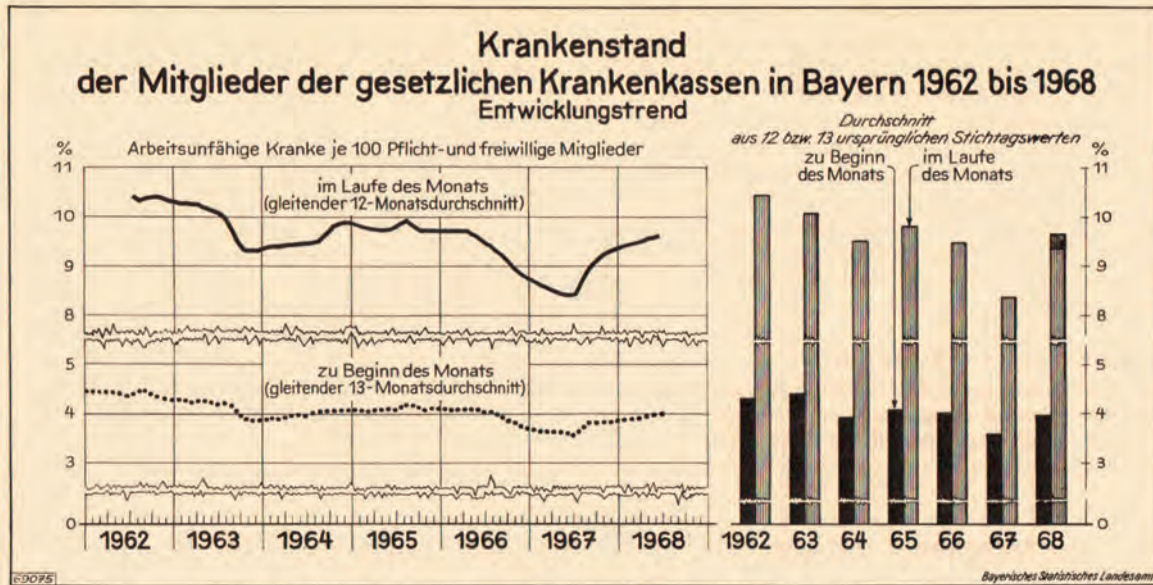


Schaubild 4

die verschiedenen Einflüsse weichen die einzelnen Jahre hiervon mehr oder weniger stark ab. Allerdings ist diese Schwankung, abgesehen von den jahreszeitlich bedingten Spitzen, nicht allzu groß: während der Krankenstand der Pflichtmitglieder mit sofortigem Barleistungsanspruch im Gesamtdurchschnitt 1951 bis 1968 bei 4,9% lag, bewegte er sich im Vergleich der einzelnen Jahresdurchschnitte zwischen 3,3% (1952) und 6,0% (1962). Langfristig gesehen reagiert der Krankenstand also nur zu einem Teil auf verändernde Einflüsse.

Einfluß der Konjunktur

Der Trend des Krankenstandes wird offensichtlich durch verschiedenartige Umstände beeinflusst, die komplex ineinandergreifen. Im folgenden soll kurz die Frage untersucht werden, ob sich auch die konjunkturelle Entwicklung des Arbeitsmarktes auswirkt. Als statistische Hilfsgröße zur Darstellung der Arbeitsmarktlage wird dabei der Bedarf an Arbeitskräften — ausgedrückt durch das Verhältnis der offenen Stellen zu den Arbeits-

losen — zugrunde gelegt und dem Krankenstand gegenübergestellt. Diese in Schaubild 5 für den Zeitraum 1958 bis 1968 vorgenommene Gegenüberstellung läßt auf einen gewissen Zusammenhang zwischen Konjunktur und Krankenstand schließen. Beide Kurven nehmen einen ähnlichen Verlauf: bei konjunkturellem Anstieg erhöht sich demnach der Krankenstand und bei Konjunkturabschwächung nimmt der Krankenstand ab.

Auch Korrelationsberechnungen weisen auf einen solchen Zusammenhang hin. So ergeben sich für die Entwicklung 1955 bis 1968 — also für eine relativ lange und deshalb Zufälle ausgleichende Zeitreihe — folgende Korrelationskoeffizienten:

- Rangkoeffizient ρ nach Spearman-Pearson = + 0,77
- Koeffizient i nach Fechner = + 0,93
- Korrelationskoeffizient r nach Bravais-Pearson = + 0,80

Zur Aussage der Korrelationskoeffizienten ist zu erwähnen, daß sie sich nur zwischen minus 1 (gegenläufige Entwicklung) und plus 1 (gleichlaufende Entwicklung) bewegen können. Die errechneten Koeffizienten ergeben eine positive Verbundenheit zwischen Konjunktur- und Krankenstandsentwicklung. Der Korrelationsgrad zeigt jedoch, daß der Krankenstand keineswegs parallel, sondern allenfalls nur teilweise auf konjunkturelle Veränderungen reagiert. Für einen Zusammenhang zwischen Konjunktur- und Krankenstandsverlauf kommen verschiedene Gründe in Betracht. Verleitet etwa die Hochkonjunktur mit ihren guten Beschäftigungsmöglichkeiten den Arbeitnehmer zu einer großzügigeren Pflichtauffassung oder beeinträchtigt die Sorge um den Arbeitsplatz in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten eine angemessene Rücksichtnahme auf die Gesundheit? Liegt der Krankenstand in der Hochkonjunktur deshalb relativ hoch, weil auch die gesundheitlich nicht voll einsatzfähigen Arbeitskräfte beschäftigt werden — geht der Krankenstand bei Konjunkturabschwächung deshalb zurück, weil dann in erster Linie diese beschränkt einsatzfähigen Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden? Solche Fragen können aus dem vorhandenen statistischen Material nicht beantwortet werden. Sie sind wohl über-

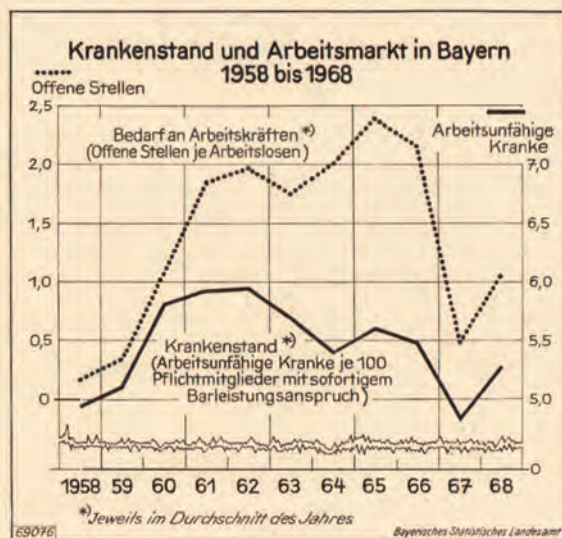


Schaubild 5

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 01/1969

haupt nicht verallgemeinernd beantwortbar, sondern nur durch spezielle Untersuchungen z. B. auf betrieblicher Ebene näher abzugrenzen, auf keinen Fall aber durch einseitige, interessenorientierte Schwarz-Weiß-Malerei zu klären. Außerdem ist nochmals festzuhalten, daß die Konjunktur nicht der einzige Faktor ist, der den Trend des Krankenstandes beeinflußt. Auch in der DDR ist der durchschnittliche Krankenstand 1966 und 1967 zurückgegangen und 1968 wieder angestiegen¹⁾, obgleich es in der sozialistischen Wirtschaft keine konjunkturellen Entwicklungen im Sinne kapitalistischer Wirtschaftsweise geben kann.

Typischer jahreszeitlicher Rhythmus

Der Krankenstand weist starke kurzfristige Schwankungen auf. Besonders anschaulich kommen diese zur Geltung, wenn man speziell die Schwankungskompo-

nente herausstellt, indem man den Trend ausschaltet, also die Trendwerte (Übersicht 2 unten) von den Ursprungswerten (Übersicht 2 oben) abzieht. Das Ergebnis dieser Berechnung ist in Schaubild 6 wieder gegeben.

Die Schwankungskomponente des Krankenstandes hat einen typischen, sich jährlich mehr oder weniger gleichlaufend wiederholenden Rhythmus. Der Krankenstand ist im Winter höher als im Sommer; seine saisonale Spitze erreicht er jährlich in den Monaten Februar und März. Die saisonalen Schwankungen des Krankenstandes sind also offensichtlich und erwartungsgemäß in erster Linie witterungsbedingt. Als Sonderheit ist jedoch zu erwähnen, daß in der Weihnachts- und Neujahrszeit trotz des Winterwetters stets ein erheblicher, allerdings nur kurzer Rückgang erfolgt. Man könnte hier von einer „Feiertagspause“ sprechen.

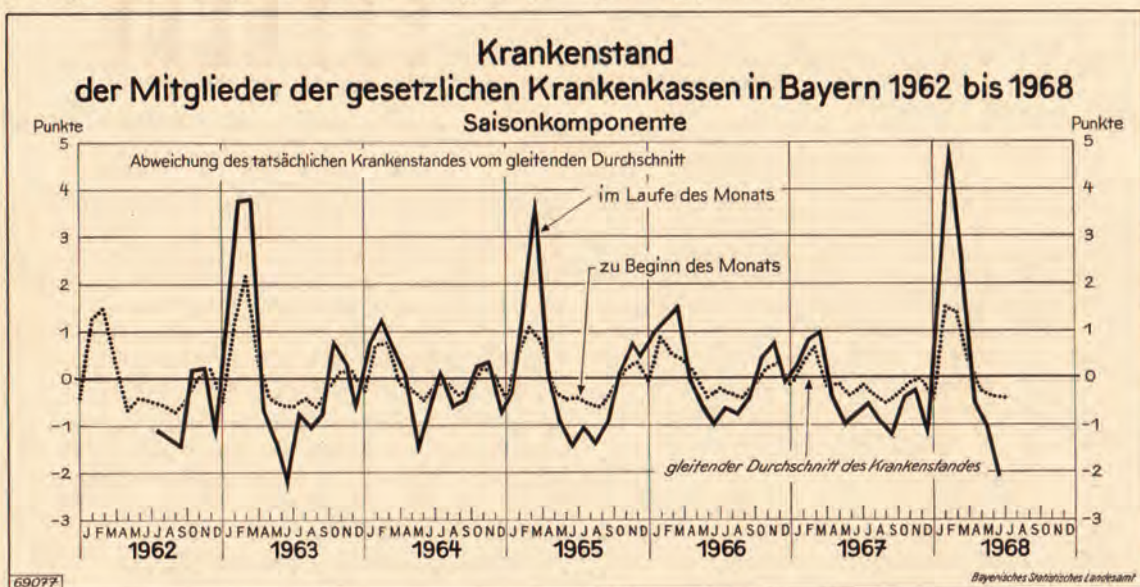


Schaubild 6

Aus Schaubild 6 geht hervor, daß die saisonalen Schwankungen nach oben weit stärker ausschlagen als nach unten. Auf extreme Spitzenbelastungen (z. B. Grippe) reagiert der Krankenstand also relativ stark. Allerdings dauern diese extremen Belastungen nur verhältnismäßig kurze Zeit, so daß im ersten Vierteljahr die Abweichungen vom Durchschnitt wesentlich stärker sind als in den übrigen drei Vierteljahren. Die nach unten weniger ausgeprägte Elastizität weist darauf hin, daß ein bestimmter Krankenstand als saisonunabhängiges Minimum immer — also auch bei sehr günstiger Witterung — bestehen bleibt. Ein Stichtag mit saisonal sehr geringem Krankenstand ist der 1. September. Von je 1000 Pflichtmitgliedern mit sofortigem Barleistungsanspruch waren 1966 bis 1968 am 1. September durchschnittlich 47 arbeitsunfähig krank, im Gesamtdurchschnitt dieser drei Jahre dagegen 52. Das jahreszeitliche Minimum liegt also nicht besonders weit unter dem Jahresdurchschnitt. Jedenfalls ist diese Differenz nicht so groß wie der Unterschied zwischen jahreszeitlichem Maximum und Durchschnitt. An dem relativ stark belasteten Stichtag 1. Februar waren in den drei genannten Jahren von je 1000 Pflichtmitgliedern mit sofortigem Barleistungsanspruch immerhin durchschnittlich 66 arbeitsunfähig krank. Selbst-

verständlich sind die saisonalen Schwankungen nicht in jedem Jahr gleich stark ausgeprägt.

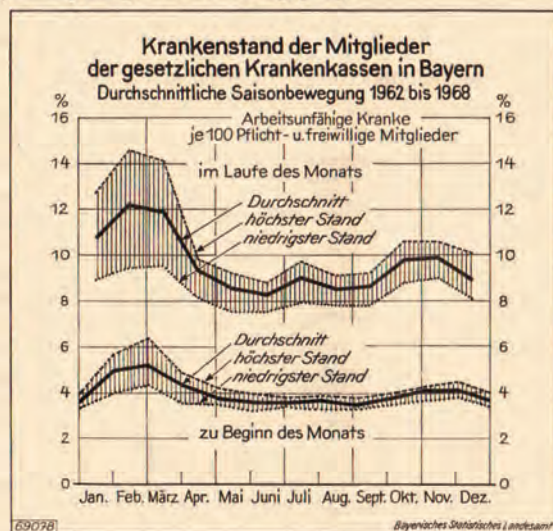


Schaubild 7

¹⁾ Zeitschrift des FDGB „Sozialversicherung, Arbeitsschutz“ Heft 4/1969, S 1.

Schaubild 7 stellt die typische Saisonbewegung des Krankenstandes heraus. Zur Darstellung dieser Saisonnormale wurde für die Jahre 1962 bis 1968 jeweils das arithmetische Mittel aller Januar-Krankenstandsziffern, das arithmetische Mittel aller Februar-Ergebnisse usw. berechnet. Die Saisonnormale zeigt den bereits kurz beschriebenen typischen jahreszeitlichen Verlauf des Krankenstandes: Spitze im ersten Vierteljahr — niedriger Stand und relativ wenig Bewegung in den Monaten Mai bis September — Anstieg ab Oktober — Unterbrechung zum Jahreswechsel.

Aufschlußreich ist auch die Einzeichnung eines Schwankungsbereichs. Dies erfolgte in Schaubild 7 in der Weise, daß zum durchschnittlichen Januarstand der im Zeitraum 1962 bis 1968 festgestellte niedrigste und höchste Januarstand angegeben wurde, zum durchschnittlichen Februarwert der niedrigste und höchste Februarwert usw. Dabei ergibt sich wieder, daß in dem saisonal besonders stark belasteten ersten Kalendervierteljahr der Schwankungskorridor wesentlich breiter ist als zur übrigen Zeit des Jahres, daß also der Krankenstand bei ungünstiger Witterung stärker nach oben ausschlägt als bei günstiger Witterung nach unten. Aus der Summe der jeweiligen Abweichungen kann man auch für jeden Erhebungstichtag bzw. -monat eine durchschnittliche Abweichung errechnen¹⁾.

Krankenhausstand zeigt wenig Veränderung

Der Krankenstand umfaßt die ambulant und die stationär behandelten Arbeitsunfähigkeitsfälle. Die für beide Behandlungsarten gesonderte Darstellung ist in vieler Hinsicht interessant. Erwartungsgemäß überwiegen mit Abstand die ambulant behandelten Arbeitsunfähigkeitsfälle. Nur ein relativ geringer Teil des Krankenstandes — bei den Pflichtmitgliedern z. B. ein Achtel — beruht auf Krankenhausfällen.

Der Krankenhausstand weist wenig Veränderungen auf. Dies gilt sowohl für den langfristigen als auch für den saisonalen Verlauf. Auffallend ist jedoch der jährlich zur Weihnachts- und Neujahrszeit eintretende, vorübergehende Rückgang der Krankenhausfälle; Ende Dezember/Anfang Januar erreicht der Krankenhausstand jährlich seinen niedrigsten Stand (vielfach Krankenhausferien, nur dringende Operationen). Davon abgesehen

Übersicht 3. Krankenstand der Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenkassen in Bayern 1960 bis 1968, gegliedert nach ambulanter und stationärer Behandlung

Monat	Arbeitsfähige Kranke in % der Pflichtmitglieder (Stand jeweils Monats erster ²⁾)								
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Krankenstand ambulant									
Januar	3,70	4,39	4,33	4,02	3,91	3,93	4,32	3,78	3,60
Februar	7,35	5,63	6,23	5,92	4,96	4,93	5,30	4,19	5,78
März	5,56	4,89	6,49	7,11	4,98	5,63	4,80	4,55	5,63
April	3,97	3,85	5,01	4,88	3,97	5,25	4,69	3,61	4,33
Mai	3,60	4,02	3,86	3,95	3,88	4,04	4,34	3,59	3,75
Juni	3,60	3,79	4,10	3,77	3,65	3,81	3,76	3,29	3,66
Juli	3,62	4,17	3,96	3,68	4,00	3,93	3,94	3,53	3,56
August	3,57	3,90	4,02	3,99	4,18	3,88	3,81	3,45	3,73
September	3,85	4,15	3,91	3,70	3,90	3,84	3,68	3,42	3,51
Oktober	4,03	4,65	4,12	3,96	4,07	4,12	3,92	3,60	3,68
November	4,42	5,08	4,52	4,20	4,65	4,51	4,21	3,89	4,17
Dezember	4,19	4,95	4,72	4,20	4,31	4,64	4,23	4,01	4,22
Durchschnitt	4,10	4,47	4,77	4,41	4,19	4,37	4,22	3,73	4,12
Krankenstand stationär (Krankenhausstand)									
Januar	0,52	0,50	0,47	0,45	0,43	0,41	0,41	0,41	0,41
Februar	0,73	0,73	0,66	0,65	0,61	0,61	0,61	0,58	0,61
März	0,71	0,72	0,65	0,64	0,61	0,61	0,61	0,59	0,59
April	0,70	0,64	0,64	0,61	0,53	0,59	0,58	0,50	0,58
Mai	0,68	0,69	0,56	0,59	0,57	0,54	0,58	0,56	0,55
Juni	0,70	0,66	0,62	0,58	0,55	0,56	0,53	0,53	0,54
Juli	0,69	0,67	0,60	0,59	0,57	0,54	0,55	0,55	0,57
August	0,68	0,67	0,59	0,57	0,58	0,55	0,54	0,53	0,55
September	0,68	0,66	0,59	0,55	0,56	0,52	0,53	0,52	0,54
Oktober	0,70	0,70	0,61	0,58	0,56	0,53	0,56	0,53	0,55
November	0,71	0,73	0,62	0,60	0,59	0,56	0,57	0,57	0,57
Dezember	0,71	0,72	0,64	0,61	0,60	0,57	0,57	0,58	0,58
Durchschnitt	0,67	0,66	0,59	0,57	0,53	0,54	0,54	0,53	0,54

ist er weitgehend konstant, also im allgemeinen weder witterungs- noch konjunkturabhängig. Dabei ist allerdings daran zu erinnern, daß ein gleichbleibender Krankenhausstand nicht unbedingt bedeutet, daß auch die absolute Zahl der Krankenhausfälle gleich bleibt; es ist stets auch die Entwicklung des Mitgliederbestandes zu berücksichtigen (vgl. Übersicht 1). Außerdem ist zu erwähnen, daß der Entwicklung des Krankenhausstandes durch die verfügbare Krankenhauskapazität nach oben feste Grenzen gesetzt sind.

Auf saisonale und andere verändernde Einflüsse reagiert somit hauptsächlich nur der Teil des Krankenstandes, der durch ambulant behandelte Arbeitsunfähigkeitsfälle verursacht wird. Das ergibt sich auch aus den in Übersicht 4 dargestellten unterschiedlichen Veränderungsquoten der ambulanten und stationären Arbeitsunfähigkeitsfälle. Bemerkenswert ist die auch bei den ambulant behandelten Arbeitsunfähigkeitsfällen bestehende Zäsur in der Weihnachts- und Neujahrszeit.

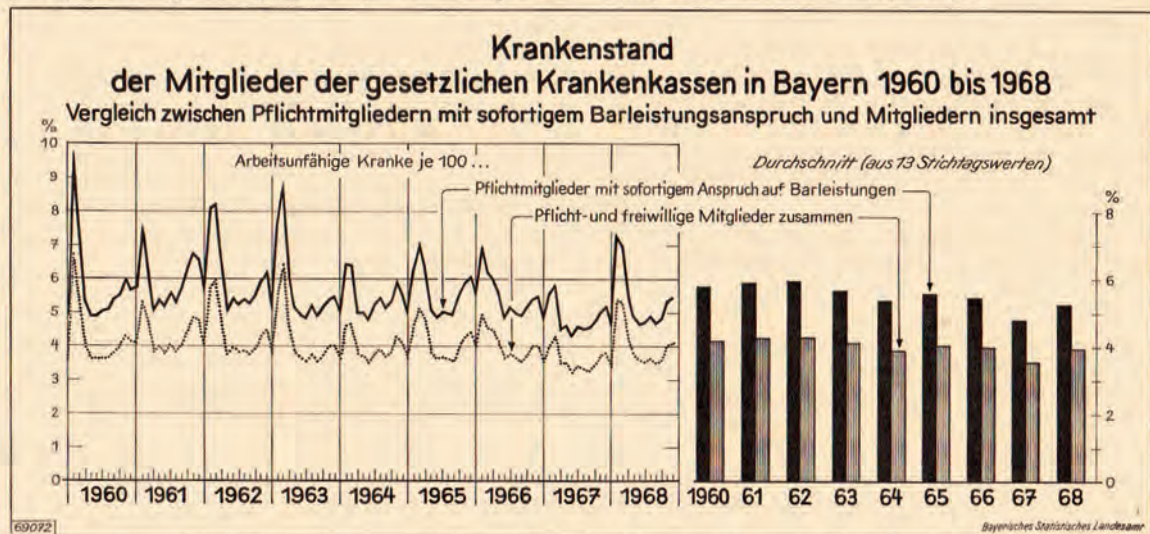


Schaubild 8

¹⁾ Vgl. Bundesarbeitsblatt Heft 7/1965, S. 267. — ²⁾ Graphisch in Schaubild 8 dargestellt.

Krankenkassenausgaben steigen überproportional

Besonders wichtige Ausgabearten der gesetzlichen Krankenkassen sind, soweit es um ambulante Behandlung geht, die Aufwendungen für ärztliche Behandlung, für Leistungen aus Apotheken und das Krankengeld. Bei der stationären Behandlung stehen die Ausgaben für Krankenhausbehandlung und Hausgeld im Vordergrund.

Übersicht 4. Veränderung der Arbeitsunfähigkeitsfälle und der Krankenhilfaufwendungen bei den gesetzlichen Krankenkassen in Bayern 1961 bis 1967

Jahr	Veränderung der							
	Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle ¹⁾ mit		Aufwendungen für ²⁾					stationäre Krankenhausbehandlung ³⁾
			ambulante ärztliche Behandlung ⁴⁾	Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	Krankengeld	Hausgeld		
	ambulanter Behandlung	stationärer						
gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %								
1961 . .	+ 2,4	+ 2,1	+ 11,6	+ 14,0	+ 13,7	+ 23,7	+ 13,6	
1962 . .	+ 7,0	+ 2,4	+ 9,2	+ 12,2	+ 12,4	+ 22,2	+ 13,8	
1963 . .	- 2,9	0,0	+ 8,0	+ 11,1	+ 1,1	+ 9,8	+ 10,9	
1964 . .	- 6,0	- 0,0	+ 11,4	+ 10,1	+ 1,7	+ 8,5	+ 11,6	
1965 . .	+ 6,0	+ 1,7	+ 14,9	+ 17,7	+ 11,0	+ 12,0	+ 14,8	
1966 . .	- 3,2	+ 2,1	+ 20,8	+ 20,8	+ 8,1	+ 15,8	+ 15,7	
1967 . .	- 14,2	+ 1,2	+ 5,9	+ 11,7	- 12,0	+ 0,2	+ 13,3	

Es zeigt sich, daß die Krankenhilfaufwendungen der Krankenkassen in den Jahren mit zunehmendem Krankenstand eine wesentlich stärkere Steigerungsquote als der Krankenstand aufweisen und in den Jahren mit zurückgehendem Krankenstand nur schwach auf diesen Rückgang reagieren. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung und Leistungen aus Apotheken haben auch bei rückläufigem Krankenstand zugenommen. Die Krankenkassenausgaben entwickeln sich also keineswegs parallel zum Krankenstand. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arzneimittel und Krankenhausbehandlung werden auch von anderen Faktoren als der Krankenstandsentwicklung beeinflusst, so z. B. von den Vereinbarungen zwischen Krankenkassen und Ärzteschaft. Vor dem 1. April 1966 wurden die kassenärztlichen Leistungen von den Pflichtkrankenkassen in Bayern fast ausnahmslos pauschal im Sinne des § 368 f Reichsversicherungsordnung (RVO) abgegolten und dementsprechend eine durch die Mitgliederzahl und die Kopfpauschale bestimmte Gesamtvergütung an die Kassenärztliche Vereinigung entrichtet. Die Höhe der Ausgaben der Krankenkassen für ärztliche Behandlung war deshalb bis zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich unabhängig von der Höhe des Krankenstandes. Seit April 1966 wird jedoch in der Regel Einzelleistungsvergütung gezahlt.

Im Zusammenhang mit der Ausgabenentwicklung ist darauf zu verweisen, daß der Krankenstand selbst-

verständlich keine umfassende Aussage über den Gesundheitszustand bzw. die Morbidität der Bevölkerung gibt; bei weitem nicht jeder, der zum Arzt oder zur Apotheke geht, meldet sich arbeitsunfähig krank. Einigermaßen elastisch reagieren auf die Krankenstands-entwicklung nur die Krankengeldausgaben. Hierauf ist es zurückzuführen, daß das Jahr 1967 für die Krankenkassen eine „finanzielle Verschnaufpause“ brachte, in dem erstmals seit 1957 nicht das Krankengeld, sondern die Ausgaben für ärztliche Behandlung den höchsten Ausgabeposten bildeten.

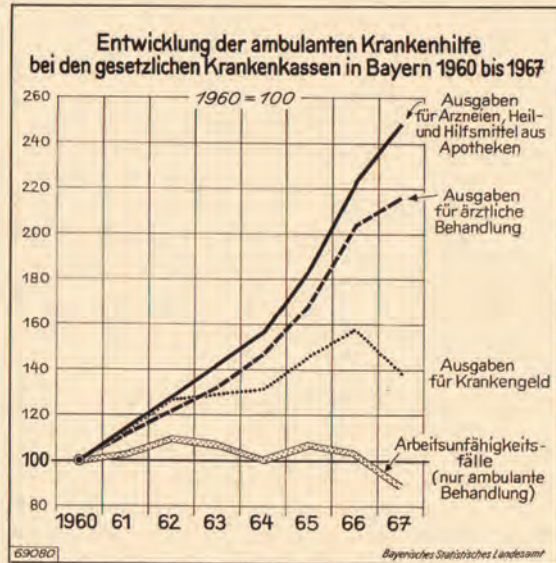


Schaubild 9

Die in Schaubild 9 dargestellten Entwicklungskurven (1960 = 100) zeigen, daß in den sechziger Jahren die Ausgaben der Krankenkassen einen wesentlich stärkeren Anstieg verzeichneten als die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle. Auf den im Jahr 1967 eingetretenen, relativ starken Rückgang des Krankenstandes reagierten nur die Krankengeldausgaben durch einen Rückgang.

Abschließend ist zu erwähnen, daß sich die Möglichkeiten und Aufgaben der amtlichen Statistik im wesentlichen auf die Darstellung und Beschreibung der Krankenstandsziffern beschränken. Darüber hinaus sind jedoch zur analytischen Untersuchung des Krankenstandes und seiner Entwicklung gezielte Forschungen insbesondere aus arbeitssoziologischer und sozialmedizinischer Sicht erforderlich. Die Sozialenquete⁵⁾ kommt in ihren Ausführungen über den Krankenstand zu dem Ergebnis, daß „sehr viele Teilprobleme wissenschaftlich noch unerforscht sind“.

¹⁾ Pflicht- und freiwillige Mitglieder (ohne pflichtversicherte Rentner). — ²⁾ Einschließlich entsprechender Leistungen für Familienangehörige. — ³⁾ Vergütungen für stationäre kassenärztliche Behandlung durch Belegärzte sind statistisch bei ambulanter Behandlung berücksichtigt. — ⁴⁾ Im Auftrag der Bundesregierung erarbeiteter Bericht über „Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland (Sozialenquete)“, Kohlhammer-Verlag, 1966.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014		2015			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 520	12 604	12 692	12 636	12 650	12 719	12 730	12 744	12 760
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 148	4 969	5 194	7 301	7 215	4 006	9 079	7 266	7 610
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	4,7	4,9	7,0	6,7	3,8	8,4	6,9	7,0
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 921	9 131	9 496	9 384	11 403	9 272	8 990	10 659	10 833
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,5	8,7	9,0	9,0	10,6	8,9	8,3	10,2	10,0
* Gestorbene ³	Anzahl	10 453	10 575	10 344	9 993	10 135	11 442	9 657	10 538	11 067
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,9	10,1	9,8	9,6	9,4	11,0	8,9	10,1	10,2
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	23	25	26	20	35	21	28	36	29
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,6	2,7	2,8	2,1	3,1	2,3	3,1	3,4	2,7
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	12	13	16	11	16	12	13	21	14
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,4	1,6	1,2	1,4	1,3	1,4	2,0	1,3
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 532	-1 444	- 848	- 609	1 268	-2 170	- 667	121	- 234
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,5	- 1,4	- 0,8	- 0,6	1,2	- 2,1	- 0,6	0,1	- 0,2
* Totgeborene ²	Anzahl	25	29	31	24	22	22	40	32	33
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	28 295	30 527	33 365	32 042	40 132	35 586	29 908	37 935	43 478
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	17 733	20 014	23 008	23 655	29 366	25 199	22 159	28 908	33 868
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 663	22 390	25 639	21 834	27 803	22 666	18 553	23 409	28 324
* darunter in das Ausland	Anzahl	11 391	13 050	15 839	13 501	18 134	13 270	11 504	14 304	18 655
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 563	10 514	10 356	8 387	10 766	10 387	7 749	9 027	9 610
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 272	9 340	9 800	8 333	9 669	9 396	7 049	9 105	9 669
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	7 632	8 137	7 726	10 208	12 329	12 920	11 355	14 526	15 154
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	42 140	43 522	44 525	41 045	46 387	42 923	35 048	41 236	41 935
		2012	2013	2014	2014		2015			
		Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Arbeitsmarkt⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 871,5	4 960,6	5 065,2	5 065,1	5 146,9	5 090,4	5 126,2	5 184,5	5 280,9
* Frauen	1 000	2 218,3	2 266,6	2 318,1	2 310,6	2 349,5	2 345,9	2 359,5	2 374,4	2 416,2
* Ausländer	1 000	438,2	478,9	533,8	540,0	563,4	549,9	572,9	602,4	630,3
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	149,1	1 215,0	1 266,8	1 266,1	1 287,9	1 296,3	1 317,9	1 339,8	1 361,0
* darunter Frauen ⁷	1 000	124,4	1 010,6	1 049,6	1 047,6	1 063,8	1 072,6	1 087,4	1 100,2	1 115,9
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	23,4	24,4	25,8	27,6	27,8	23,0	26,3	29,3	29,3
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 646,6	1 667,3	1 697,7	1 699,0	1 727,5	1 697,7	1 707,3	1 720,3	1 750,5
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 372,7	1 390,5	1 414,8	1 410,9	1 431,8	1 424,1	1 427,7	1 426,1	1 446,8
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 303,9	1 320,3	1 343,8	1 339,6	1 360,2	1 353,5	1 357,4	1 355,0	1 375,2
* F Baugewerbe	1 000	273,9	276,7	282,9	288,1	295,7	273,7	279,6	294,2	303,7
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 201,4	3 268,8	3 341,6	3 338,3	3 391,5	3 369,6	3 392,5	3 434,9	3 501,0
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 065,8	1 081,1	1 097,6	1 096,0	1 114,9	1 102,9	1 108,5	1 123,3	1 144,3
* J Information und Kommunikation	1 000	166,1	171,6	178,5	178,2	180,4	183,0	184,9	187,3	189,9
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,5	188,9	189,4	187,9	190,6	190,4	189,2	188,6	191,1
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	28,9	29,7	30,1	30,0	30,5	30,5	31,2	31,7	32,2
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	572,8	592,8	618,3	622,8	637,0	620,2	630,0	650,8	670,3
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 008,3	1 032,3	1 054,8	1 050,1	1 062,8	1 070,4	1 074,1	1 077,1	1 095,3
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,9	172,3	172,9	173,3	175,2	172,3	174,5	176,1	177,8
		2013	2014	2015	2015		2016			
		Jahresdurchschnitt			Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar	März
* Arbeitslose	1 000	264,5	264,6	256,5	297,6	233,7	242,6	290,8	288,8	275,3
* darunter Frauen	1 000	123,5	123,2	117,7	124,1	111,6	111,5	120,9	119,1	116,5
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8, 9}	%	3,8	3,8	3,6	4,2	3,3	3,4	4,1	4,1	3,9
* Frauen	%	3,8	3,7	3,5	3,8	3,3	3,3	3,6	3,5	3,5
* Männer	%	3,9	3,8	3,7	4,7	3,2	3,5	4,5	4,5	4,2
* Ausländer	%	8,8	8,7	8,6	9,8	8,1	8,5	10,0	10,2	10,1
* Jugendliche	%	3,2	3,2	3,1	3,5	2,5	2,6	3,2	3,4	3,3
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	23,1	17,7	...	42,6
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	64,4	73,1	87,8	79,9	93,4	90,8	89,5	95,3	97,9

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.

8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Landwirtschaft										
Schlachtungen¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	520,7	519,3	511,6	497,5	461,8	531,5	535,2	458,5	464,0
darunter Rinder	1 000	74,1	75,9	77,3	76,3	68,7	87,0	80,7	72,3	75,0
darunter Kälber ²	1 000	1,7	1,6	1,5	1,3	1,3	1,5	2,3	1,1	1,2
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,3	0,4
Schweine	1 000	436,1	432,9	423,9	414,5	386,2	434,8	444,1	379,9	381,7
Schafe	1 000	9,9	9,8	9,6	6,4	6,4	9,1	9,9	5,8	6,9
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	515,3	514,2	506,8	491,3	456,9	524,0	529,5	454,8	460,9
darunter Rinder	1 000	73,2	75,1	76,5	75,4	68,0	85,8	80,0	71,9	74,6
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,5	1,4	1,2	1,2	1,4	2,2	1,0	1,2
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3
Schweine	1 000	432,9	429,9	421,2	409,9	382,8	430,1	440,4	377,1	379,3
Schafe	1 000	8,7	8,6	8,5	5,5	5,8	7,6	8,6	5,4	6,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	343,0	343,9	344,1	346,8	347,3	343,9	344,0	347,2	348,8
darunter Kälber ²	kg	109,7	112,5	108,4	106,5	115,7	110,4	105,3	110,8	110,0
Jungrinder ³	kg	177,0	183,3	177,9	182,4	183,7	172,7	192,7	187,0	194,1
Schweine	kg	95,4	95,8	96,0	96,5	96,0	97,5	96,4	97,1	96,8
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,3	67,7	67,5	66,6	61,1	72,5	70,7	62,1	63,3
darunter Rinder	1 000 t	25,4	26,0	26,6	26,4	23,8	29,9	27,7	25,1	26,1
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,8	0,1	0,1	0,1	0,7
Schweine	1 000 t	41,6	41,5	40,7	40,0	37,1	42,4	42,8	36,9	37,0
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	66,7	67,2	67,0	65,9	60,5	71,6	70,2	61,7	62,1
darunter Rinder	1 000 t	25,2	25,8	26,4	26,2	23,6	29,5	27,5	25,0	26,0
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,3	41,2	40,4	39,6	36,7	41,9	42,4	36,6	36,7
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	3 964	4 730	5 091	4 879	5 048	5 075	5 091	5 137	5 147
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 472	4 153	4 499	4 355	4 589	3 447	3 413	3 541	3 580
Konsumeier ⁶	1 000	86 782	101 881	114 059	108 688	106 721	83 197	84 688	84 786	85 910
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	13,4	14,5	13,7	13,7	9,7	8,1	9,8	8,1	8,5
Getreideanlieferungen^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	5,3r	4,5	3,9	2,9	3,0	1,9	1,9	2,1	2,1
Weizen	1 000 t	53,1r	39,3r	33,7	26,6	29,2	27,5	34,3r	27,0	33,7
Gerste	1 000 t	12,6r	7,2r	8,9	5,0	6,1	4,8	5,3	4,1	6,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,6	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Vermahlung von Getreide^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	107,4	104,5	106,9r	101,8	95,8	112,3	113,8r	99,3	101,1
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,5	11,1	11,9	12,0	11,1	12,5	11,7	11,7	11,5
Weizen und -gemenge	1 000 t	95,9	93,4	95,0r	89,7	84,7	99,8	102,1r	87,6	89,7
Vorräte in zweiter Hand^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	40,5r	45,5	51,2	49,4	49,8	57,5r	53,1r	43,4	38,1
Weizen	1 000 t	439,6r	467,9r	490,3r	523,4	489,3	529,6r	593,0r	496,8	450,3
Gerste	1 000 t	219,0r	256,9r	332,1r	315,2	299,8	372,4r	408,5r	315,2	279,2
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	6,7	6,5	8,0	5,3	8,0r	7,5	6,3	5,5
Mais	1 000 t	76,0r	52,4r	63,2	66,8	61,1	96,8r	114,9r	86,3	80,4
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 859	1 928	...	1 540	1 478	1 710	1 917	1 480	1 626
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	115	115	...	77	75	86	98	79	81
11 bis 13	1 000 hl	1 718	1 776	...	1 430r	1 356	1 580	1 775	1 370	1 493
14 oder darüber	1 000 hl	26	35	...	33	48	44	44	30	52
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	370	383	...	274	315	325	320	306	376
dav. in EU-Länder	1 000 hl	230	236	...	167	177	184	214	189	220
in Drittländer	1 000 hl	140	147	...	107	138	141	105	117	156

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	10,8	10,5	10,2	13,7	10,3	9,1	7,9	12,7	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,3	9,4	9,2	13,8	9,2	8,7	11,4	12,9	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 874	3 830	3 911	3 820	3 910	3 908	3 904	3 871	3 962
* Beschäftigte	1 000	1 095	1 111	1 135	1 118	1 125	1 144	1 141	1 139	1 144
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	374	386	388	383	386	390	389	388	390
Investitionsgüterproduzenten	1 000	525	526	542	536	538	547	546	546	548
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	35	35	36	36	36	37	37	37	37
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	162	166	162	163	169	168	167	168
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	140 284	142 141	146 141	138 769	144 105	154 335	132 575	136 718	152 564
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 438	4 651	4 885	4 730	4 356	6 068	4 819	4 955	4 570
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 935	26 190	27 327	23 137	25 168	29 712	26 976	23 766	27 590
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 827	7 223	7 416	6 708	6 906	7 600	6 550	6 553	7 158
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 427	14 315	15 358	12 238	14 044	17 477	15 966	13 120	16 023
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 120	3 208	3 221	3 034	2 994	3 237	3 199	2 997	3 193
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 546	13 795	14 717	12 526	13 738	15 827	14 620	12 861	15 226
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	105,8	109,4	112,8	95,6	106,0	121,3	107,4	97,2	114,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	96,8	94,2	91,2	59,6	59,7	100,0	72,3	61,8	71,1
Verarbeitendes Gewerbe	%	105,8	109,4	112,9	95,8	106,2	121,4	107,5	97,4	115,1
Vorleistungsgüterproduzenten	%	104,5	108,3	109,8	98,8	103,7	113,4	95,3	98,1	110,7
Investitionsgüterproduzenten	%	107,3	111,5	116,5	93,6	109,6	128,4	115,2	96,7	120,5
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,7	106,8	108,0	96,6	97,8	113,0	108,0	97,2	105,0
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	110,5	118,0	118,3	109,5	108,0	121,2	125,9	111,0	120,8
Ausland	%	104,3	106,5	110,0	102,3	105,5	117,6	101,4	99,6	114,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	114,6	125,4	123,7	114,1	109,5	123,4	141,8	118,3	125,2
Investitionsgüterproduzenten	%	105,8	109,6	114,1	111,6	115,6	114,3	110,1	107,0	113,4
Gebrauchsgüterproduzenten	%	113,1	122,4	120,6	108,6	103,5	124,3	134,9	112,8	123,0
Verbrauchsgüterproduzenten	%	94,9	98,6	100,8	96,0	96,4	113,0	88,2	97,0	103,1
Energie	%	105,5	108,8	116,8	118,6	146,9	118,5	93,5	115,3	151,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	139 246	141 005	140 750	128 335	127 986	145 242	140 985	128 914	131 290
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 374	13 951	13 658	6 794	7 264	16 049	10 907	6 039	9 333
* dav. Wohnungsbauten	1 000	6 050	6 326	6 124	3 180	3 289	7 062	4 977	2 670	4 309
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 724	3 892	3 851	2 242	2 520	4 596	3 121	2 107	3 068
* Verkehrs- und übliche Bauten	1 000	3 601	3 733	3 684	1 372	1 455	4 391	2 809	1 262	1 955
* Entgelte	Mill. 	338,3	357,0	364,9	291,3	259,0	449,8	377,9	291,3	290,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. 	1 611,0	1 678,4	1 690,9	770,4	857,5	2 116,9	2 223,4	780,6	1 001,5
* dav. Wohnungsbau	Mill. 	629,1	640,2	667,4	308,0	332,2	830,6	864,9	348,7	450,3
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. 	524,6	582,6	565,3	270,7	334,5	680,3	779,8	251,1	356,5
* üblicher und Verkehrsbau	Mill. 	457,4	455,5	458,1	191,7	190,7	606,1	578,7	180,9	194,7
Messzahlen (2010 = 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	118,4	123,1	132,4	82,7	118,1	119,8	160,4	97,7	143,2
* davon Wohnungsbau	Messzahl	125,2	130,5	154,9	107,1	139,8	138,7	144,3	104,8	152,0
* gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	116,8	126,8	127,2	95,6	119,4	144,9	118,9	103,2	140,2
* üblicher und Verkehrsbau	Messzahl	115,7	114,2	123,3	52,3	102,2	79,6	217,0	87,0	140,8
* darunter Straßenbau	Messzahl	127,1	126,7	125,9	44,4	128,5	73,1	80,9	69,4	167,0
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5,6}										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	59 121	59 700	61 479	.	.	.	61 389	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 065	6 034	6 246	.	.	.	19 321	.	.
* Entgelte	Mill. 	148,8	153,3	161,0	.	.	.	524,7	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. 	621,1	635,4	632,0	.	.	.	2 527,1	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	253	247	257	262	261	258	258	277	276
* Beschäftigte	Anzahl	29 734	29 587	29 461	29 778	29 695	29 910	29 788	29 938	29 311
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 556	3 534	3 560	3 490	3 446	3 785	3 456	3 391	3 672
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	128	129	130	118	120	214	121	117	121
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	5 595,1	6 352,9	5 657,8	4 776,7	4 973,7	5 150,4	.
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	5 303,8	6 012,5	5 345,3	4 533,2	4 714,9	4 890,3	.
* dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	490,3	723,8	735,6	571,2	634,8	781,5	.
* Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	1 058,3	1 634,1	1 633,5	1 202,1	1 416,7	1 707,1	.
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	Messzahl	100,4	.	.
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	130,0	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 980	1 995	2 116	1 548	1 743	1 976	2 046	1 915	2 212
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 733	1 744	1 852	1 393	1 517	1 663	1 686	1 720	1 937
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 611	2 648	2 771	1 977	2 302	2 863	3 074	2 399	3 036
* Veranschlagte Baukosten	Mill. 	776	818	898	631	747	977	1 044	790	1 020
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	453	459	483	343	395	502	544	411	534
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	709	665	648	476	454	603	591	445	562
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 265	4 041	4 020	2 689	3 299	3 751	4 548	2 677	4 446
* Veranschlagte Baukosten	Mill. 	559	550	614	426	642	631	1 025	423	658
* Nutzfläche	1 000 m ²	619	576	590	383	460	601	647	415	604
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 677	4 897	5 138	3 621	4 289	6 153	6 065	4 352	6 026
* Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 747	19 966	21 200	14 845	17 389	22 497	24 446	18 381	22 854
		2013	2014 ¹⁴	2015 ¹⁴	2015 ¹⁴				2016 ¹⁴	
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. 	12 280,3	12 542,5	13 438,0	12 209,5	14 206,8	14 239,4	14 078,5	13 024,6	12 668,6
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. 	639,5	645,5	740,4	702,2	747,4	744,7	781,0	741,6	690,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. 	10 688,8	10 983,6	12 022,0	10 666,7	12 463,4	12 473,9	12 287,4	11 379,7	11 006,3
* davon Rohstoffe	Mill. 	1 578,6	1 319,2	1 009,9	1 054,1	897,7	923,7	867,4	908,4	761,1
* Halbwaren	Mill. 	523,8	497,9	516,3	470,2	502,6	470,6	441,4	451,8	413,9
* Fertigwaren	Mill. 	8 586,3	9 166,5	10 495,8	9 142,4	11 063,1	11 079,6	10 978,6	10 019,5	9 831,3
* davon Vorerzeugnisse	Mill. 	954,2	805,8	827,2	765,9	825,3	831,5	784,1	656,2	741,6
* Enderzeugnisse	Mill. 	7 632,1	8 360,7	9 668,5	8 376,5	10 237,8	10 248,1	10 194,5	9 363,4	9 089,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Erganzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Ungerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014 ¹	2015 ¹	2015 ¹					2016 ¹
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	8 394,2	8 745,1	9 247,6	7 935,4	9 862,3	9 968,4	10 044,0	8 993,2	8 716,2
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	7 112,3	7 497,8	8 018,8	6 747,4	8 605,8	8 748,6	8 771,0	7 819,1	7 673,9
dar. aus Belgien	Mill. €	327,0	309,7	298,4	260,9	321,4	311,8	311,7	277,0	277,8
Bulgarien	Mill. €	31,6	35,2	38,2	33,0	42,4	39,1	40,4	36,1	39,5
Dänemark	Mill. €	59,3	61,5	58,5	50,9	59,9	60,9	59,4	60,4	52,9
Finnland	Mill. €	37,4	40,8	40,7	33,9	41,8	47,6	43,9	35,5	38,8
Frankreich	Mill. €	515,4	526,4	525,4	428,0	534,0	559,2	520,7	493,8	490,3
Griechenland	Mill. €	24,1	25,4	32,1	32,6	40,8	33,8	30,9	34,1	27,9
Irland	Mill. €	163,2	118,6	108,0	88,7	90,6	115,9	127,5	114,6	93,9
Italien	Mill. €	859,5	869,1	876,5	736,1	900,2	971,1	932,0	847,6	822,7
Luxemburg	Mill. €	20,1	21,0	24,2	21,9	24,1	25,3	25,3	22,6	24,0
Niederlande	Mill. €	625,4	662,1	711,4	671,3	761,0	763,1	794,0	719,6	683,6
Österreich	Mill. €	1 261,2	1 253,7	1 236,1	1 054,0	1 335,5	1 334,7	1 287,5	1 090,7	1 148,9
Polen	Mill. €	402,2	472,7	729,4	637,8	781,7	762,2	836,3	907,2	735,2
Portugal	Mill. €	63,6	67,0	75,1	59,1	85,7	89,3	84,5	62,5	78,0
Rumänien	Mill. €	169,3	220,8	236,1	232,6	253,8	235,0	265,6	194,8	209,5
Schweden	Mill. €	130,8	114,1	103,2	88,4	111,2	110,8	101,1	94,8	93,6
Slowakei	Mill. €	238,8	247,6	286,8	260,6	358,7	335,5	338,7	286,8	283,5
Slowenien	Mill. €	81,6	84,2	85,9	76,5	99,6	100,8	101,5	76,9	86,6
Spanien	Mill. €	299,3	318,5	349,1	228,2	356,3	395,3	378,5	330,1	352,2
Tschechische Republik	Mill. €	817,0	878,7	956,9	775,0	1 097,1	1 157,5	1 150,4	1 004,3	1 020,4
Ungarn	Mill. €	484,2	633,2	709,8	512,4	753,3	770,8	783,1	605,3	608,1
Vereinigtes Königreich	Mill. €	444,8	475,0	464,1	401,0	479,7	451,9	482,6	464,0	437,1
Russische Föderation	Mill. €	599,7	535,8	462,3	486,1	384,6	409,5	447,1	438,9	312,2
* Afrika ³	Mill. €	513,2	372,9	264,9	306,3	291,4	230,8	202,2	220,4	210,3
dar. aus Südafrika	Mill. €	41,6	36,7	38,4	58,5	47,7	32,1	21,0	41,4	44,2
* Amerika	Mill. €	925,9	962,8	1 169,6	1 133,1	1 254,0	1 305,8	1 229,3	1 136,6	987,7
darunter aus den USA	Mill. €	768,2	815,9	1 005,7	976,4	1 087,6	1 147,4	1 047,1	972,5	811,5
* Asien ³	Mill. €	2 435,2	2 450,9	2 745,4	2 824,6	2 790,1	2 723,2	2 692,9	2 666,9	2 744,4
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	942,4	991,4	1 230,7	1 300,1	1 296,6	1 192,0	1 253,7	1 268,6	1 271,1
Japan	Mill. €	246,9	240,4	240,4	220,1	254,9	265,1	252,2	235,6	243,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	11,8	10,9	10,4	10,1	9,0	11,2	10,2	7,5	10,0
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	14 085,3	14 118,4	14 910,8	13 334,1	16 269,5	16 118,2	15 695,7	13 776,8	12 881,9
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	692,0	711,1	726,6	692,4	731,2	708,8	670,7	688,3	642,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 870,1	12 896,5	13 807,4	12 145,2	14 914,7	14 781,2	14 416,4	12 571,6	11 693,0
* davon Rohstoffe	Mill. €	73,2	76,5	81,7	71,4	82,6	78,9	82,2	68,9	70,0
* Halbwaren	Mill. €	565,9	549,0	529,1	515,2	539,2	504,2	510,0	413,0	409,3
* Fertigwaren	Mill. €	12 231,0	12 271,0	13 196,7	11 558,5	14 292,9	14 198,1	13 824,2	12 089,7	11 213,7
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	995,8	988,7	1 035,1	917,0	1 083,5	1 066,8	1 050,9	829,4	987,6
* Enderzeugnisse	Mill. €	11 235,2	11 282,3	12 161,6	10 641,5	13 209,4	13 131,4	12 773,3	11 260,3	10 226,1
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	8 793,5	8 751,1	9 342,3	7 947,4	10 118,2	10 242,3	10 123,6	8 442,3	8 438,7
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	7 511,1	7 543,5	8 245,6	6 957,3	8 961,1	9 012,7	8 997,9	7 476,5	7 535,6
dar. nach Belgien	Mill. €	569,0	405,1	406,9	336,3	440,9	415,5	434,3	404,2	344,0
Bulgarien	Mill. €	29,4	30,7	37,4	31,1	33,8	41,5	40,3	40,1	30,8
Dänemark	Mill. €	115,0	115,8	120,9	100,9	122,2	136,4	138,0	121,5	100,3
Finnland	Mill. €	99,7	95,9	101,5	107,4	104,3	106,3	110,4	90,0	98,7
Frankreich	Mill. €	990,1	961,1	1 016,5	789,9	1 107,7	1 149,2	1 108,7	973,0	954,2
Griechenland	Mill. €	47,1	43,6	42,6	32,3	41,5	46,4	48,3	46,3	39,7
Irland	Mill. €	59,6	57,0	58,9	57,0	55,1	53,4	62,8	64,9	58,3
Italien	Mill. €	875,2	860,5	906,1	653,9	979,1	1 007,4	976,1	797,9	845,9
Luxemburg	Mill. €	39,0	38,1	39,6	32,0	42,9	40,5	39,8	34,2	35,8
Niederlande	Mill. €	476,1	485,4	508,6	433,9	535,9	519,3	529,6	515,8	453,2
Österreich	Mill. €	1 117,8	1 086,4	1 153,8	1 076,8	1 258,5	1 289,4	1 284,4	1 063,2	1 002,0
Polen	Mill. €	377,4	429,7	494,8	436,4	544,5	528,0	539,7	440,3	433,8
Portugal	Mill. €	84,3	91,1	96,5	71,7	97,3	99,8	112,6	75,4	81,8
Rumänien	Mill. €	129,2	142,7	155,3	139,2	162,5	183,6	180,3	143,0	147,7
Schweden	Mill. €	255,0	270,5	297,5	239,7	322,5	374,0	314,9	241,5	285,5
Slowakei	Mill. €	158,7	157,9	177,4	144,0	185,6	198,0	194,6	134,2	176,8
Slowenien	Mill. €	54,0	55,3	60,8	54,0	62,5	63,6	61,6	56,7	58,4
Spanien	Mill. €	359,0	375,7	420,7	327,4	435,0	487,6	461,6	387,5	405,0
Tschechische Republik	Mill. €	444,0	464,4	498,7	438,7	582,7	553,6	566,7	446,9	466,2
Ungarn	Mill. €	214,1	226,6	261,4	233,3	274,2	291,0	268,3	216,7	237,6
Vereinigtes Königreich	Mill. €	929,3	1 059,0	1 289,8	1 127,8	1 460,2	1 324,0	1 418,6	1 089,7	1 198,4
Russische Föderation	Mill. €	365,5	316,5	210,1	200,7	232,7	249,4	206,8	197,1	144,0
* Afrika ³	Mill. €	255,4	243,9	236,3	222,2	256,8	213,8	208,0	243,1	171,2
dar. nach Südafrika	Mill. €	116,9	94,1	95,0	95,4	112,5	79,7	71,5	93,5	76,1
* Amerika	Mill. €	2 121,7	2 127,6	2 411,3	2 365,7	2 704,2	2 670,2	2 500,2	2 142,6	1 743,0
darunter in die USA	Mill. €	1 577,0	1 644,0	1 897,2	1 881,3	2 149,6	2 174,8	1 985,3	1 635,4	1 349,4
* Asien ³	Mill. €	2 776,4	2 863,1	2 779,6	2 661,4	3 043,2	2 833,5	2 709,6	2 807,0	2 394,9
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 292,1	1 371,6	1 202,5	1 145,6	1 251,4	1 139,9	1 123,1	1 122,1	1 096,5
nach Japan	Mill. €	295,2	271,5	276,2	251,7	283,2	280,1	249,5	277,2	274,9
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	138,3	132,6	139,9	137,5	147,3	158,4	154,2	141,9	134,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
 3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
 4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
 5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandlungsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2013 ¹	2014 ¹	2015 ¹	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Großhandel (2010 = 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	105,2	106,3	107,7	94,8	96,4	111,6	112,2	92,1	..
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	98,6	101,0	103,4	92,5	93,3	107,6	108,9	90,0	..
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	108,3	109,2	110,2	109,1	109,3	110,6	110,2	109,8	..
Einzelhandel (2010 = 100)^{2,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	110,0	112,4	116,4	109,1	102,4	118,9	139,9	108,2	108,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	111,7	114,0	117,2	111,7	104,4	117,3	138,2	109,9	111,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	108,6	108,9	112,6	98,8	97,5	108,7	132,9	98,3	102,8
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	110,0	118,9	126,1	120,3	118,5	127,4	144,2	121,6	125,1
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	110,5	113,9	119,6	107,4	102,6	117,5	141,0	106,0	106,5
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	124,2	128,7	137,3	141,7	129,1	154,0	174,6	141,2	135,1
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	105,0	106,8	110,5	105,2	97,9	112,4	133,6	103,8	103,2
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	105,2	106,3	107,1	106,4	106,0	108,5	108,6	107,1	106,9
Kfz-Handel (2010 = 100)^{2,7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	102,0	104,6	112,7	87,0	96,3	118,2	106,2	89,8	..
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	99,8	102,2	109,2	84,6	93,6	114,2	102,7	86,6	..
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	113,0	113,6	114,3	113,7	113,3	116,4	115,8	115,5	..
Gastgewerbe (2010 = 100)²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	114,4	118,0	122,6	99,4	98,3	111,2	123,1	101,1	102,9
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	118,9	123,0	128,6	100,5	102,3	115,4	119,9	104,1	106,1
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	104,6	137,2	169,2	151,6	134,5	169,1	208,1	176,6	183,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	110,2	114,0	117,1	98,1	93,9	106,2	127,1	98,2	98,0
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	110,5	114,1	117,2	97,0	92,3	104,5	126,3	96,8	96,5
Kantinen und Caterer	%	116,8	118,4	125,2	107,8	112,8	133,2	129,6	110,3	121,7
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	108,0	109,0	110,6	90,8	89,6	99,8	110,2	90,5	92,0
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	105,0	107,0	108,2	101,4	102,0	105,4	106,4	102,2	102,4
Fremdenverkehr⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 634	2 706	...	1 900	2 163	2 340	2 241	1 991	2 269
* darunter Auslandsgäste	1 000	631	660	...	444	542	505	576	470	552
* Gästeübernachtungen	1 000	7 013	7 102	...	5 080	5 758	5 516	5 647	5 343	5 984
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 327	1 381	...	974	1 152	1 049	1 210	1 045	1 152
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	57 316	58 711	60 725	46 803	52 670	58 666	49 154	49 092	58 943
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	2 934	3 161	3 377	810	1 735	1 037	1 654	713	2 237
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	48 962	50 141	51 721	41 912	46 605	51 871	42 217	44 239	51 769
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 603	3 631	3 820	2 749	2 999	4 177	3 468	2 984	3 533
* Zugmaschinen	Anzahl	1 459	1 432	1 442	1 036	1 069	1 211	1 387	920	1 023
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	242	234	245	181	177	226	219	126	230
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	105 933	107 580	107 659	339 504
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 138	92 963	93 086	293 439
private Unternehmen	1 000	13 795	14 617	14 574	46 066
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	31 040	30 748	32 594	29 053	27 196	34 497	33 234	29 780	..
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 318	4 377	4 486	3 113	2 868	4 328	3 968	3 126	..
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 722	26 371	28 108	25 940	24 238	30 169	29 266	26 654	..
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	57	52	51	26	24	43	43	48	..
* Verletzte Personen	Anzahl	5 731	5 795	5 930	4 302	3 934	5 763	5 375	4 254	..
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 606	1 652	1 706	1 370	1 342	1 524	1 394	1 395	..
Abgang	1 000	1 603	1 646	1 699	1 320	1 362	1 480	1 426	1 335	..
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	137	135	140	99	96	118	92	93	..
Abgang	1 000	137	135	140	88	103	108	99	83	..
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	35	31	36	22	19	30	27	27	..
Abgang	1 000	35	31	36	21	20	26	28	25	..
Eisenbahnverkehr¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 444	2 273	2 367	2 062	2 071	2 614	2 167	1 919	..
Güterversand	1 000 t	1 966	1 904	2 035	1 672	1 737	2 139	1 814	1 467	..
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	415	444	361	314	349	316	342	260	..
davon auf dem Main	1 000 t	218	210	190	157	171	187	163	152	..
auf der Donau	1 000 t	197	234	171	156	178	128	179	108	..
* Güterversand insgesamt	1 000 t	230	274	254	189	221	248	205	154	..
davon auf dem Main	1 000 t	161	172	154	108	127	173	129	91	..
auf der Donau	1 000 t	69	102	100	81	94	75	76	63	..

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt ¹			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	470 253	462 351	480 758	.	.	.	489 949	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	413 783	410 140	423 243	.	.	.	431 299	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	58 005	51 100	51 091	.	.	.	51 259	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	50 216	45 752	46 695	.	.	.	48 024	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	7 789	5 348	4 397	.	.	.	3 235	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	58 885	59 317	61 419	.	.	.	62 531	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	56 357	57 358	59 465	.	.	.	60 613	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 528	1 959	1 954	.	.	.	1 918	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	353 364	351 933	368 248	.	.	.	376 159	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	319 971	318 906	335 294	.	.	.	343 639	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 393	33 028	32 955	.	.	.	32 520	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	574 598	572 073r	582 467	.	.	.	597 441	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	450 479	450 183	462 238	.	.	.	477 491	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	419 195	423 349	431 304	.	.	.	444 615	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	31 284	26 833	30 935	.	.	.	32 876	.	.
Spareinlagen	Mill. €	124 119	121 890r	120 229	.	.	.	119 950	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 206	48 126	47 043	.	.	.	46 786	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	30 017	27 944	26 967	.	.	.	26 638	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 294	1 284	1 214	1 040	1 198	1 150	1 198	1 032	1 157
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	96	93	102	92	119	115	76	71	98
* davon Unternehmen	Anzahl	252	246	266	196	228	279	280	228	250
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	65	64	71	65	73	78	60	55	68
* Verbraucher	Anzahl	756	741	674	600	701	620	678	564	657
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	1	1	5	3	-	2	3
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	248	245	226	203	223	191	208	208	211
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	16	16	15	22	17	8	8	14
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	38	52	48	41	46	60	32	32	39
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	13	14	11	19	17	8	6	13
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	391 681	351 715	295 993	220 677	357 663	288 275	166 487	200 950	160 518
davon Unternehmen	1 000 €	286 485	255 439	192 203	97 487	226 945	188 042	92 875	125 735	80 831
Verbraucher	1 000 €	43 629	41 057	34 902	33 176	36 122	32 144	33 730	28 700	32 137
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	48 358	46 981	51 312	75 330	80 694	59 476	32 959	39 221	33 359
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	13 209	8 238	17 576	14 683	13 901	8 613	6 922	7 294	14 191
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	133,1	132,5	...	165,8	167,8	112,6	122,0
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹²	Mill. €	151,3	152,9	...	163,5	201,9	126,4	128,9	191,9	...
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹³										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	232,6	233,1	...	233,9	236,6	229,7
Leistungsempfänger	1 000	421,9	425,5	...	428,5	434,1	423,7
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	298,9	300,2	...	302,4	306,9	298,5
Sozialgeld	1 000	123,1	125,2	...	126,1	127,2	125,3
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [☆]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 663,9	4 941,4	5 226,6	4 279,5	3 565,6	3 013,1	9 694,8	4 419,5	3 977,0
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 054,6	3 230,5	3 437,8	3 371,2	3 204,3	3 066,6	5 120,4	3 440,3	3 384,4
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	768,3	813,8	881,1	236,4	- 25,5	- 191,4	2 757,2	194,8	77,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	371,6	355,8	395,5	297,6	336,9	123,7	490,4	195,4	489,2
Abgeltungsteuer	Mill. €	122,8	107,9	110,7	295,4	178,5	58,8	107,7	282,1	34,6
Körperschaftsteuer	Mill. €	346,6	433,4	401,5	78,9	- 128,6	- 44,6	1 219,1	306,9	- 8,6
Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 905,1	2 065,9	2 110,0	2 124,9	2 901,8	2 347,6	2 219,9	2 536,3	2 992,2
Einfuhrumsatzsteuer [☆]	Mill. €
Bundessteuern [☆]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	240,4	270,9	302,0	315,9	248,2	272,7	311,9	270,7	265,8
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	89,8	113,1	130,8	178,2	92,2	101,7	128,1	122,4	82,3
Grunderwerbsteuer	Mill. €	112,2	118,8	130,9	105,8	116,6	140,4	137,6	118,6	144,3
Biersteuer	Mill. €	12,3	12,9	13,1	12,4	10,7	12,1	11,7	12,3	10,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.
13 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1,2,3}	Mill. €	830,4	861,6	888,0				2 556,5		
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0	7,1				18,9		
Grundsteuer B	Mill. €	135,4	137,7	139,6				378,2		
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	683,8	712,5	736,9				2 156,7		
Steuereinnahmen des Bundes³										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 835,3	1 953,5	2 074,8	1 664,6	1 344,7	1 103,4	4 060,6	1 708,0	1 516,0
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6}	Mill. €	26,5	27,8	27,8	- 6,4	- 0,2	0,0	81,4	1,0	0,0
Steuereinnahmen des Landes³										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 796,6	1 912,8	2 038,2	1 664,6	1 244,2	1 009,1	4 060,6	1 708,0	1 437,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6,7}	Mill. €	99,8	104,5	104,4	- 65,2	32,4	28,2	305,8	65,4	66,0
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv^{2,3,4}										
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4,8}	Mill. €	506,9	540,1	579,6	512,7	399,8	337,6	1 129,3	513,9	419,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	51,3	52,7	63,5				386,3		
Gewerbesteuer (netto) ^{1,9}	Mill. €	558,4	580,2	603,3				1 304,9		
Verdienste										
		2014	2015	2014		2015			2016	
		Jahreswert		1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 629	3 673	3 695	3 758	3 778	3 788	...
männlich	€	3 846	3 891	3 909	3 977	3 998	4 010	...
weiblich	€	3 108	3 141	3 180	3 222	3 241	3 248	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	6 643	6 749	6 791	6 898	6 961	6 967	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 250	4 302	4 387	4 467	4 499	4 511	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 946	2 997	3 027	3 092	3 103	3 115	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 441	2 509	2 535	2 600	2 608	2 616	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	2 029	2 062	2 063	2 101	2 104	2 091	...
Produzierendes Gewerbe	€	3 754	3 843	3 816	3 899	3 917	3 925	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 068	3 147	3 211	3 265	3 306	3 297	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 915	3 986	3 969	4 036	4 049	4 059	...
Energieversorgung	€	4 050	4 141	4 441	4 485	4 517	4 559	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 079	3 138	3 180	3 207	3 222	3 260	...
Baugewerbe	€	2 889	3 141	2 904	3 171	3 212	3 196	...
Dienstleistungsbereich	€	3 542	3 556	3 611	3 659	3 681	3 691	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 522	3 516	3 552	3 567	3 579	3 567	...
Verkehr und Lagerei	€	2 835	2 881	2 957	2 989	3 032	3 026	...
Gastgewerbe	€	2 249	2 292	2 304	2 342	2 323	2 370	...
Information und Kommunikation	€	4 781	4 797	5 060	5 195	5 239	5 297	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 566	4 567	4 746	4 750	4 809	4 864	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 901	3 953	3 848	3 894	3 895	3 974	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 397	4 478	4 606	4 633	4 640	4 643	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 296	2 326	2 324	2 397	2 401	2 402	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 395	3 395	3 460	3 492	3 556	3 518	...
Erziehung und Unterricht	€	4 158	4 165	4 185	4 214	4 352	4 268	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 428	3 520	3 509	3 583	3 577	3 594	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 370	3 379	3 589	3 614	3 637	3 660	...
		2011	2012	2013	2014	2015	2015	2016		
		Durchschnitt ¹³					März	Januar	Februar	März
Preise										
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	102,1	104,3	105,8	106,6	107,0	107,1	106,3	106,6	107,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,8	106,0	109,6	110,7	112,3	112,3	112,3	112,9	113,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	102,0	105,5	108,0	110,3	113,6	112,3	115,0	115,0	115,2
Bekleidung und Schuhe	%	101,7	104,6	106,2	107,9	109,4	112,7	104,3	105,9	111,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,1	105,5	107,5	108,3	108,0	108,2	107,5	107,5	107,8
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,4	101,2	102,4	102,8	103,9	103,7	104,4	104,5	104,6
Gesundheitspflege	%	100,5	103,1	98,7	100,7	103,1	103,1	103,7	103,8	104,2
Verkehr	%	104,9	108,2	108,2	108,2	106,2	106,2	103,9	103,2	103,3
Nachrichtenübermittlung	%	96,5	94,8	93,4	92,3	91,2	91,6	90,9	90,9	90,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,5	100,6	103,2	104,4	104,7	104,9	102,9	105,1	107,9
Bildungswesen	%	100,9	102,8	97,3	76,8	78,5	77,8	79,7	79,7	80,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100,4	102,5	105,2	108,1	111,0	110,1	112,0	111,9	112,1
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,5	102,8	104,2	106,1	107,6	107,6	108,6	108,8	109,1
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	100,9	102,5	103,6	104,9	106,2	106,1	106,0	106,9	108,0
Nettokaltmiete	%	101,4	102,7	104,0	105,6	107,2	106,8	108,0	108,2	108,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.

2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung;

Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015			2016
		Durchschnitt ¹					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	100,0	102,8	105,5	107,8	110,0	111,5	111,8	112,0	112,9
davon Rohbauarbeiten	%	100,0	103,2	106,0	107,9	109,8	110,7	111,1	111,0	111,8
Ausbauarbeiten	%	100,0	102,5	105,0	107,7	110,3	112,2	112,4	112,9	113,8
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	100,0	101,3	102,5	103,8	105,9	106,9	106,9	106,9	108,0
Bürogebäude	%	100,0	102,9	105,4	107,6	109,9	111,5	111,8	112,1	112,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	100,0	103,2	105,6	107,6	109,7	111,1	111,4	111,6	112,3
Straßenbau	%	100,0	102,3	105,5	107,8	109,2	109,2	109,4	109,2	109,3
							2014	2015		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	223,39	206,57	225,40	223,59	234,86	277,46	238,69	228,64	239,98
Rohbauland	€	58,59	39,61	46,96	59,72	50,19	57,05	36,69	34,39	80,26
Sonstiges Bauland	€	39,54	42,56	57,33	61,06	67,30	75,15	61,68	60,50	74,33

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2014	2015	2015	2016		
		Durchschnitt ¹					März	Januar	Februar	März
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	102,1	104,1	105,7	106,6	106,9	107,0	106,1	106,5	107,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,8	106,3	110,4	111,5	112,3	112,3	112,4	113,1	113,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	101,8	104,8	107,0	110,3	113,4	112,2	114,6	114,4	114,6
Bekleidung und Schuhe	%	101,2	103,3	104,4	105,5	106,3	108,6	101,8	102,6	108,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,1	105,4	107,5	108,4	108,0	108,2	107,2	107,2	107,5
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,4	101,1	102,1	102,5	103,2	103,0	103,6	103,7	103,9
Gesundheitspflege	%	100,7	103,2	99,4	101,4	103,4	103,1	104,3	104,5	104,7
Verkehr	%	104,5	107,7	107,5	107,3	105,5	105,7	102,9	102,5	103,0
Nachrichtenübermittlung	%	96,5	94,8	93,4	92,3	91,2	91,6	90,9	90,8	90,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,7	100,6	103,1	104,4	105,0	105,1	103,2	105,4	108,2
Bildungswesen	%	99,6	94,0	95,1	93,1	92,8	92,7	94,0	94,1	94,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	101,5	103,6	106,0	108,2	111,0	110,3	112,1	112,2	112,6
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,6	102,6	104,3	106,1	107,2	107,3	108,2	108,4	108,5
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 = 100)	%	106,4	108,7	105,9	103,6	100,9	102,6	96,4	95,8	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 = 100)	%	103,3	104,9	104,3	104,0	104,9	105,3	103,9	103,4	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 = 100) ...	%	105,3	107,0	106,9	105,8	103,9	104,4	101,7	101,2	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,6	105,8	104,6	103,5	102,3	102,5	100,4	100,1	...
Investitionsgüterproduzenten	%	101,2	102,2	103,0	103,5	104,2	104,0	104,5	104,6	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,5	106,3	108,4	109,0	108,1	108,2	108,3	108,2	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	101,7	103,3	104,3	105,7	107,1	106,7	108,0	108,1	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,8	106,8	109,0	109,5	108,3	108,4	108,4	108,3	...
Energie	%	109,7	113,0	112,0	108,5	102,6	104,5	96,2	94,7	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 = 100)	%	113,4	119,4	120,7	111,1	106,9p	105,2p	106,8p	106,0p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	115,8	126,4	120,2	103,7	114,3p	105,4	119,5p	118,8p	...
Tierische Erzeugung	%	111,8	114,9	121,1	115,9	102,1p	105,0p	98,5p	97,6p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 = 100)	%	105,8	108,0	107,4	106,1	104,8	105,2	102,7	102,2	102,5
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	104,9	107,7	111,5	111,8	112,9	112,1	113,4	113,6	113,8
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	114,2	121,3	115,8	110,2	95,0	98,5	82,8	79,6	81,2
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 = 100)	%	101,6	103,3	104,4	105,0	105,3	105,4	104,6	104,8	105,6
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	102,0	104,6	107,2	108,3	108,8	108,8	108,5	108,9	109,4
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln,										
Getränken und Tabakwaren	%	102,3	105,7	108,8	110,1	111,8	111,3	112,3	112,7	113,0
Kraftfahrzeughandel	%	101,2	101,9	101,8	102,1	103,0	102,9	103,5	103,5	103,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

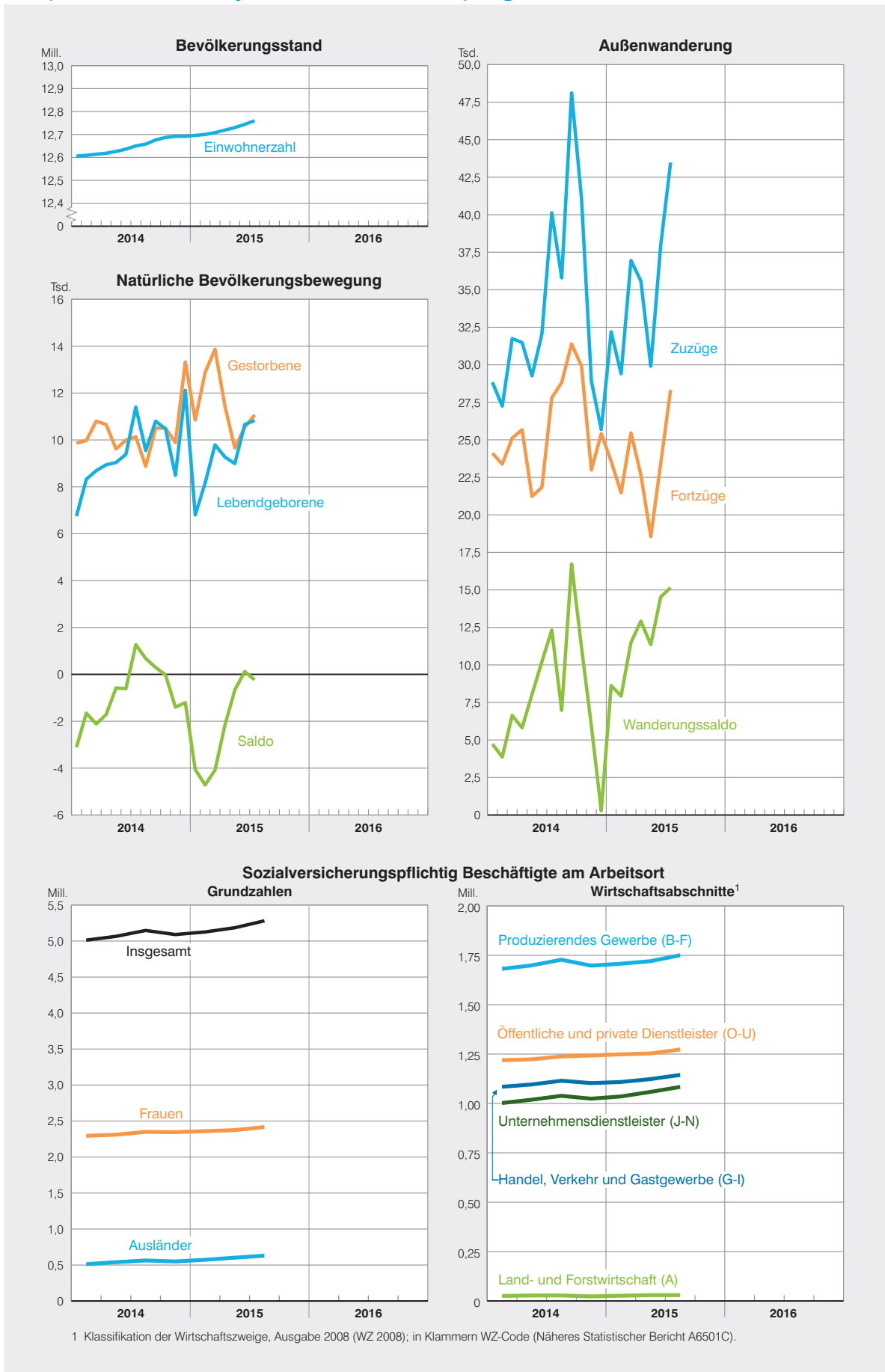
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

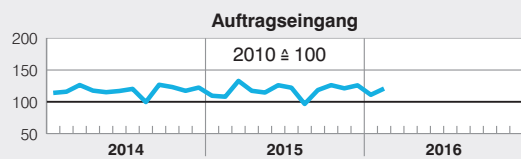
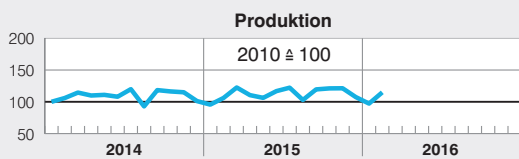
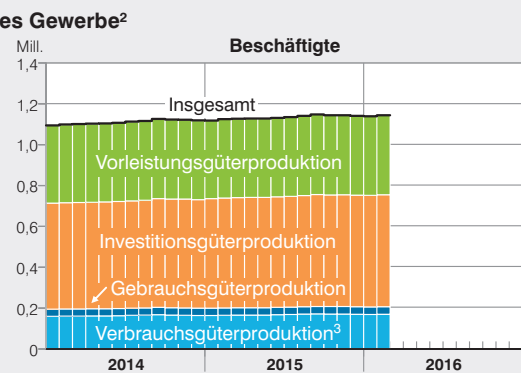
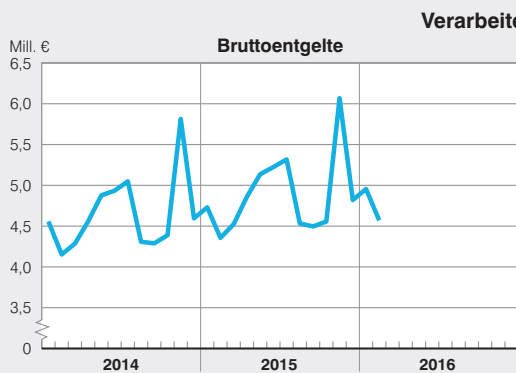
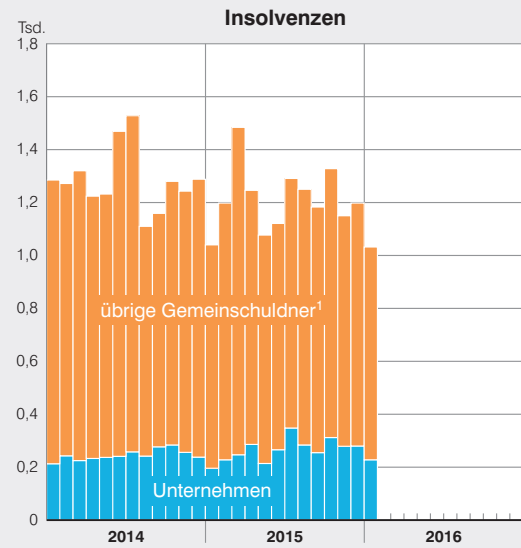
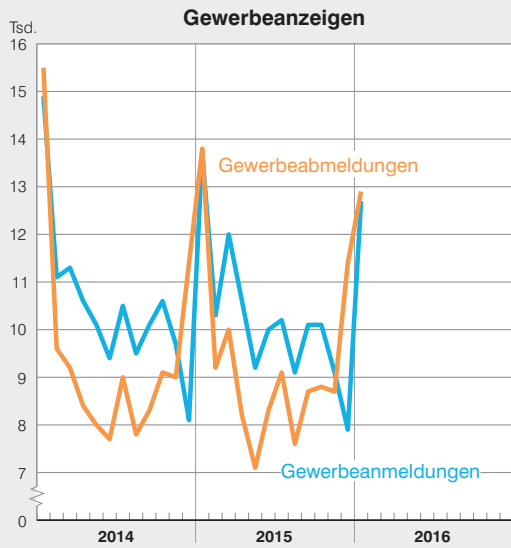
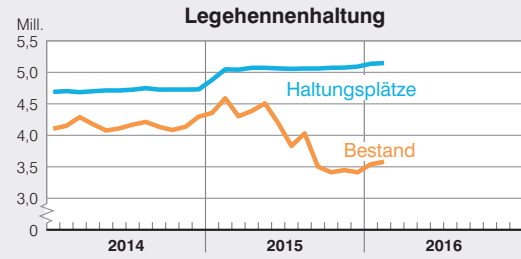
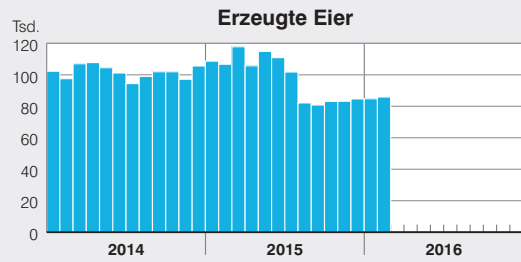
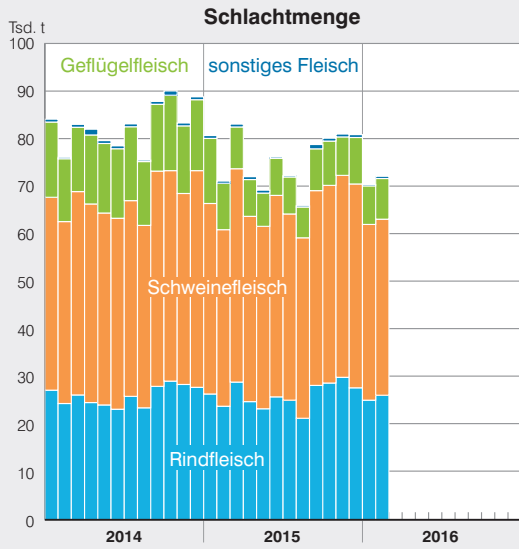
2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

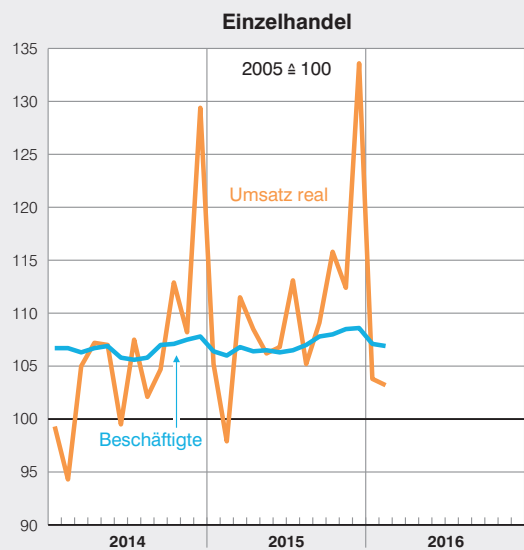
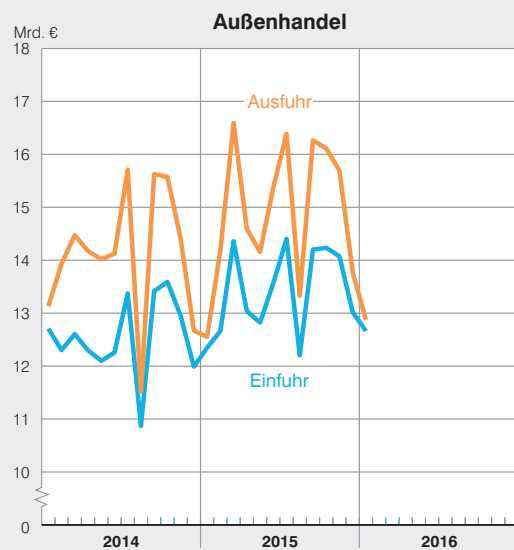
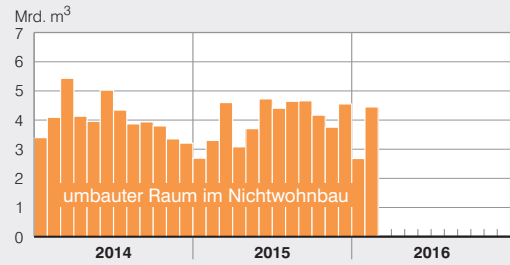
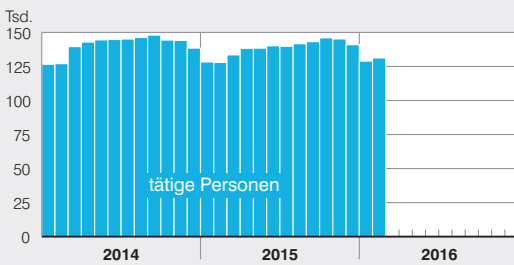
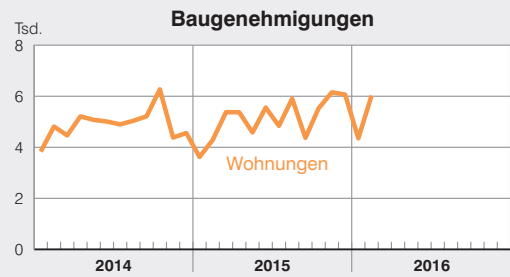
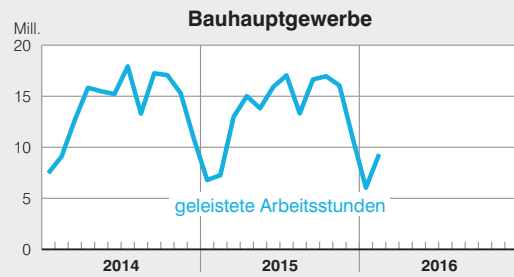
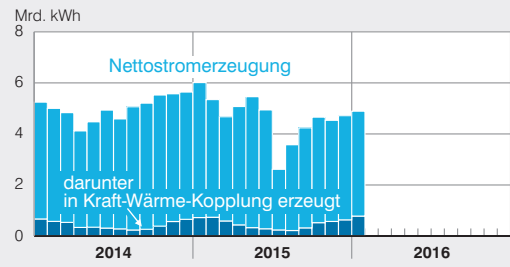
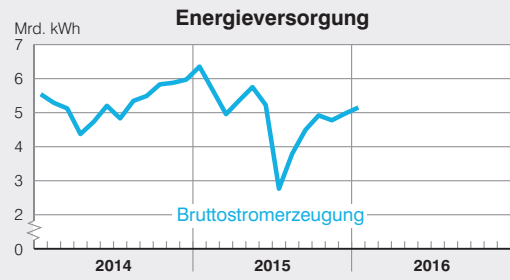
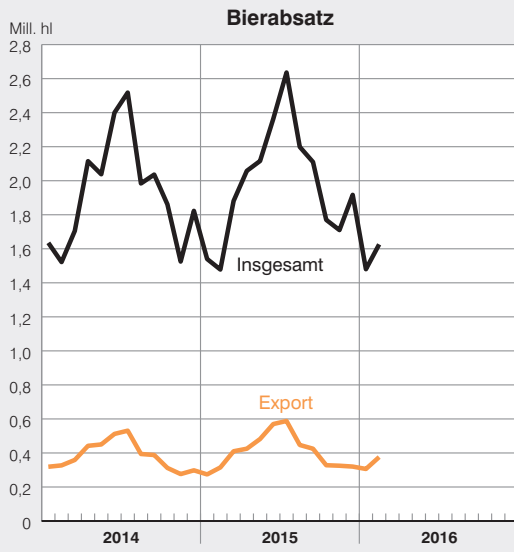
4 Ohne Mehrwertsteuer.

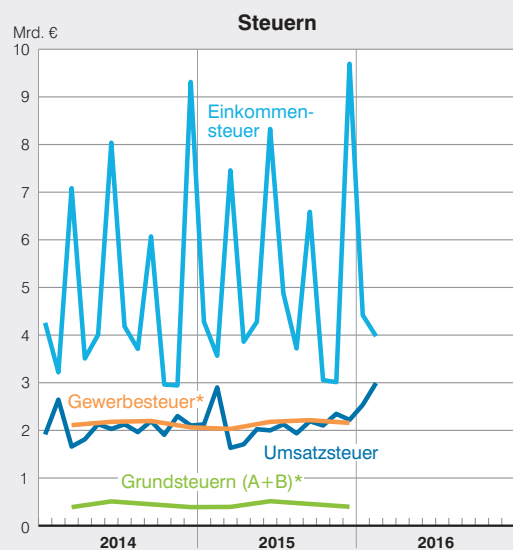
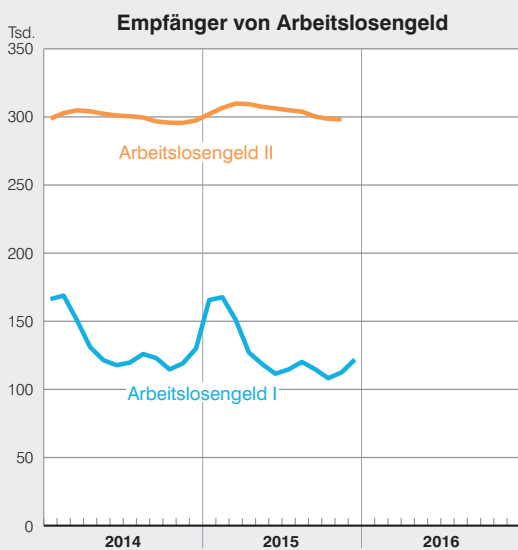
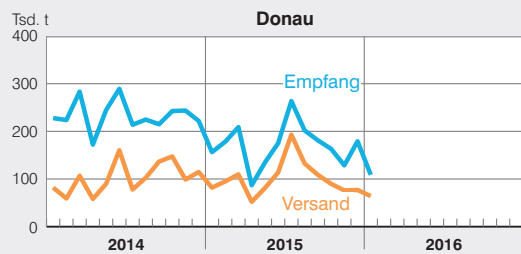
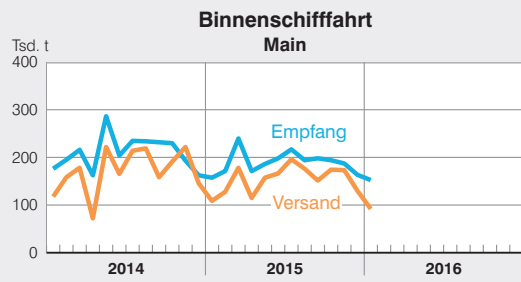
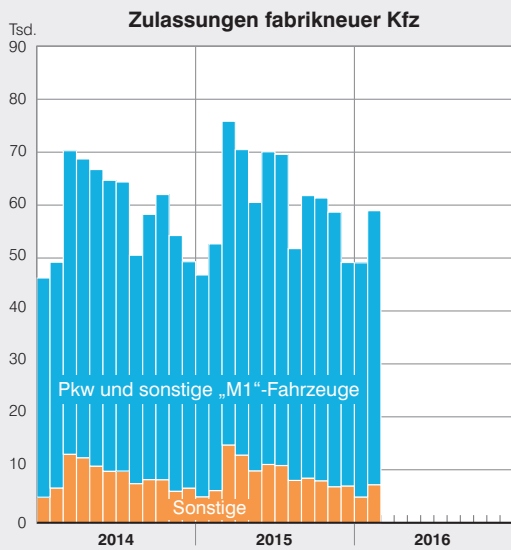
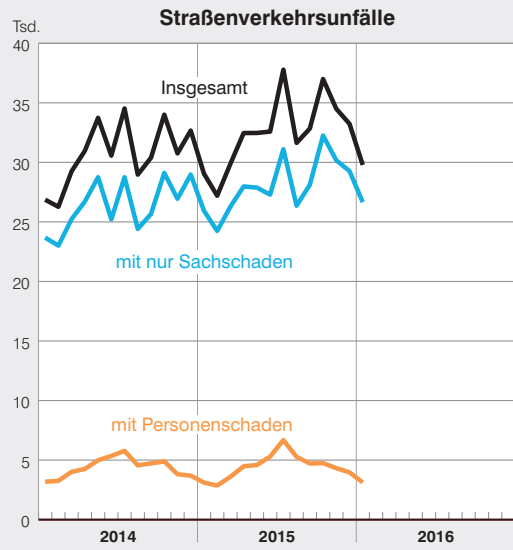
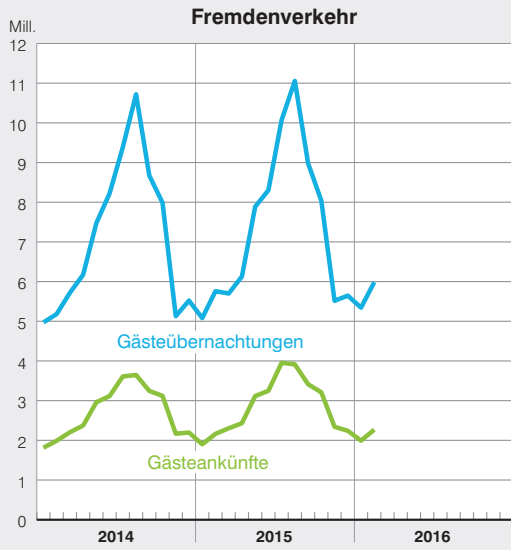
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel





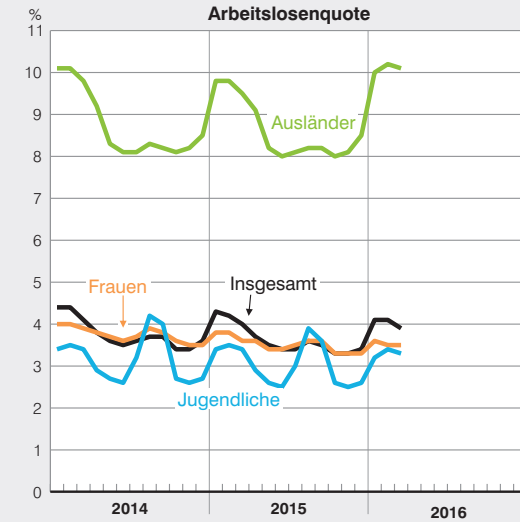
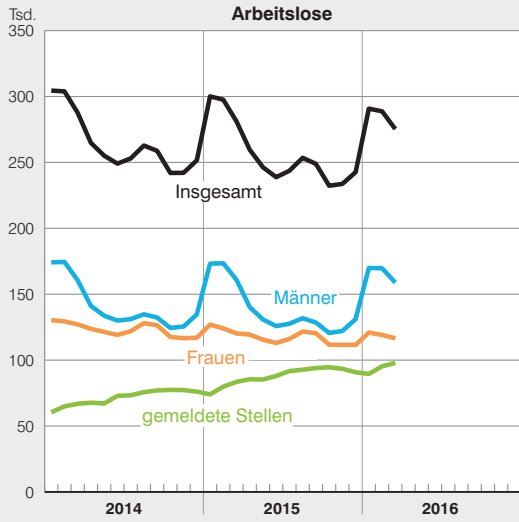
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.



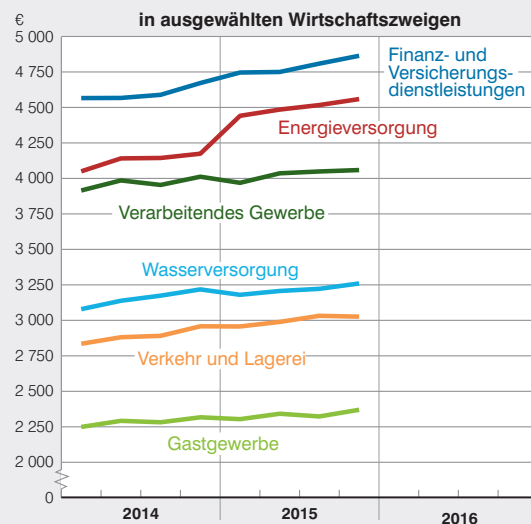
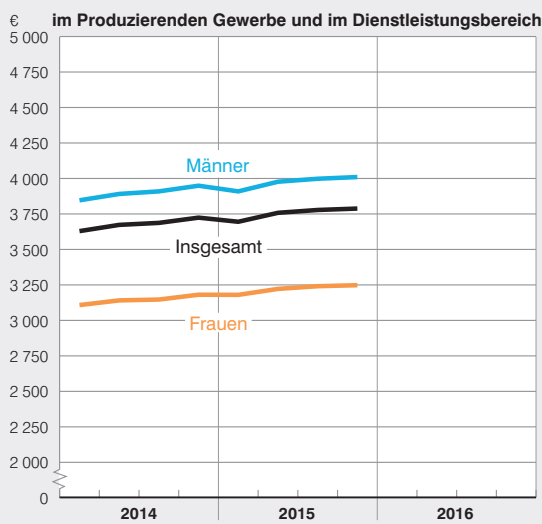


* Quartalswerte.

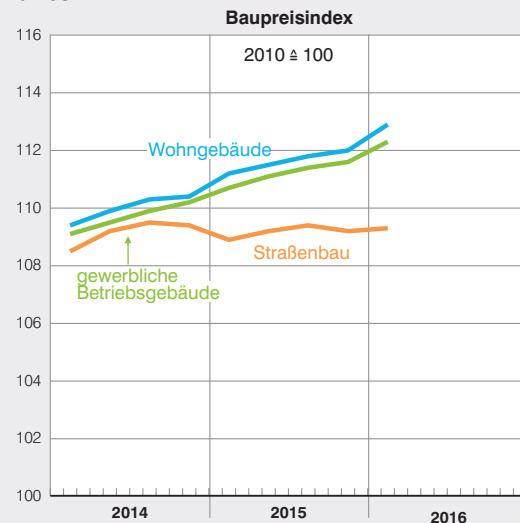
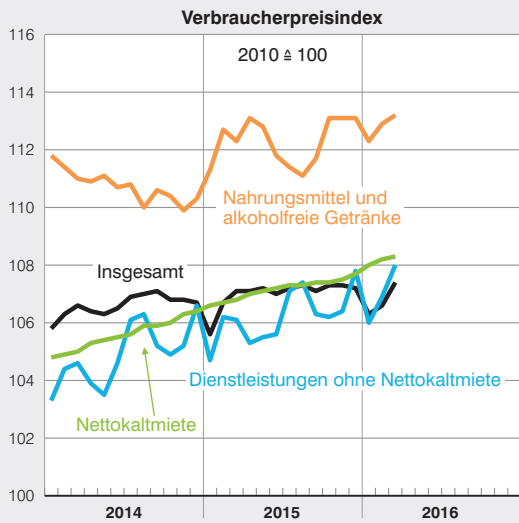
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Wanderungen

- Wanderungen in Bayern 2014 nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen

Erwerbstätigkeit

- Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in den Gemeinden Bayerns am 30. Juni 2015
Gebietsstand: 1. Januar 2015
Teil II der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
- Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Bayern und deren Pendlerverhalten am 30. Juni 2015
Teil III der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Lehrerausbildung in Bayern. Teil 2: Fachwissenschaftliche Ausbildung im Wintersemester 2014/15

Wachstumsstand und Ernte

- Ernte der Feldfrüchte und des Grünlandes in Bayern 2015
Stichprobenerhebung

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Januar 2016

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Januar 2016
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Januar 2016 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Januar 2016

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Januar 2016

Bauhauptgewerbe

- Bauhauptgewerbe in Bayern 2015
Endgültige Ergebnisse für das Jahr 2015

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern
Teil I: Monatsergebnisse – 3. Quartal 2015

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2015

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Januar 2016
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Dezember 2015

- Unternehmensstruktur im bayerischen Einzel- und Kraftfahrzeughandel 2013 Ergebnisse der Jahrerhebung
- Tourismus in Bayern im Dezember 2015 und im Jahr 2015
- Tourismus in Bayern im Januar 2016
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Januar 2016
- Unternehmensstruktur im bayerischen Gastgewerbe 2013 Ergebnisse der Jahrerhebung

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Dezember 2015
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Dezember und im Jahr 2015

Ausbildungsförderung

- Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem AFBG in Bayern 2014

Gemeindefinanzen

- Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 2015 Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik

Steuern

- Gewerbesteuer in Bayern 2011
Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Februar 2016 sowie Jahreswerte von 2013 bis 2015 (mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Bayern Monatliche Indexwerte von Januar 2011 bis Februar 2016 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Februar 2016

Verdienste

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2015

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

der Länder

- Bruttoinlandsprodukt in Bayern im Jahr 2015
Berechnungsstand Februar 2016

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z.B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen





Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik

Die Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik ist eine der ältesten und größten statistischen Spezialbibliotheken in Deutschland mit einem Präsenzbestand von derzeit mehr als 120 000 Bänden und 120 laufenden Fachzeitschriften. Eine besondere Spezialität ist der reichhaltige Altbestand aus dem 19. Jahrhundert – eine Fundgrube statistischer Kostbarkeiten.

Neben diesen historischen Statistiken besitzt die Bibliothek die einschlägigen Quellenwerke der amtlichen Statistik des In- und Auslands, Statistiken anderer

nicht-amtlicher Institutionen, Literatur zu statistischen Methoden, Standardwerke der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die wichtigsten Zeitschriften zur Informations- und Kommunikationstechnik.

Online- und Karten-Kataloge sowie eine kompetente Beratung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek erleichtern die Literaturrecherche. Jedes Buch der Präsenzbibliothek ist sofort verfügbar. Ein kleiner Lesesaal mit Kopiermöglichkeit bietet Platz zum Arbeiten. Anfragen werden gerne per E-Mail, Telefon, Fax oder Post entgegengenommen.



Bayerisches Landesamt für Statistik, St.-Martin-Straße 47, 81541 München
Öffnungszeiten der Bibliothek: Montag bis Freitag 9:00–12:00 Uhr sowie nach Vereinbarung
Telefon 089 2119-3337 | Telefax 089 2119-3843 | bibliothek@statistik.bayern.de